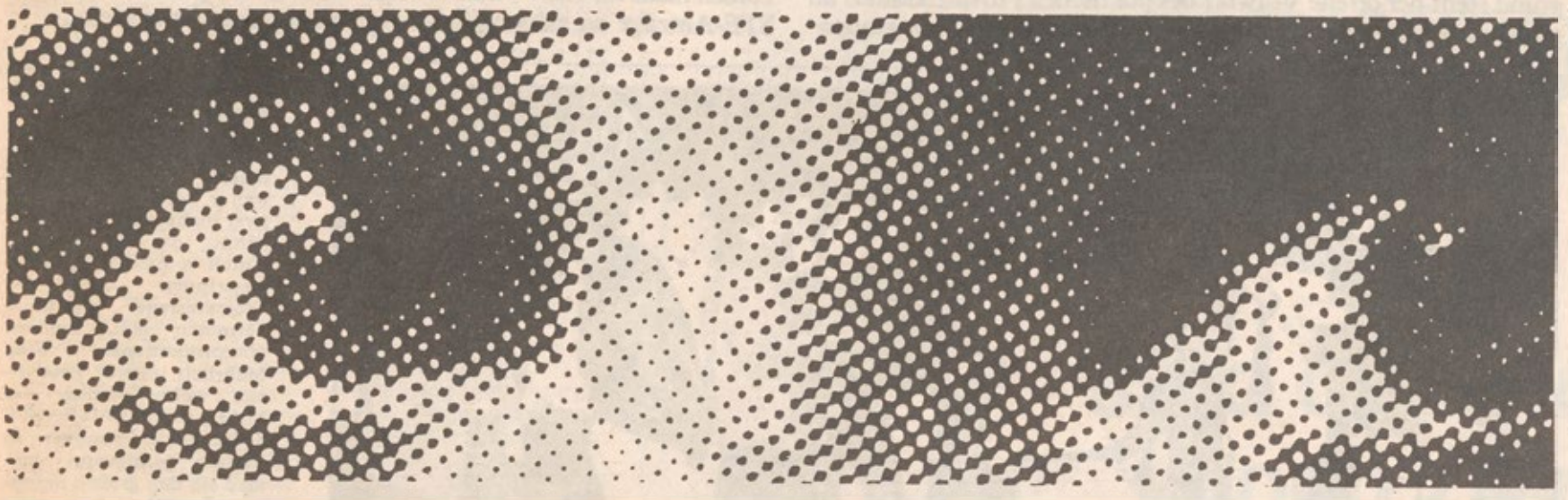
00.2621 001 5 ##
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

CONTRASTE

Zeitung für Selbstverwaltung

P 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 Nr. 52 Jahrgang 6 Januar '89 3.00 DM



DER AUFMACHER

Verbund Gegenöffentlichkeit plant Bundeskongreß in Westberlin

Red. Heidelberg Als kühner Plan ein großes medienpolitisches Ereignis anzuzetteln, war die Idee, eine große Tagung zur Zukunft und Gegenwart von *dem, was heute eigentlich Gegenöffentlichkeit noch* ausmacht, schon wiederholt von unserer Zeitung aufgewärmt worden. Daraus scheint nun etwas zu werden.

Eine Vorbereitungscrew - bestehend aus Menschen des ID Archivs (Amsterdam), der CONTRASTE - Redaktion, der AL Fraktion, Berliner Frauenpower und der BAG Medien der GRÜNEN traf sich in wechselnder Besetzung. Ergebnis war ein Konzept, vor einem Medienkongreß im nächsten Herbst bereits in die inhaltliche Diskussion einzusteigen. Bereits bis März sollen 5 Tagungen folgende Themen abdecken

- **Frauen und Medien** (die *Themen werden sich die Frauen selbst aussuchen*)
- **Die Rolle der Medien im Überwachungsstaat**
- **Ökonomie von Gegenöffentlichkeit** (über Anpassungsdruck und Metamorphosen)
- **Arbeitsplatz Bildschirm** (Chancen und Risiken der elektronischen Zukunft)
- **Alternatives auf Sendung** (Film, Funk und Fernsehen)

Koordiniert werden sollen die geplanten Aktivitäten auch mit ähnlichen Projekten im europäischen Ausland unter *dem gemeinsamen Motto* „Europa gegen den Strom". So zunächst der Titel eines europaweiten Medienfestivals, welches vom 15.-17. September in Amsterdam stattfindet.

Aber auch die MacherInnen vom Verbund Gegenöffentlichkeit basteln an einem bundesweiten Gegenstück, das in seiner Machart Professionalität demonstrieren soll: der Kongreß soll durch ein publikumsträchtiges Programm möglichst zum Medienereignis werden. So ist denn die Erwartung, den Medienkongreß *bald auch als Aufmacher* anderen Medien wiederzufinden, nur in dieser Anlaufphase an die Gretchenfrage gekoppelt, welche Medien sich heutzutage überhaupt noch einem Konzept von Gegenöffentlichkeit verpflichtet fühlen und welche vielleicht eher die Öffentlichkeit des Überwachungsstaates reformieren wollen.

Die unheilige Allianz der I.G. Farben

Auszüge aus dem gleichnamigen Buch — Seite 6
Zeittafel Chemische Industrie in Deutschland — Seite 6
Gentechnik bei Hoechst, Thomas Schlimme — Seite 7
Frauenarbeit im Kapitalismus, Martina Koch, Heike Möser — Seite 8
Vom Protest zur Mitbestimmung, Thomas Mayer — Seite 8

Die unheilige Allianz der I.G.Farben

Über die Unvereinbarkeit von Kapitalismus, Ökologie und Menschenwürde

Red. Rhein/Main Sensibel genug, nicht auch noch auf das 50. Jahresgedenken der Reichsprogromnacht zu jubilieren, waren sie denn doch, unsere Chefs aus Wirtschaft und Politik. Immerhin wimmelt es in den Vorstandsetagen beider Bereiche - die spätestens seit dem I. Weltkrieg in unzertrennlicher Verbindung stehen - immer noch von Persönlichkeiten mit ausführlicher Nazi-Vergangenheit. Auch die I.G. Farben befindet sich immer noch „in Abwicklung" und hamstert wieder kräftige Gewinne ein. Die sogenannte 'Stunde Null' hat es in Wirklichkeit nie gegeben ...

Foto: „Die Tageszeitung", Hamburg

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

„125 Jahre Hoechste Zeit!" heißt auch 125 Jahre Kontinuität. Eine Zeittafel über die Entwicklung der Chemischen Industrie in Deutschland **(S. 6)** und Auszüge aus einem Buch von Joseph Borkin (ehemaliger Leiter der Patent- und Kartellabteilung der Anti- Trust-Behörde des amerikanischen Justizministeriums) durchleuchten ebenfalls **auf S. 6** („Die unheilige Allianz der I.G. Farben") die zwielichtige Vergangenheit **der** Interessengemeinschaft, zu der sich 1925 BASF, BAYER, Hoechst und einige andere Chemiebetriebe zusammenschlossen,. und die maßgeblich an der Verwirklichung von Hitlers Plänen beteiligt war: die I.G. Farben, heute „I.G. Farben in Abwicklung" **(S. 7)**

Namen mögen sich ändern, was bleibt, ist die Methode, mit der da gearbeitet wird. Die Maximierung der Gewinne ist Grundlage jeder wirtschaftlichen Entscheidung: So auch bei der produktiven Nutzung der Gentechnologie. Thomas Schlimme von den „Höchster Schnüfflern un' Maaguckern" berichtet über Gentechnik bei Hoechst **(S. 7, „Profit rechtfertigt jedes Risiko?")**.

Über „Frauenarbeit im Kapitalismus anhand der Armut" als wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren weltweiter Zusammenhänge fassen Martina Koch und Heike Möser aus ihrem Referat auf **S.8** zusammen.

Eine Möglichkeit, wie wir „Vom Protest zur Mitbestimmung" **(S. 8)** in den verschiedensten Sachfragen gelangen können, würde auf dem bundesweiten Demokratie- Kongress der Heinrich-Böll- Stiftung Ende November in Bonn diskutiert. Thomas Mayer von der Initiative Demokratie Entwickeln (IDEE) berichtet.

Daß tatsächliche Opposition in den Betrieben auch von der Gewerkschaft, im Speziellen der IG Chemie, kaum noch geduldet, geschweige denn forciert wird, verdeutlicht gerade der Fall Boehringer/Mannheim. Edmund Depta vom Betriebsrat Boehringer informiert in einer der nächsten Ausgaben über den Ausschluß der Vertrauenskörperleitung aus der IG Chemie-Papier- Keramik.

Zum Schluß: Auch dieser Schwerpunkt wird nur Dinge wiederholen können, die bereits tausendmal in anderer Form zu anderen Zeiten gesagt sind. Wir sollten allerdings nie vergessen, daß die Vergangenheit in der Gegenwart und auch in der Zukunft solange ihre Kontinuität wahrt, bis sich nicht in jedem einzelnen Menschen die „Stunde Null" tatsächlich vollzogen hat und wir uns endlich auf die Suche nach unserer Identität - oder auch Authenzität - ganz praktisch begeben und sie leben.

Bellagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt ein Sonderdruck des Netzwerk Franken bei

Perspektiven der Naturkostbewegung

CONTRASTE hat eine Bereicherung erfahren: auf **Seite 2** stellt sich eine neue Fachredaktion „Die Körnerecke" vor.
Der erste Beitrag **auf Seite 3** kommt vom Naturkostladen Schwarzwurzel in Ludwigshafen. Anlaß: das „Logona-Fest" und eine damit verbundene Podiumsdiskussion, die den Autor dazu bewog, grundsätzliches zur Naturkostbewegung zusammen zu fassen.
Zum Thema passend auch ein Bericht von Tom Albrecht vom 4. Bundeskongreß der Food-Coop's, der Ende Oktober stattfand **auf Seite 4**

Ökobankverein

Bärbel Dierks und Erich Gier berichten über die MV, die Ende Oktober die Auflösung des bisherigen Ökobankvereins beschloß und werten den formalen Streit um eine Satzungsänderung als uralten Konflikt zwischen den „Frankfurter Zentralisten" und den Regionalgruppen, die eine Verankerung der Bank auch in den anderen Regionen anstreben.
Es scheint so, als würde der alte Konflikt weiterschwelen: ein neuer Bundesverein Namens „Ökonovia" wird anscheinend auch von den Frankfurter Bankern favorisiert, die Landesverbände traten demonstrativ dem CONTRASTE e.V. bei.

Seite 10

Außerdem in dieser Ausgabe

Ökologie IFÖR, Berlin Ökologische Tagungsstätte in Bayern — Seite 4/5
„Schwarz auf Weiß" Über die neu gegründete alte Bundschuh-Druckerei — Seite 5
Projekt „Markthalle" Sabine Spiesmacher
Grünes Licht für Gründerinnenzentrum Weiberwirtschaft e.V.
Bundestag bremst - Frauenanstiftung startet Gisela Vollradt — Seite 9
Kommunikatives Wirtschaften Erich Kitzmüller, Wien — Seite 10
Hessenstudie Wolfgang Beywl — Seite 10
Reihe Anarchismus Graswurzelrevolution — Seite 11
Ein Streifzug durch die Marketing-Literatur Burghard Flieger
CECOP-Seminarreihe Andreas Wagner berichtet aus Sheffield — Seite 12
Genossenschaften — Seite 13
Service-Seite — Seite 14

Berichtigung

Betr.: CONTRASTE Dez. '88, Seite 11, „Eigenständige Regionalentwicklung in Hessen" Durch einen Fehler unseres Satzes wurde der Name der Autorin falsch wiedergegeben. Sie heißt natürlich **Heike Brandt** und nicht Hilde Brandt.

Neue Fachredaktion:

Die Körner ecke

Hermann Cropp

Red. Naturkost Die Körnerecke in CONTRASTE soll ein Diskussionforum für die Naturkostbranche werden.

Ein solches Forum betrachte ich als nützlich für die Entwicklung unserer wirtschaftspolitischen Ideen,

1. weil Wirtschaft und Politik sich eben nicht trennen lassen, auch wenn viele Alternative einen gehörigen Widerwillen dagegen haben (– die aber vergessen, daß ein Politikbegriff ebenso geformt werden muß, wie unsere alternative Wirtschaft)
2. weil es schon seit Jahren kein derartiges überregionales Forum mehr gibt,
3. um dem betriebswirtschaftlichen Denken, das in der Branche immer mehr um sich greift (auch undank der Zeitung ökomarkt), das cooperative Denken entgegen zu setzen.

Alle Aktiven und Interessierten in und für die Naturkostbranche sind aufgerufen, hier ins Gespräch einzutreten.

Wendet Euch bitte mit Beiträgen an mich, Hermann, ich betreue diese Seite in der Zeitung. Ich werde mir Mühe geben, keine Idee verloren gehen zu lassen und die Entwicklung der Ideen zu fördern. In dieser Zeitung steht uns zwar nur ein beschränkter Raum zur Verfügung, und die Redaktion in Heidelberg wird die Beiträge vor Veröffentlichung redigieren. Alle Beiträge jedoch, die wir nicht oder abgekürzt in CONTRASTE abdrucken, werden vollständig bei mir als Bulletin gedruckt und können von Interessierten auch bestellt werden.

Hermann Cropp, Packpapier Verlag, Box 18 11, 4500 Osnabrück

Basisschelte für BAG Netzwerke

Warum auch CONTRASTE auf Netzwerk-MVs rumstänkert

Red. Heidelberg Daß Selbstverwaltung auch eine bundesweite Veranstaltung sein kann, demonstriert das monatliche Erscheinen unserer Zeitung seit eh und jeh. Schwerer in Fahrt kam da schon die BAG Netzwerke, deren politische Genesung die fränkischen NetzwerkerInnen auf Biegen und Brechen (und auch auf die Gefahr ihrer Liquidation) einklagen (siehe Beilage). Im Hintergrund steht der offene Vorwurf des politischen Provinzialismus an große mitgliederstarke Netzwerke, deren Geschäftsführungsapparate bedenkliche Tendenzen der Institutionalisierung zeigen. Es sind dies dieselben Netzwerke, die weghören, wenn auf Bundestreffen Beitragserhöhungen zur Herstellung einer Aktionsfähigkeit ihrer BAG vorgeschlagen werden (noch nicht einmal Mittel für eine größere Gründungsveranstaltung standen bereit)... Oder die Gerüchte verbreiten, CONTRASTE habe „ihre Betriebsplanungszahlen nicht im Griff", wenn es eigentlich darum geht, CONTRASTE-Anträge an zahlungskräftige Netzwerke zu behandeln...

Gründung der BAG-Netzwerke in Hamburg *Foto: Horst Tippelt*

Alternative GeschäftsführerInnen

Dabei geht es nicht einmal darum, den Stab über alternatives GeschäftsführerInnentum zu brechen und das hohe Lied der Ehrenamtlichkeit anzutönen. Der Vorwurf des politischen Provinzialismus meint vielmehr, daß politisch eher etwas zusammenwächst, wo die Hauptamtlichkeit kein Engagement ersetzt, daß Apparate dazu tendieren, die politischen Aufgaben im Ablauf der Apparate zu sehen, Selbstverwaltung nicht mehr als bundesweit zu behandelndes, politisches Thema zu begreifen. So werden gerade in den Metropolen, wo mitgliederstarke Netzwerke den Apparat ermöglichen, Entwicklungen beobachtet, sich aus bundesweiten Debatten, etwa über CONTRASTE, auszuklinken und die eigene Selbstverwaltungsszene ihrem eigenen Ghetto zu überlassen.

Es ist ein Ding, zu einer dreitägigen Veranstaltung bundesweit zusammenzutrommeln, auf der verbreitet wird, es mangele an weiterführenden Ideen und Theorien der Selbstverwaltung und ein anderes, über eine Zeitung ein monatliches Forum zu bieten, diesen Mißstand zu beheben. Das erste Projekt beschäftigt zahllose Professionelle bis zum Erbrechen und das zweite schafft CONTRASTE mit 99 % ehrenamtlichem Engagement. Daher rührt andererseits aber auch der Anspruch, selber eine geeignete Form zu finden, mit der vermittelt werden kann, woher die Gelder, die unser Erscheinen ermöglichen, bisher flossen und in Zukunft fließen können. Denn es sind keineswegs obskure Geldquellen wie etwa Spielbanken, sondern eher die aus Sympathie geöffneten Börsen unserer Mitglieder und LeserInnen, aus denen wir uns bedienen (können), weil sie hinter unserem Vorhaben stehen.

CONTRASTE als Gradmesser bundesweiter Vernetzung

Das Datenmaterial, welches uns dazu veranlaßt, auf Versammlungen der großen Netzwerke wie unlängst in Berlin renitent zu werden, wird derzeit aufbereitet. Wer genaue Angaben will, woher CONTRASTE in der Vergangenheit unterstützt worden ist, sollte auch genauer bestimmen, in welcher Hinsicht ihn diese Information interessiert. Zum Streit um Sinn, Aufgaben und Zweck einer BAG Netzwerke wäre jedenfalls das Beispiel CONTRASTE allemal von Bedeutung. Wenn Zahlen Tatsachen widerspiegeln sollen, dann auch in dieser Hinsicht:

- Die personelle Unterstützung von CONTRASTE-Arbeit aus Netzwerkkreisen ist eindeutig abhängig vom Grad der Professionalisierung des jeweiligen Netzwerkes: Je professionalisierter das Netzwerk, desto weniger fällt für CONTRASTE ab. Professionelle Öffentlichkeitsarbeit erschöpft sich prinzipiell in eigenen Publikationen - CONTRASTE aber wird nicht mal richtig buchstabiert (in taz- Anzeigen des Berliner Netzwerkes), geschweige denn, als öffentliches Forum benutzt.
- CONTRASTE-Gelder würden da akquiriert, wo unsere Zeitung ohnehin weiter verbreitet ist. Und zwar nicht nur in dem Verhältnis, das der jeweilige Anteil von CONTRASTE-LeserInnen an der Projekteszene eigentlich vermuten läßt, sondern überproportional. Eine Mehrheit unserer LeserInnen wohnt südlich des Mains, aber CONTRASTE Solidargelder kommen in weitaus geringerem Ausmaß aus den großen Selbstverwaltungshochburgen des Nordens (Bremen, Hamburg, Westberlin), als es der ohnehin schon geringere Verbreitungsgrad des Blättchens erwarten ließe.

Im März wird sich eine Mitgliederversammlung des Berliner Netzwerkes mit unserem unsittlichen Angebot befassen müssen, die Informationspolitik zu vernetzen und Netzwerk- Rundbrief mit CONTRASTE zu fusionieren. Des weiteren wird ausführlichstes Zahlenwerk vorliegen, welche Unterstützung wir bisher von wem erfahren haben und von wem wir uns in Zukunft Unterstützung erhoffen, da auch finanzielle Beteiligung von Netzwerk Berlin angestrebt wird.

Immerhin weist die Aboentwicklung von CONTRASTE eindeutig darauf hin, daß unser Weg, eine basisoffene Zeitung als Forum für Ökologie und Selbstverwaltung darzustellen, ankommt. Seit wir dies tun, haben wir unsern Einzelabonnentenstamm verdoppelt und konnten in dem letzten Monat unsere Abosteigerungsgeschwindigkeit gar vervierfachen. Basisschelte lohnt sich also auch...

Ein Angebot an alle Netzwerke

Die Beilage von Netzwerk Franken ist ein Pilotprojekt, das Schule machen kann. Künftig bietet CONTRASTE allen Netzwerken exklusiv die Möglichkeit, in dieser Form alle CONTRASTE-Leser zu erreichen. Das heißt, jedes Netzwerk kann Mehrseiten finanzieren, die es autonom gestalten kann.

Kostenpunkt:

(bei 4 Mehrseiten)	je Seite DM 500,-
(bei nur 2 Mehrseiten)	je Seite DM 600,-

CONTRASTE-Verein

Ordentliches Mitglied kann jede/r werden, der/die sich **aktiv** für die Ziele des Vereins einsetzt. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung.

Der Jahresbeitrag beträgt 36 DM. Ordentliche Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung umsonst.

Fördermitglied kann jede/r werden, der/die Ziele des Vereins fördern will, ohne sich im Verein zu engagieren. Über die Aufnahme entscheidet der Vostand.

Der jährliche Förderbeitrag beträgt 72 DM und mehr. Fördermitglieder erhalten die Zeitung ebenfalls kostenlos. Für Betriebe/Projekte beträgt der Richtsatz 200 DM und mehr.

Aufnahmeanträge sind mittels untenstehenden Coupon an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg zu richten.

Fördermitgliedschaft

- O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE - Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72,- DM) .....DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.
- O Schickt mir erstmal Eure Satzung
- O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72,- DM, für juristische Personen 200,- DM) .....DM pro Jahr.

Unterschrift: ..... **Datum:** .....

Vorname, Name: .....

Straße und Wohnort: .....

Bitte ausfüllen und einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20; 6900 Heidelberg 1

BAG-Gründungsfeier *Foto: Horst Tippelt*

Tilgungsgemeinschaft

Tilgungsgemeinschaft bedeutet, daß wir Leute suchen, die sich bereiterklären, monatlich zwischen 21 und 63 DM anzusparen – zugunsten von CONTRASTE und zwar über 4 Jahre. Der so anvisierte Gesamtbetrag (1.000 bis 3.000 DM) wird dann über eine Bank CONTRASTE sofort zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird dann frühestens nach 6 Jahren (also zwei Jahre nach Beendigung der laufenden Einzahlungen) zurückgezahlt werden. In Härtefällen sind dann allerdings Ausnahmen möglich.

Dazu ist eine Tilgungsgemeinschaftserklärung auszufüllen (incl. Einzugsermächtigung für die Bank).

Alle Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft werden Kreditgeber der CONTRASTE. Und damit die kreditaufsichtsrechtlichen Bestimmungen nicht verletzt werden – und CONTRASTE nicht zu viele einzelne Kreditgeber hat, ist es erforderlich, daß sich die Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft auch rechtsverbindlich in einer Finanzierungsgemeinschaft (als Gesellschaft bürgerlichen Rechts) zusammenschließen. Dazu ist der Gesellschaftsvertrag der Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE zu unterzeichnen. Die Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE schließt dann einen Darlehensvertrag mit CONTRASTE e.V. ab. Unterlagen können über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, angefordert werden.

Der Apfelwickler (Laspeyresia pomonella)

Perspektiven der Naturkost-bewegung

oder: sind die Bioläden noch zu retten? oder: von der sozialen Bewegung zur Entsorgung ideologischer Altlasten

Red. Naturkost *Perspektiven der Naturkostbewegung hieß das vielsagende Thema einer Podiumsdiskussion beim „Logona-Fest". Was dann von den TeilnehmerInnen geboten wurde, war eher nichtssagend. Die Hälfte der Leute auf dem Podium konnte/wollte/hatte zum Thema (nichts mehr) zu sagen, bzw. hat die Fragestellung nicht verstanden, was kennzeichnend für die allgemeine Situation ist. Alles, was von den restlichen DiskussionsteilnehmerInnen zum Besten gegeben wurde, machte unterm Strich eines deutlich: Vieles, was den Aufbruch der Naturkost- und Alternativbewegung so spannend machte, wurde in den letzten Jahren hinter Marktanpassung und Sachzwängen zurückgelassen.*

Einige, wie der Josef von Rapunzel, versuchten diese Entwicklung in kumpelhafter Manier in nette Worte zu kleiden, andere, selbsternannte Retter der Naturkostszene wie Chips for Müsli, PCM u.a. vertreten eine offensive Strategie. Sie operieren mit gängigen Methoden wie andere Unternehmen und Manager auch. Und das wollen sie ja auch: **Werden wie die Anderen,** endlich Erfolg haben und richtig hineinpassen in die Gesellschaft, akzeptabel für jeden und jede. Gefragt sind erfolgreiche Jungunternehmer und - manager, und alles um der „Sache" willen, die drohende, ökologische Katastrophe aufzuhalten. Der Weg und das Ziel ist bei diesem Teil der NaturköstlerInnen inzwischen eins geworden. Dem war nicht immer so, und an diesem Punkt verläuft die Trennungslinie in der jetzigen Naturkostszene.

Für viele war (und ist!) Naturkost nie Mittel zum Zweck, sondern eine durchgängige Lebensphilosophie. Wir verstanden Naturkost als eine ganzheitliche Weltanschauung, die in allen Lebensbereichen eine adäquate Anwendung zu finden habe. Nicht nur im Betrieb, sondern auch in den alltäglichen Umgangsformen. Es ging um die gerechte Verteilung von ökologisch sinnvollen Produkten, um Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Selbstverwaltung, verbunden mit der Erkenntnis im Hier und Jetzt sofort mit den notwendigen Veränderungen zu beginnen. Fast alle von uns haben mit diesen Ansprüchen eigene Betriebe gegründet und sich auf die Konkurrenz mit kapitalistischen Betrieben eingelassen, mit dem Ziel (radikal) gesellschaftsverändernd zu wirken.

Heutzutage erntet der(die)jenige, der/die sich noch an diesen Ansprüchen orientiert und von zu verwirklichenden Utopien spricht, Elan und Optimismus diesbezüglich zeigt, in Kreisen des alten/neuen Naturkostyuppies kaum noch mehr als ein mitleidiges Lächeln.

Es gibt ja genug Gründe und Ursachen für Skepsis und Ernüchterung. Aber als Preis dafür, die eigenen Ziele aus den Augen zu verlieren und auf dem Altar des Realismus zu opfern, sind zu hoch. Es ist der Versuch, die Naturkostbewegung auf das Niveau funktionierender Kleinbetriebe zu reduzieren und ihr das zu nehmen, was sie vom konventionellen Handel unterscheidet: die Subversivität und Vielfalt.

In den letzten drei Jahren haben viele im Naturkostbereich, bewußt oder unbewußt, ihre ehemalige Identität unter dem Druck der Anpassung aufgegeben.

Die Entwicklung in den Jahren 85 - 88

Die zweite Müslimesse im September 85 in Velbert brachte auch die „Wende" in der Naturkostszene. Verschärfter Wettbewerb mit konventionellen Anbietern und innerhalb des Naturkosthandels kennzeichneten seitdem die Situation. Durch die damit verbundene existentielle Angst vieler Händler, vom Markt verdrängt zu werden, wurden neue Kundenschichten gesucht und gefunden. Orientierung auf „wertkonservative" Bevölkerungsgruppen und umweltbewußte Yuppies war angesagt. Besondere Qualitätsmerkmale: Frei von jeglichen gesellschaftsverändernden Ideologien. Diesen neuen Kundenschichten mußten praktikable Einkaufmöglichkeiten geboten werden. Dazu war eine ideologische Entschlackungsphase notwendig und die notwendige Anpassung, dem gängigen Bild zu entsprechen, wie sich die Leute hier in der BRD Handel vorstellen. Der Kunde ist König. Der Versuch von Großhändlerseite, die Bioläden dazu in Feinkostläden umzuwandeln ist teilweise gelungen. Lutscher, Bonbons, Schokolade, Gummibärchen und sonstiger Schrott werden in vielen Läden verkauft. Jetzt gibts ja auch dekorative Kosmetik von Logona. Auf eine kleine, radikale Minderheit von 2 Prozent, zu der man/frau sich selbst einmal zählte, muß eine Branche, die größeres anstrebt, eben verzichten. Das bedeutet gleichzeitig Verzicht auf radikale ökologische Utopien, weil davon die neuen Kunden abgeschreckt werden. Diese Vorstellungen sind Relikt aus den Gründerjahren. Opportunismus ist zeitgemäß und verbirgt sich geschickt hinter den so häufig zitierten Schlagwörtern wie Professionalisierung, Rationalisierung und Fachgeschäft. Damit verabschiedet sich die Naturkostbewegung endgültig von ihrem ehemaligen Anspruch, Teil der Ökologiebewegung zu sein.

Viele Betriebe sind nur noch Selbstzweck im Kampf ums eigene Überleben. Dafür werden zur eigenen Profilierung Firmennamen zu Markenartikeln umgebaut. (Was die Fa. Heiller im Neuformbereich geschafft hat können wir auch ... !?) Und wenn das nicht reicht, dann gibts ja noch Zweitmarken (Rapunzel/Sesamo; Allos/ Al Natura...).

Der Weg dahin ist längst beschritten, zu weit, als daß es noch irgendwie zurückginge. Das sollten auch alle engagierten FreundInnen erkennen, die sich immer noch bemühen, innerhalb des neuen Dachverbands an die eisige Aufbruchstimmung der Naturkostbewegung wiederanzuknüpfen. Die Utopie einer ökologisch und sozialgerechten Gesellschaft ist degeneriert zur bloßen Verteidigung von Marktanteilen und der Kreis zu Aldi, Tengelmann & Co ist wieder geschlossen.

Ist es nun auch der/dem letzten klar, die/der noch sozial engagiert in der Ökologiebewegung tätig ist, **damit haben wir nichts mehr zu tun - hier werden wir als ideologische Altlast, die dem Zeitgeist nicht entspricht, entsorgt!**

Uns ging es immer darum, Lern- und Umdenkungsprozesse in Gang zu setzen. Das kann dadurch geschehen, daß wir uns gearde auf die Strukturen dieser Gesellschaft beziehen, die wir ändern wollen. Es ist doch alles Widersinn, man/frau kann nicht mit den Geschäftsmethoden des Kapitalismus, welcher erst die Industrialisierung der Landwirtschaft und die Chemisierung der Lebensmittel geschaffen hat, Produkte herstellen und verbreiten wollen, welche den Kapitalinteressen zuwiderlaufen. Jede Wirtschaftsform schafft ihre eigenen Produkte, und eine kranke Wirtschaftsform schafft krankmachende Produkte. Das unreflektierte Einlassen auf die Strukturen unserer Warengesellschaft bedeutet immer Angleichung und Verwässerung der eigenen Werte und Ziele an die mächtigste Position (Aldi, Tengelmann). Es ist die gleiche Seite der Medaille mit grünem Anstrich (ganz im Sinne von H. Kleinert (GRÜNE) mit seiner Forderung nach dem ökologischen Kapitalismus im Stern Mai '88) und nicht – wie es uns die selbsternannten Retter der Naturkost weismachen wollen – einfach eine Art gesellschaftlicher Meinungsbildung. Diese alten/neuen Naturkostyuppies à la Chips for Müsli, PCM und Großhändler, die mit Zweitmarken arbeiten und mit ihren Firmennamen eine von den Anbauorganisationen unabhängige Qualität etablieren wollen, können aus all diesen Gründen nicht länger Drehpunkt unserer Diskussion bleiben.

Perspektiven für die Läden

Dafür wird bei vielen eine große Ratlosigkeit einsetzten, bzw. hat schon eingesetzt. Viele Menschen haben schon resigniert – da kann man/frau doch nichts ändern – und sich aus der Naturkostszene zurückgezogen. Ich hab' leicht reden, werden einige denken, und ich vergesse die alles zermürbende Realität im Ladenalltag. Tu' ich aber nicht, ich arbeite selbst seit sechseinhalb Jahren in einem Naturkostladen. Es gibt keinen Grund zur Überheblichkeit. Der Nachholbedarf in Sachen praktischer Ansätze, um die gefährliche und altbekannte Isolation zu durchbrechen, ist groß. Nur müssen diese Ansätze immer in Einklang mit unseren Zielen sein.

Gefordert ist zunächst unsere radikale Kritik an der jetzigen Entwicklung und das entwickeln von praktischen Alternativen. Dazu können wir in Diskussionen folgendes einbringen und aufzeigen: Es gibt andere Möglichkeiten auf unterster/regionaler Ebene die Belange selbstorganisiert im Sinne unserer Ziele in die Hand zu nehmen. So können wir wenigstens dazu beitragen, daß keine neuen/falschen Hoffnungen in dem neuen Naturkostdachverband geweckt werden können.

Konkret: Eine Mitarbeit des Ladnerverbandes im neuen Dachverband ist auf Grund der aktuellen Entwicklung und Situation nicht sinnvoll. Die Folgen wären (sind) unsinnige, nervenaufreibende Auseinandersetzungen, da eine gemeinsame konstruktive Zusammenarbeit zur Zeit und in dieser Zusammensetzung nicht möglich ist. Ist auch nicht anzustreben, da die jeweiligen Interessen zu verschieden bis gegensätzlich sind und sich alle Beteiligten nur bei der Verwirklichung der eigenen Vorstellungen behindern. Für jede/jeden LadnerIn, die/der seit Jahren die großen Aufgaben in der Alltäglichkeit im Laden mit Beständigkeit und Bescheidenheit besteht ist es eine Verarschung, wenn ein Karrieremensch nach einem Jahr mit 8.000,- DM Monatsgehalt unser Geschäftsführer sein soll und vielleicht als Kavaliersdelikt schnell man 100.000,- DM in den Sand setzt. Ich denke, der Zeitpunkt ist gekommen, hier Klartext zu reden und einen vorläufigen/endgültigen Trennungsstrich zu ziehen.

Bleibt der schon gegründete Bundesverband der Ladner. Ob diser in seiner jetzigen Form für eine sinnvolle Organisation der Läden förderlich ist, bezweifele ich. Hier einige Bedenken:

- Die Verbandsgründung war eine Politik von oben. Einige Großhändler sind daran interessiert, die Läden als Fachgeschäfte für ihre Produkte zu etablieren, d.h. in ihrem Sinn zentral zu organisieren und in angepasste „Biofeinkostläden" zu verwandeln.
- Die gewachsenen Strukturen der Läden in einzelnen Regionen sind zu spärlich.
- Durch die bundesweite Verbandsgründung entsteht ein künstlicher Überbau, der die Zusammenarbeit in der Region nicht ersetzen kann.
- Die Verbandsgründung bringt auch keine neuen Ansätze, die eine aktive Zusammenarbeit in der Region attraktiv erscheinen lassen.
- Einzig greifbarer Inhalt: was bleibt ist Lobby-Politik. Dabei ist grundsätzlich zu klären, ob wir das wollen; wenn ja, mit wem und mit welchem Ziel. Ich denke, dazu ist die Vielfalt der Läden zu groß, um diese bundesweit auf eine Linie zu bringen.

Was wir brauchen sind aktive, informelle Zusammenschlüsse, dabei ist die Form der jeweiligen Organisierung sekundär. Aus diesen regional gewachsenen Strukturen muß die Diskussion für eine bundesweite Vernetzung und Organisierung geführt werden. Dabei müssen auch die Voraussetzungen und Bedingungen für eine solidere Kooperation erarbeitet werden.

Vor allem im Weiter- und Fortbildungsbereich ist eine bessere Zusammenarbeit und Koordination notwendig, aber auch in vielen anderen Bereichen sind gemeinsame praktische Maßnahmen möglich und notwendig.

Zum Schluß der wichtigste Punkt, der für alle, die im Naturkostbereich tätig sind, als einziger noch gemeinsamer Nenner (Minimalkonsens) existentielle Bedeutung hat: die Qualitätsarbeit, die seit zwei Jahren nicht stattfindet.

Ein unabhängig arbeitendes und funktionierendes Qualitätsinstitut ist von existentieller Bedeutung für uns alle. Unabhängig, d.h. wir sollte auf keinen Fall unsere Hoffnungen in eine gesetzliche Regelung setzen, bzw. falls dieser wider Erwarten doch in unserem Sinne ausfällt uns darauf verlassen. Unabhängig, d.h. auch ein Qualitätsinstitut, das nicht unter dem massiven Einfluß von (Groß-)Handelsinteressen und staatlicher Einflußnahme steht.

Wünschenswert wäre eine gemeinsame Initiative von Anbauverbänden, Verbraucherinitiativen, HerstellerInnen und anderen, dem ökologischen Handel nahestehenden Interessensgruppen und Einzelpersonen. Der Naturkosthandel sollte sich an der Gründung und den laufenden Kosten beteiligen, aber auf eine direkte Einflußnahme bei der Besetzung der Gremien verzichten.

Eine Entwicklung in dieser Richtung einzuleiten ist jetzt die dringlichste Aufgabe für alle LadnerInnen, egal ob im Bundesverband organisiert oder nicht, und unabhängig von den grundsätzlich verschiedenen Vorstellungen, die es auch innerhalb der Läden gibt.

Wenn die Einrichtung eines Qualitätsinstituts in dieser Form möglich ist, ist die Existenz eines Dachverbands Unsinn, da es über die Qualitätsarbeit keinen gemeinsamen Nenner gibt und allenfalls ein bürokratischer Apparat mit ein paar Funktionärsposten geschaffen wird. Für verdiente (Gründungs-)Mitglieder der Naturkostszene als gesicherte Existenz- und Aufstiegsmöglichkeit?!

Mit der Überzeugung, daß Ökologie und Kapitalismus sich weiter widersprechen und daß die notwendigen Bewußtseinsprozesse zur Veränderung zum Großteil in der täglichen Ladenarbeit geleistet wird, sehe ich optimistisch für diesen Teil der Läden in die Zukunft. Wir brauchen keine selbsternannten Retter für die Bioläden, wir retten uns schon selber. Was wir brauchen ist Vertrauen in die eigene Kraft zur Bewahrung unserer Identität gegenüber allen Vereinnahmungsversuchen.

Werner, vom Naturkostladen Schwarzwurzel Ludwigshafen

Giftgrüne Frage: Wer sind die Wettermacher?

Prima Klima – es wird wärmer.
Wir brauchen nicht mehr nach Mallorca zu düsen, Sahara-Sonne auf dem Kreuzberg, das Jahr über baden, kein Heizen mehr ...

... aber Klimaveränderungen haben leider noch eine ganz andere Seite:

Wird es als Folge der weltweiten Erwärmung Dürren geben, veränderte Regenzeiten, Hungerkatastrophen?

Werden die Polkappen schmelzen, ganze Küsten unter Wasser stehen?

Wird die Hautkrebsrate zunehmen aufgrund der zunehmenden UV-Durchlässigkeit der Ozonschicht?

Wird es dazu kommen? Kann man, können wir es verhindern? Oder ist die derzeitige Erwärmung ganz „natürlich"?

Der Einfluß von uns Menschen auf die Klimaverhältnisse der Erde hat stark zugenommen.

> Durch die massive Verbrennung fossiler Rohstoffe, durch die Schädigung der Ozonschicht durch Spurengase, durch die rapide Vernichtung riesiger Waldflächen und durch den vermehrten Einsatz von Stickstoffdünger verändert sich die Zusammensetzung der Atmosphäre, der Wasserhaushalt – und wer weiß was noch?!

Fragen, Auswirkungen, Entscheidungen, die zu wichtig sind, um sie allein Wissenschaftler und Wetterfröschen zu überlassen.

Klimaveränderungen – Ursachen, Folgen, Auswirkungen

Um diesen Themenkomplex dreht sich die nächste

GIFTGRÜNE WOCHE 1989

die auch dieses Jahr wieder parallel zur „Grünen Woche" in Berlin stattfinden wird, vom **27. Januar bis 12. Februar 1988**

im Ökodorf, Kurfürstenstr. 14
1000 Berlin 30

Neben der Ausstellung wird es ein abendliches Veranstaltungsprogramm geben.

Nähere Einzelheiten sind schriftlich im Ökodorf anzufordern oder telefonisch unter ☎ (030) 261 24 87, Mo + Fr von 10-13, Di-Do von 16-19 Uhr.

Bundes-Food-Coop e.V.

Der 4. Bundeskongreß

Red. Heidelberg Vom 28.-30.10.88 fand in Westernohe/Westerwaldkreis der vierte Bundeskongreß der Food-Coops statt. Nach der Eintragung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen in das Vereinsregister stand der Buko ganz im Zeichen der Direktvermarktung von Naturkost und ihrer Einbindung in die Gesamtsituation zunehmender Industrialisierung auf dem Agrarbereich, die auch die Naturkostbewegung beeinflußt. Ehemalige politische Gemeinsamkeiten drohen in den Hintergrund zu treten. Dabei könnte eine Ausweitung des konsequenten ökologischen Landbaus eine Menge politisch- sozialer und ökologischer Probleme mindern. (Höfesterben bei Klein- und Mittelbauern, Abhängigkeit der Landwirte vom Agrarbusiness, Chemisierung des Landbaus, Grundwasserverseuchung und und und).

Thomas Albrecht

Bisher wurden nur verschwindend kleine 0,2% der bewirtschafteten Ackerfläche der BRD kontrolliert biologisch- organisch oder -dynamisch bebaut. Angesichts dieser Situation beschlossen die Teilnehmer folgendes Thema für den **5. Bundeskongreß:** Vergrößerung der kontrolliert- biologischen Anbaufläche durch ein breites Bündnis der Erzeuger, Verbraucher und Vermarkter. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden die Vorbereitungen für die nächste Jahreshauptversammlung und das Kongreßforum vom 9. bis 11.6.89 konkretisiert.

Die Vertreter der Verbraucher-Initiativen und -beratungen des B.U.N.D., von Greenpeace, der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften (EVG's) und der Food-Coops, sowie des Naturkost-Einzel- und - Großhandels werden eingeladen, die Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen zu erörtern und zu planen.

Der in Westernohe begonnene Coop-interne Warenaustausch wird sich hoffentlich zu einer richtigen Naturkost- Börse entwickeln. Regionale Food-Coop-Kontaktstellen und Arbeitskreise tauschten Erfahrungen zu gemeinsam mit Erzeugern organisierten „Ökomärkten" aus. Deren Durchführung scheint zu einer Spezialdisziplin für Coops zu werden. Auf diesen Märkten ist Aufklärung beim Verbraucher möglich, die klarmacht, daß Ernährung mit frischer oder wenig verarbeiteter kontrolliert-biologisch erzeugter Nahrung, die womöglich direkt vermarktet wurde,

- Unterstützung klein- und mittel-bäuerlicher Strukturen bedeutet
- praktizierter Umweltschutz ist
- die Ausplünderung der Dritten Welt durch Futtermittelimporte verringert
- den Verbraucher wieder an die Herkunft seiner Nahrung heranführt

und nicht zuletzt die eigene Gesundheit des Verbrauchers gewinnt.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen e.V.

besteht zur Zeit aus 40 Mitgliedern. Ihre Zahlungsmoral läßt leider zu wünschen übrig.

Die Notwendigkeit der BAG läßt sich an den zahlreichen Anfragen erkennen, die die Bundeskontaktstelle und die Regionalgruppen erreichen: Verbraucher wollen in eine Coop in ihrer Nähe eintreten, Gruppen fragen an, wie eine Food-Coop zu gründen sei, Erzeuger suchen nach Absatzwegen für ihre Produkte, Zeitschriften und Rundfunksender wollen Interviews. Erfreulich ist, daß das Interesse nicht nur aus „Szenekreisen" kommt.

Schwierig liegen die Finanzen der BAG. Bezahlt wird mit dem 60-DM-Jahresbeitrag vorrangig der „Bundesrundbrief". Auf Dauer inakzeptabel ist jedoch, daß zur ehrenamtlichen Arbeit der aktiven Mitglieder noch eine finanzielle Belastung für sie durch Porto, Telefon und Reisen zu den Arbeitsgruppen kommt. Hier müssen für die Weiterarbeit noch mehr Mitglieder beitreten und eine „Anschubfinanzierung" durch grüne oder öffentliche o.ä. Gelder erfolgen.

Zur Existenzsicherung der Food-Coops gehört auch deren bundesweite Interessenvertretung wegen der immer wiederkehrenden Bedrohung durch Naturkostgewerbliche Ladner und Großhändler: Der Regionalverteiler „Das grüne Netz e.G." nimmt keine Food-Coop mehr auf, der Großhändler „Pax an" kündigt 15% Preisaufschlag für FC's an. Eine Antwort kann für eine Food-Coop sicherlich sein, den Anteil der direkt vom Erzeuger oder Verarbeiter bezogenen Waren zu vergrößern, um so auch die Abhängigkeit vom Großhandel zu verringern.

Innerhalb der BAG muß zukünftig die Kommunikationsstruktur gestärkt und die Arbeitsverteilung dezentralisiert werden. „Weiße Flecken" auf der Landkarte, wie in Bayern, sollen schwinden. Zur Stärkung ihrer regionalen Arbeit im Rheinland werden Düsseldorfer Aktive ein Infoblatt für Coop-initiativen erstellen, Regionaltreffen organisieren, eine Mustersatzung für Cooperativen, die Mitglied bei „Kornkraft Krefeld e.G." werden wollen, entwerfen und den gemeinsamen Einkauf mit **einer** Lieferadresse koordinieren.

Die ungestörte Arbeitsatmosphäre des 4. BUKO's mit Schwimmbad und ungetrübter Weitsicht läßt zum 5. Kongreß auf Steigerung auf Burg Ludwigstein bei Göttingen hoffen.

Beitritte und Anfragen an: Birgit Röhrs, Am Hulsberg 88, 2800 Bremen 1, (0421) 498 62 12

Umweltpolitische Effekte durch die Arbeit im selbstverwalteten Institut für Ökologisches Recycling

Norbert Kopytziok, Institut für ökologisches Recycling, Berlin

Red. Heidelberg Während sich das gesellschaftskritische Engagement Ende der 60er Jahre auf eine breite Demokratisierung der Arbeit und Bildung konzentrierte, arbeiteten die Öffentliche Hand und die Wirtschaft schon an umwelttechnischen Veränderungen. So wurde im Zuge des allgemeinen Wirtschaftswachstums die Verknappung von Rohstoffen wie auch die Begrenztheit von Deponievolumen erkannt und Gegenmaßnahmen entwickelt. Diese Maßnahmen wurden im Kontext einer stetig steigenden Wirtschaftskapazität getroffen. Immer mehr Rohstoffe wurden importiert und Abfälle „exportiert". Die Bezeichnung Abfall„export" ist dabei im übertragenen Sinne zu verstehen. So ermöglichte der Ausbau der Müllverbrennung eine Volumenreduktion, hingegen wurden die Schadstoffe unkontrolliert über große Räume hinweg in die Luft „exportiert".

Während nachsorge-orientierte Umweltmaßnahmen immer häufiger wurden, entwickelte sich in oppositionellen Gesellschaftskreisen das Umweltbewußtsein nur langsam. Erst Mitte der 70er Jahre formierte sich an der AKW- Problematik eine von Selbstbestimmung und Umweltschutz geprägte Bewegung, die sich auch auf andere Umweltbereiche ausweitete.

Es ist festzustellen, daß sich die ökologisch orientierten Umweltaktivitäten in doppelter Weise reaktiv entwickelten. Sie reagierten auf die rücksichtslose Umweltverschmutzung durch die Produktion, reagierten aber auch auf die unzureichenden Umweltmaßnahmen der Regierung und der Wirtschaft.

Das Institut für ökologisches Recycling

Das IföR-Institut gehörte nicht zu den ersten ökologisch orientierten Projekten, aber es war das erste, das seinen Arbeitsschwerpunkt auf den präventiven Umweltschutz im Bereich Abfall legte.

Der gesellschaftspolitische Anspruch der Selbstverwaltung: Die MitarbeiterInnen im IföR-Institut verfolgen mit ihrem Engagement nicht nur eine Umweltverbesserung durch ihre inhaltliche Arbeit, sondern zugleich eine Systemveränderung durch das konkrete Umsetzen humanerer Betriebsstrukturen sowie einer sozial gerechteren Ökonomie. Diese arbeitspolitische Veränderung wird im wesentlichen durch das gleichberechtigte Entscheiden aller Aktiven über alle das Institut betreffenden Fragen erreicht. Dazu gehört das Selbstbestimmen über die Inhalte und Organisation der Arbeit sowie den Arbeitslohn.

Diese Arbeitsform fördert die Entwicklung eines neuen Wertsystems. So steht nicht mehr das Streben nach hohen Positionen und hohen Löhnen im Mittelpunkt der Arbeit, sondern die Findung seiner eigenen Lebensziele und die optimale Umsetzung seiner Arbeitsinhalte.

Erst kürzlich konnte auf einer Perspektivsitzung erneut festgestellt werden, daß unter den z.Zt. 14 aktiven MitarbeiterInnen Konsens über das zentrale Ziel der Arbeit besteht. Jede/r will sich für ein Leben mit geringen Umweltbelastungen und ohne Ausbeutung einsetzen.

Dieses Ziel spiegelt sich auch in den bisherigen Studien- und Projektarbeiten wider. In zahlreichen Veröffentlichungen hat sich das IföR- Institut gegen die herkömmliche Praxis der Umweltpolitik gewandt und den Vorrang der Umweltvorsorge betont. Das IföR-Institut überprüfte den geäußerten Anspruch und die alltägliche Praxis öffentlicher Umweltschutzbehördern und stellte dabei fest, daß Themen der Umweltvorsorge zwar benannt, aber nicht in Angriff genommen wurden. Aus diesem Grund stellte das IföR- Institut den klassischen Konzepten einer Umweltnachsorge ökologische Abfallkonzepte gegenüber. So entwickelte sich eine Frontstellung, die durch eine Zusammenarbeit mit anderen Initiativen, wie der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Forschungsinstitute, dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, den GRÜNEN und der SPD verstärkt umweltpolitischen Einfluß gewonnen hat.

Die umweltpolitischen Effekte

Die zunehmende Umweltsensibilität in der Bevölkerung ist sicher nur zu einem geringen Teil auf die IföR-Aktivitäten zurückzuführen. Doch an der inhaltlichen Ausprägung nimmt das IföR-Institut spürbaren Einfluß.

Nicht nur durch die tägliche Beantwortung zahlreicher Anfragen einzelner Bürger, Lehrer und Umweltgruppen, sondern insbesondere über eine permanente Kooperation mit Recycling-Gruppen aus der ganzen Bundesrepublik und einer umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit durch Seminare, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen sowie mehreren Beiträgen in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen konnte das IföR-Institut die Diskussion in Richtung Abfallvermeidung mitbestimmen.

Diese Multiplikationsarbeit, welche die Studien- und Projektergebnisse weiten Kreisen der interessierten und engagierten Öffentlichkeit zur Verfügung stellt, trägt ihre umweltpolitisch wirksamen Früchte.

Beispielsweise verlieren großtechnische Abfallbeseitigungsverfahren in der Bevölkerung zunehmend an Akzeptanz. Interessanterweise ist in den letzten 10 Jahren nicht nur eine Stagnation von Müllverbrennungs- und Müllsortierungsanlagen festzustellen. Während 1982 die Dusslinger- Anlage trotz berechtigter sachlicher Bedenken genehmigt wurde, konnten Vertreter der OFRA-Anlage ihr Vorhaben 1988 schon nicht mehr durchsetzen. Gleichsam verschwand die BRAM-Euphorie (BRAM = Brennstoff aus Müll) und neuerdings sogar die Recyclinggläubigkeit. Insbesondere die kritischer werdende Haltung der Bevölkerung gegenüber dem Materialrecycling kann auf die unermüdliche, fundierte Informationsarbeit durch das IföR-Institut mit zurückgeführt werden. Ebenso findet der vom IföR-Institut geprägte Begriff vom „ökologischen Recycling" sowie die Prioritätensetzung der Abfallvermeidung einen immer größeren Stellenwert. Selbst Vertreter der etablierten Umwelttechnik greifen diese Begriffe zunehmend auf. Als Folge davon wird in den Debatten der Kommunen immer deutlicher die Forderung nach abfallvermeidenden Maßnahmen gestellt.

Diese Entwicklung sollte jedoch nicht zu verfrühter Genugtuung und Selbstzufriedenheit führen. Sie ist vielmehr eine Herausforderung für die ökologisch orientierte Bewegung. Bei genauerer Betrachtung des neuen Abfallgesetzes, den groß angelegten Kongressen zur Umweltvorsorge oder auch neuen Fachzeitschriften wie das Abfallwirtschafts-Journal, ist die Verwendung des Begriffs „Abfallvermeidung" allzuoft nur ein Bluff, ja sogar eine Irreführung. Es wird sich zeigen, ob die Umweltökonomen mit ihrer neuen Propaganda die kritischen Elemente der aktuellen Umweltpolitik verdrängen können, oder ob sie eine lebhafte Konkurrenz mit den fortschrittlichen Kräften der Umweltbewegung ernten.

Anschrift:
Institut für ökologisches Recycling
Kurfürstenstr. 14
1000 Berlin 30
Tel. (030) 261 68 54

Kennzeichen:

Tropenholz. Die Verwendung von Tropenholz ist ein gefährlicher Luxus. Bis zum Ende des Jahrhunderts werden die großen Wälder der Erde vernichtet sein.

Schon heute werden Millionen von Menschen in der sogenannten Dritten Welt heimatlos, weil ihre natürliche Umgebung – der Wald – zerstört wird. Unterstützen Sie den lokalen Widerstand gegen die Abholzung der Wälder. Informieren Sie sich über den **ASW-Umweltfonds.** Helfen Sie mit einer Spende.

Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
Hedemannstr. 14, 1/61
Konto 555
BfG, BLZ 100 101 11

Ökologische Akademie Linden

Neue Tagungsstätte für ökologische Bildungsarbeit im bayerischen Oberland

Red. Heidelberg Mit dem Erwerb des ehemaligen Schullandheims Linden ist nach intensiver theoretischer Vorbereitung die Gründung einer ökologischen Tagungsstätte Realität geworden. Inmitten von Wald, Wiesen und umringt von kleinen Ortschaften im bayerischen Oberland liegt die „Ökologische Akademie Linden". Nach den Grundsätzen einer demokratischen ökologisch orientierten, ganzheitlichen und selbstbestimmten Jugend- und Erwachsenenbildung soll dort ökologische Bildungsarbeit stattfinden. Zum aktiven Kreis der Akademie-Leute, von denen der größte Teil haupt- oder nebenberuflich in Bildungseinrichtungen tätig ist bzw. war, zählen Berufs- und HandelslehrerInnen, PolitologInnen und SoziologInnen, SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen, HandwerkerInnen und WissenschaftlerInnen aus verschiedenen Bereichen.

In der „Ökologischen Akademie" sollen schwerpunktmäßig folgende Themen behandelt werden:

- Neue Lebens-, Wohn- und Arbeitsformen;
- neue Technologien und ihre Folgen; sanfte Technologien
- Umweltfragen (Stadtökologie, Energieversorgung, ökologische Abfallwirtschaft, Wasser-, Boden-, Luftverschmutzung, Waldsterben, ökologische Landwirtschaft);
- berufliche und politische Fortbildung;
- Ästhetik-, Kultur- und Friedensarbeit;
- Frauenprojekte;
- Tanz, Spiel und Bewegung;
- Ernährung und Gesundheit;
- Kunst und Musik.

Ausgehend von einem Menschenbild, das den Menschen als denkendes, fühlendes und handelndes Wesen begreift, sind leitende Prinzipien ökologischer Bildungsarbeit:

- das Selbstbestimmungsrecht der TeilnehmerInnen,
- Dialoge, die an die Stelle der Einwegkommunikation treten,
- ein Ansetzen an der konkreten (Lebens-)Situation.

Ökologische Akademie Linden
künftiges Tagungshaus südl. von München

Im Gegensatz zur dozenten- und fachzentrierten Erwachsenenbildung steht für die „Ökologische Akademie Linden" die Frage nach den (ökologischen) Zusammenhängen im Mittelpunkt. Deshalb wird eine fachübergreifende Sichtweise der jeweiligen Wissenschafts- und Berufsfelder angestrebt und dem „Neue-Erfahrungen-machen" große Bedeutung geschenkt.

Selbstverständlich war es nicht leicht, ein Projekt dieser Größe anzugehen. Finanzielle Unterstützung war und ist nach wie vor notwendig. Über ein Beteiligungsmodell besteht die Möglichkeit, sich mit einer Einlage ab der Mindesthöhe von DM 1000,- zu beteiligen. Darauf hoffen die Akademie- Aktivisten! Durch viele Einleger soll das angestrebte Ziel der Eigenfinanzierung (also die Rückzahlung der teuren Bank- und Privatkredite) so schnell wie möglich verwirklicht werden. Selbstverständlich werden diese Einlagen verzinst, und der Zinssatz ist sogar höher als die derzeit üblichen Sparzinsen. Allerdings betonen die Akademie- Leute ausdrücklich, daß hohe Gewinnerwartungen nicht das Motiv für eine Einlage sein sollen. Interesse sollte vielmehr sein, Formen und Inhalte ökologischer Bildungsarbeit zu fördern und über die Verwirklichung der „Ökologischen Akademie Linden" einen Kristallisationsort für Diskussionen und Verbreitung ökologischer Inhalte zu unterstützen.

Wer sich als stille/r TeilhaberIn beteiligen will oder als Mitglied bzw. Fördermitglied in den gemeinnützigen Betreiberverein der Akademie eintreten möchte, erhält nähere

Auskünfte und Informationen bei:

„Ökologische Akademie Linden" e.V.
Baiernrainer Weg 17
8157 Linden
☎(08027) 14 94

Die Ökologische Akademie steht auch Gruppen und Institutionen zur Benutzung offen, die dem ökologischen, ganzheitlichen Denken aufgeschlossen gegenüberstehen.

„Schwarz auf Weiß"

die neu gegründete alte Bundschuhdruckerei

Red. Heidelberg Wie bereits im September vergangenen Jahres berichtet, mußte Ende August 1987 die Bundschuhdruckerei, der größte selbstverwaltete Betrieb Freiburgs, Konkurs anmelden. Im Dezember 1987 kam es dann zur Neugründung von „Schwarz auf Weiß". Seitdem besteht der Selbstverwaltete Betrieb als GmbH, deren fünf Gründungsmitglieder (GesellschafterInnen) das notwendige Stammkapital von 50.000 DM investierten. Insgesamt bietet „Schwarz auf Weiß" 8 1/2 Arbeitsstellen, wovon eine im Moment nicht besetzt ist.

Renate Braunwarth

Um die ökonomische Verantwortlichkeit, das Betriebskapital sowie die Risiken gleichmäßig zu verteilen, müssen MitarbeiterInnen, die nicht GesellschafterInnen sind, nachdem sie eine dreimonatige, normal arbeitsrechtliche Probezeit absolviert haben, spätestens nach einem weiteren Jahr GesellschafterInnen werden oder den Betrieb verlassen. D.h., sie müssen einen GmbH-Anteil entweder durch Lohnverzicht oder durch Eigenkapital von 7000 - 8000 DM aufbringen. Nur starke Gründe, beispielsweise hohe Verschuldung, entheben von dieser Regelung. Ziel dieses GmbH-Rechts ist, zu verhindern, daß Einzelne die Macht an sich reißen.

Diese Entscheidung fällten die fünf Gründungsmitglieder auf dem Hintergrund des Bundschuhkonkurses. Nicht- Gründungsmitglieder haben mit dieser Regelung Schwierigkeiten, da ein Kapitalvorrat oft nicht vorhanden bzw. ein Lohnverzicht oft nicht leistbar ist.

Die Berechnungsgrundlage des Lohnes richtet sich nach den real geleisteten Arbeitsstunden, die Höhe des Lohnes orientiert sich am Ertrag, wobei alle den gleichen Stundenlohn erhalten. Sowohl ein Mindestlohn auf der Basis von positiven und negativen Lohnkonten, als auch ein Sonderzuschlag für Kinder wird gewährleistet. Diese Art der Lohnberechnung unterscheidet sich von vielen anderen Projekten, welche das Prinzip des Einheitslohnes verfolgen.

In der Vergangenheit von Bundschuh hat sich erwiesen, daß das Prinzip des vorgegebenen, einheitlich festgesetzten Stundenlohns hinsichtlich Mitverantwortung und Leistungsbereitschaft unterschiedliche Einstellungen zuließ. Dieser Problematik wollte „Schwarz auf Weiß" durch die neue Art der Lohnberechnung entgegentreten. Es ist der Versuch, den theoretischen Anspruch von Eigenverantwortlichkeit, der sich als illusionär erwiesen hat, in die alltägliche Praxis umzusetzen. Die Gefahr dieser Berechnungsgrundlage kann eine zunehmende Selbstausbeutung zur Gewährleistung der Aufrechterhaltung des Betriebes zur Folge haben. Ob die neue Art der Lohnberechnung in diesem individuellen Fall Bestand hat, wird die Zukunft zeigen.

Was „Schwarz auf Weiß" von ganz normalen Betrieben unterscheidet sind:

- das Prinzip des gleichen Entscheidungsrechts
- das Betriebskapital liegt in den Händen der Belegschaft (als Ziel)
- bei Ablehnung von Aufträgen der Pharmaindustrie, der Kriegsindustrie, konservativer Parteien, moralischer Widerwärtigkeiten etc. besteht Konsens. Bei Grenzfällen wird mehrheitlich entschieden bzw. Ablehnungen sind betriebswirtschaftlich abhängig.
- bei politisch nahestehenden Auftraggebern wird oft umsonst, bzw. mit Verzicht auf einen Teil des Lohnes gearbeitet
- für den Umweltschutz wird investiert.

Ein weiterer Aspekt ist, daß der Anspruch des rotierenden Systems zwischen den verschiedenen speziellen Berufszweigen von Verwaltung, Satz, Repro und Druck nicht vorhanden ist, bzw. nur im Bereich Verwaltung/Organisation als sinnvoll erachtet wird und langfristig praktiziert werden soll.

Ebenso werden Aushilfen als Produktivfaktor nicht gleichberechtigt angesehen, sondern als Aushilfen, d.h. eine Zwei-Klassen-Front zwischen Jobbern und Kollektivisten (vgl. Bundschuh) soll vermieden werden.

Um von der Projektstruktur zu einer eher gesellschaftlichen Problematik überzugehen, soll abschließend auf geschlechtsspezifische Konflikte innerhalb des Kollektivs eingegangen werden. Bei „Schwarz auf Weiß" besteht schon allein durch das Verhältnis von Frauen (2) zu Männern (5 1/2 plus demnächst 1) innerhalb der Belegschaft ein Ungleichgewicht. Die Auswirkungen dieser Konstellation sind z.B., daß es einzelnen Männern möglich ist, sich ein Abteilungsleiter-ähnliches Getue anzueignen, daß Männer von Männern delegiert werden, den Frauen Aufträge weiterzuleiten (eine lächerliche, aber durchaus praktizierte Umgehensweise in Kollektiven), daß Frauen oft ihre Kompetenz abgesprochen wird, indem sich unerfahrene Männer von erfahrenen Frauen selbst in fachspezifischen Bereichen nichts sagen lassen, daß Männer den Frauen Vorschriften bzw. Anweisungen geben, wie sie sich gegenüber Kunden zu verhalten haben.

Dies waren nur ein paar wenige Vorkommnisse unter vielen täglich praktizierten, die Männern oft unbewußt und unreflektiert unterlaufen.

Die „Schwarz auf Weiß"-Frauen haben in dieser Hinsicht zum Ziel, die patriarchalischen Strukturen abzubauen, indem sie sich entschieden gegen sexistische Tendenzen zur Wehr setzen, den Männern die vermeintlich längst überwundenen, hierarchischen Strukturen als täglich unterschwellig vorhandene offenlegen, und letztlich, bei sich selbst erkennen, wo sie patriarchalische Strukturen unbewußt unterstützen, um diese konsequent bekämpfen zu können.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Bunte Hilfe Nordbayern gegründet

Red. Nürnberg In Nordbayern gibt es seit kurzem eine Organisation, die es sich zur Aufgabe macht, politisch gegen die sich verschärfende staatliche Repression anzukämpfen und Betroffene weitestgehend zu unterstützen.

Ursache für die Gründung der „Bunten Hilfe Nordbayern" ist die schleichende Faschisierung dieser Gesellschaft, welche die Zerschlagung jedweden Widerstandes gegen staatliche Politik zum Ziel hat, sei es an der Startbahn West in Frankfurt, der WAA in Wackersdorf, sei es der Kampf gegen Gen- und Reproduktionstechnologie, gegen den Internationalen Währungsfonds (IWF) oder um Abschaffung der Isolationsfolter und bessere Haftbedingungen politischer Gefangener.

Das rechtliche Instrumentarium hierfür wurde und wird erheblich ausgebaut: die §§ 129a und 130a sind ausgeweitet und verschärft, durch den geplanten § 130 (Befürwortung von Straftaten) soll die öffentliche Diskussion über nicht- legalistischen Widerstand vollends kriminalisiert werden, die Verlängerung der Präventivhaftdauer von 2 aus 14 Tage allein wegen des Verdachts auf Begehung einer Ordnungswidrigkeit, gibt dem Staat die Möglichkeit, mißliebige Personen ohne konkrete Begründung beliebig aus dem Verkehr zu ziehen, die Rechte für AusländerInnen und AsylbewerberInen werden mehr und mehr eingeschränkt, das Selbstbestimmungsrecht der Frau (siehe Memmingen) wird nocht weiter ausgehöhlt etc. pp.

Veranstaltungen, welche die Legitimation dieses Staates grundsätzlich in Frage stellen, werden in Bayern seit zwei Jahren durch die Bank verboten, bzw. durch unakzeptable Auflagen wie die Präsenz von Polizeibeamten mit Tonbändern oder selektive Diskussionverbote unmöglich gemacht, soweit sie nicht gestürmt und die Personalien der Anwesenden erfasst werden. VeranstalterInnen und system- oppositionelle Zeitschriften werden mit Verfahren überzogen.

Die Bunte Hilfe Nordbayern versucht, durch Öffentlichkeitsarbeit zu einem möglichst entschlossenen und breiten gesellschaftlichen Widerstand gegen die staatliche Unterdrückung beizutragen, deren Funktion das Austreten jedes revolutionären Funkens ist, der in bestimmten Situationen zu einem Flächenbrand führen könnte. Sie versteht ihre Arbeit jedoch nicht allein defensiv, denn um die staatliche Strategie zu unterlaufen, reicht Solidaritätsarbeit mit Kriminalisierten nicht aus. Vielmehr müssen Informationen, deren Verbreitung einen erheblichen Legitimationsverlust dieses imperialistischen und patriarchalen Systems bedeutet und deshalb staatlich- repressiv verhindert werden soll, verstärkt öffentlich gemacht werden. Die Verhaftungen von Ingrid Strobl und der mittlerweile wieder freigelassenen Ulla Penselin sind ein erfolgreiches Beispiel dafür, wie ein staatlicher Schuß nach hinten losgehen kann und sich eine Bewegung, die zerschlagen werden soll, verbreitert.

Auf der eher praktischen Ebene berät die Bunte Hilfe über Möglichkeiten politischer Prozeßstrategien, vermittelt geeignete AnwältInnen, informiert über Prozesse, unterstützt Betroffene so weit wie möglich finanziell, kümmert sich um politische Gefangene und macht Haftbedingungen öffentlich.

Die Bunte Hilfe Nordbayern sieht sich in der Tradition der Roten Hilfe der Weimarer Republik, jener der 50er und 60er Jahre sowie der Roten und Schwarzen Hilfe, die sich Anfang der 70er Jahre – allesamt zum Kampf gegen die Klassenjustiz – gründeten.

Die Bunte Hilfe Nordbayern hat ihr Büro im KuRo, 85 Nürnberg, Rothenburger Straße 106, das jeweils Dienstags und Donnerstags von 19 Uhr bis 21 Uhr besetzt ist. Die Tel-Nr. ist (0911) 26 08 92.

Da sie dringend auf Spendengelder angewiesen ist, abschließend noch die Bandverbindung:
Sparkasse Nürnberg
BLZ: 760 501 01
Kto.-Nr. 134 49 92

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Niederurseler Str 7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Die unheilige Allianz der I.G. Farben

Auszüge aus dem gleichnamigen Buch von Joseph Borkin

„Ohne die I.G. mit ihren riesigen Produktionsstätten, ihrer weitreichenden Forschung und vielfältigen technischen Erfahrung sowie ihrer umfassenden Konzentration wirtschaftlicher Macht wäre Deutschland im September 1939 nicht in der Lage gewesen, seinen Angriffskrieg zu beginnen.

Zu diesem Ergebnis kam eine Gruppe ziviler und militärischer Experten, die General Eisenhower am Ende des Zweiten Weltkriegs damit beauftragt hatte, den Beitrag der I.G. Farben zum Kriegsaufwand der Nazis zu untersuchen. Ihre Schlußfolgerung mag übertrieben klingen, aber alle Dokumente beweisen ihre Richtigkeit. Die I.G. war ein wahrhaft gigantisches Unternehmen. Mit ihrem weitläufigen Besitz – einschließlich der verschleierten Beteiligungen – ihrem überlegenen technischen Wissen und einem wahren Schatz an Patenten kontrollierte sie weltweit das Chemie-Geschäft. Um ihre wirtschaftliche Führungsstellung zu untermauern, schuf die I.G. ein Labyrinth von Kartellen, denen internationale Firmen wie Kuhlmann (Frankreich), ICI (Großbritannien), Montecatini (Italien), Aussiger Verein (Tschechoslowakei), Boruta (Polen), Mitsui (Japan) und die amerikanischen Firmen Standard Oil, Du Pont und Dow Chemicals angehörten.

Mehr als nur Wirtschaftsimperium

Die I.G. war jedoch mehr als ein Wirtschaftsimperium. Durch das Können ihrer Wissenschaftler und Ingenieure sicherte sie Deutschland jene Unabhängigkeit von Rohstofflieferungen, die es ihm ermöglichte, Machtpolitik zu betreiben. Aus ihren Fabriken und Laboratorien kamen jene strategisch wichtigen Grundstoffe wie Öl, Nitrate, Gummi und Webgarne, die es in natürlicher Form in Deutschland nicht gab. Neben diesen Stoffen produzierte die I.G. noch Impfstoffe, Medikamente ... sowie Giftgase und Raketentreibstoffe. ...

... Den größten Dienst erwies die I.G. jedoch den Nazis. Mit Hilfe der I.G. und der Kohle hätte Hitler beinahe die Welt erobert. ... Das Ergebnis war eine Vernunftehe zwischen Hitler und der I.G.. Hitler verabscheute die I.G. wegen ihrer internationalen Verflechtungen und der ungewöhnlich hohen Zahl jüdischer Direktoren und Wissenschaftler. Carl Bosch, oberster Kopf der I.G. als Hitler an die Macht kam, war der entschiedenste Nazi-Gegner unter den deutschen Industriellen. Im Lichte der nachfolgenden Ereignisse erscheint es wie Ironie, daß die I.G. in den frühen Tagen des Dritten Reiches von den Rassengesetzen der Nazis als 'Nichtarisch' abgestempelt wurde. Doch Hitler brauchte Wissen und Können der I.G., und die I.G. brauchte Hitlers Unterstützung. Hitlers Hauptauftrag an die I.G. lautete: die Befreiung der deutschen Außenpolitik von den Fesseln, die sie an die Ölquellen und Kautschukplantagen ihrer Feinde banden. Die Geschichte des schrecklichsten und technisch aufwendigsten Krieges der Weltgeschichte beschreibt, wie gut sie diesen Auftrag ausführte. Fünfeinhalb Jahre lang wurden Hitlers Panzer, Flugzeuge und Lastwagen mit den Kraftstoffen der I.G. angetrieben und mit ihrem Gummi bereift. Ihre Erfolge hatten die I.G. unersetzlich gemacht.

Doch unersetzlich zu sein genügte nicht. Im weiteren Verlauf des Krieges wurde die Verbindung zwischen der I.G. und Hitler immer enger. Mit Hilfe der Wehrmacht und der Nazi-Bürokratie plünderte die I.G. die Chemieindustrien der besiegten Länder (Österreich, Polen, Tschechoslowakei, Norwegen und Frankreich). Darüber hinaus hatte sie Pläne, England, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion auf gleiche Weise unter ihre Kontrolle zu bringen. ...

Perfekte Partner

... Schon bald beteiligte sie sich an einem groß angelegten Programm der Nazis, Millionen von Menschen aus den besiegten Ländern als Zwangsarbeiter in die deutsche Kriegsproduktion einzugliedern. ... Ihre Vollendung erfuhr diese Partnerschaft in Auschwitz, wo im Einklang mit der 'Endlösung der Judenfrage' – Hitlers Plan zur Ausrottung eines ganzen Volkes – vier Millionen Menschen vernichtet wurden. Angezogen von einem fast unbegrenzten Reservoir an Arbeitssklaven, wählte die I.G. Auschwitz zum Standort für eine gigantische Anlage zur Produktion synthetischen Gummis und Öls. Diese Anlage war so riesig, daß sie den gleichen Energieverbrauch hatte wie ganz Berlin. Mehr als 25.000 Zwangsarbeiter starben während der Bauarbeiten.

Elitäre Kriegsverbrecher

Nach den schrecklichen Vorkommnissen bei der 'I.G. Auschwitz' war es sicher, daß nach Deutschlands Niederlage alle Beteiligten zur Rechenschaft gezogen würden. Beim Militärtribunal der Vereinigten Staaten in Nürnberg wurde eine Anklageschrift eingereicht, in der 24 der höchsten Verantwortlichen der I.G. Farben der Teilnahme an Kriegsverbrechen bezichtigt wurden. ... Als die Angeklagten ihre Plätze auf der Anklagebank des Nürnberger Justizpalastes einnahmen, erinnerte die Szenerie trotz der schwerwiegenden Anklage mehr an ein Anti-Kartell-Verfahren als an einen Prozeß wegen Sklaverei und Massenmord.

Die dreiundzwanzig Angeklagten ... gehörten nicht zu Hitlers braun- und schwarz- uniformiertem Gesindel, sondern zur industriellen Elite Deutschlands. Sie verkörperten eine für ein privates Unternehmen einmalige Kombination von wissenschaftlicher Begabung und Geschäftstüchtigkeit. Diese Leute hatten die I.G. auf ihren Spitzenplatz in Wirtschaft und Technik geführt. Sie saßen in den Direktorien der angesehensten Firmen des In- und Auslandes, wo sie mit Ehrfurcht und Bewunderung betrachtet wurden. Als ihre Regierung sie rief, übernahmen sie öffentliche Ämter im Geiste eines Dienstes am Volk. Wie ihre Kollegen in anderen Teilen der Welt gehörten sie zu den führenden Mäzenen der Kunst, Wohlfahrt und Religion ...

Neue I.G. Farben-Anlage in Auschwitz

... Geführt von Hitlers persönlichen Ansichten zur Unabhängigkeit von Rohstofflieferungen, begannen die Kriegsplaner sofort mit der Projektierung von Kunstkautschukfabriken, mit denen man den Bedarf für den Rußlandfeldzug decken konnte. Das Reichswirtschaftsministerium berief Fritz ter Meer und Otto Ambros sofort zu einer geheimen Konferenz ... Ambros erstellte persönlich eine genaue Bewertung der möglichen schlesischen Standorte und empfahl schließlich einen, der ihm besonders gut geeignet schien. ... Der Name des polnischen Dorfes, das er zum Standort für die neue I.G.-Anlage wählte, war Auschwitz! ... Die I.G.- Direktoren wählten Ambros zum Leiter der Bunaanlage und Bütefisch zum Leiter der Treibstoffabrik in Auschwitz. ...

Im Juli 1942, kurz nachdem Hitler in Rußland sein zweites Jahr voller Ärger begonnen hatte, beschlossen sie (I.G.- Direktoren), ihre Arbeiterbeschaffungsprobleme in Auschwitz durch Einrichtung eines eigenen Konzentrationslagers zu lösen. ... Der Standort, den man für das I.G.-Konzentrationslager wählte, hieß Monowitz. Der Betrieb dieser einzigartigen Einrichtung wurde aufgeteilt zwischen I.G. und SS. Die I.G. war für Unterbringung, Verpflegung und Gesunderhaltung der Häftlinge verantwortlich, die SS übernahm Überwachung, Bestrafung und Nachschub der Häftlinge. Monowitz wurde im Sommer 1942 fertiggestellt. Obwohl der I.G. gehörig, besaß es alle Einrichtungen eines typischen Nazi-Konzentrationslagers. ... Der Komplex in Auschwitz bestand jetzt aus vier Teilen: Auschwitz I, das eigentliche Konzentrationslager mit hunderttausenden von Häftlingen; Auschwitz II, das Vernichtungslager und die Krematorien in Birkenau; Auschwitz III, die Anlage der I.G.; und Auschwitz IV, das I.G.-eigene Konzentrationslager in Monowitz. ...

Menschenversuche mit Zyklon B

... Im August 1941 wurde in den Gaskammern von Birkenau ein neues Giftgas mit Namen Zyklon B an einer Testgruppe von fünfhundert russischen Kriegsgefangenen zum erstenmal ausprobiert. ... Die tödliche Chemikalie wurde nur von einer Firma geliefert, der Deutschen Gesellschaft zur Schädlingsbekämpfung – bekannt als Degesch. Die Firma gehörte zu 42,5% der I.G., zu weiteren 42,5% der Degussa (von der die I.G. ein Drittel der Anteile hielt) und zu 15% dem Theo-Goldschmidt- Konzern. Wichtigster Beitrag des Unternehmens waren die Monopolrechte auf die Herstellung von Zyklon B. Daß die I.G. die Degesch kontrollierte, war ein offenes Geheimnis in der Industrie. In ihren offiziellen Geschäftspapieren bezeichnete sich die Degesch als Verkaufsagentur der I.G. Hinzu kam, daß die I.G. auch den Aufsichtsrat der Degesch beherrschte. ... Als im Rahmen der Endlösung auch Juden auf die Tötungsliste der SS kamen, erreichten die Profite der Degesch einen Höhepunkt. In den Jahren von 1942 bis 1944 erzielte die I.G. aus ihren Einlagen bei der Degesch den doppelten Dividendenertrag der Jahre 1940/41. ...

Es besteht der Verdacht, daß höchste Vertreter der I.G. von den Menschenversuchen mit Giftgasen der I.G. wußten. Nach dem Krieg schwor Georg von Schnitzler, daß Ambros, Schmitz und Ter Meer davon wußten. ...

I.G. Führung unter Anklage

Die Vereinigten Staaten legten den größten Eifer an den Tag und erstellten Pläne für Verfahren gegen die leitenden Angestellten der I.G. sowie des Krupp- und Flick-Konzerns. ... Auf der Liste der Angeklagten standen vierundzwanzig leitende Angestellte der I.G.: Der Aufsichtsratsvorsitzende Carl Krauch, Generaldirektor Hermann Schmitz und alle anderen Mitglieder des Direktoriums: Georg von Schnitzler, Fritz Gajewski, Heinrich Hörlein, August von Knieriem, Fritz Ter Meer, Christian Schneider, Otto Ambros, Max Brüggemann, Ernst Bürgin, Heinrich Bütefisch, Paul Häfliger, Max Ilgner, Friedrich Jähne, Hans Kühne, Carl Lautenschläger, Wilhelm Mann, Heinrich Oster und Karl Wurster. Außerdem standen auf der Liste noch die Namen von vier weiteren prominenten I.G. Mitarbeitern: Walter Dürrfeld, Heinrich Gattineau, Erich von der Heyde und Hans Kugler. ... Die Hauptpunkte der Anklage lauteten auf 'Planung, Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen und Einfällen in andere Länder'. 'Raub und Plünderung' und 'Versklavung und Tötung der Zivilbevölkerung, Kriegsgefangenen und KZ-Insassen'. ...

Obwohl das Gericht sehr deutlich darauf bestand, daß 'die I.G. eine menschenwürdige Behandlung der Arbeiter nicht beabsichtigt oder vorsätzlich gefördert hat', war es doch von den Beweisen beeindruckt, die die Verantwortlichkeit von Ambros, Bütefisch und Dürrfeld für die Beschaffung der Zwangsarbeiter belegten. ...

I.G. wird nicht aufgelöst...

... Gegen Ende Februar 1947 gab die amerikanische Militärregierung ein Gesetz bekannt, das innerhalb der amerikanischen Zone die rechtliche Grundlage für die Auflösung der I.G. Farben liefern sollte. ... Schon bald jedoch stellte sich heraus, daß alle guten Vorsätze zu schön gewesen waren, um sich verwirklichen zu lassen. ... In Übereinstimmung mit den Forderungen der Kalten Krieger setzte man die Auflösung der I.G. erst einmal aus. ... Als die militärische Kontrolle der vier Siegermächte zu Ende ging und durch die Zivilisten der Kontrollkommission der westlichen Alliierten ersetzt wurde, rührten sich die alten Aktionäre der I.G.. Sie formten eine Schutzgemeinschaft der Aktionäre und verlangten eine Konsolidierung des I.G.-Besitzes in drei Firmen: Bayer, BASF und Hoechst. ...

...sondern formiert sich um

Im März 1953 verabschiedete die Alliierte Kontrollkommission schließlich ihren Plan für die Verteilung der verbliebenen I.G.-Einheiten in Westdeutschland. Der größte Teil fiel an die Großen Drei. ... Im Frühjahr 1955 hielten die Nachfolgefirmen der I.G. ihre erste Hauptversammlung ohne alliierte Überwachung ab. Bayer änderte prompt seine Geschäftsbedingungen und gestattete wieder anonyme Beteiligungen. Die anderen Gesellschaften zogen bald mit entsprechenden Regelungen nach.

Auch fühlten sich die neuen Firmen nicht an die Gesetze der Alliierten gebunden, die die Einstellung von Kriegsverbrechern verbot. Friedrich Jähne kam 1955 in den Aufsichtsrat von Hoechst und wurde im September desselben Jahres sogar dessen Vorsitzender. ... 1956 wurde Fritz Ter Meer, der einzige Kriegsverbrecher, der sowohl wegen Plünderung als auch Versklavung verurteilt worden war, zum Aufsichtsratvorsitzenden von Bayer gewählt. ...

Die großen Drei so stark wie nie

Der Wohlstand kehrte bei den Großen Drei wieder ein. ... Anfang 1956 verdreifachte BAYER sein Grundkapital. Drei Monate später erwarb es 28% Hüls. ...Schon bald wurde auch Cassella von Bayer übernommen. Die Großen Drei machten ihrem Namen wieder Ehre. 1977 gehörten Hoechst, Bayer und BASF zu den dreißig größten Unternehmen der Welt. Hoechst ist das größte Unternehmen Deutschlands. Hoechst und BASF sind größer als Du Pont. BAYER ist nur geringfügig kleiner. Jedes einzelne der drei Unternehmen ist größer, als die I.G. im Zenit ihrer Geschichte es war."

Joseph Borkin leitete von 1938 bis 1946 die Patent- und Kartellabteilung der Anti-Trust- Behörde des amerikanischen Justizministeriums. Er war verantwortlich für die Ermittlungen gegen die amerikanischen Tochtergesellschaften der I.G.

Geschichte der chemischen Industrie in Deutschland (IG Farben)

1861 Gründung der Badischen Anilin- und Sodafabrik (BASF) in Ludwigshafen

1863 Gründung der Fa. Meister, Lucius & Co. (Farbwerke Hoechst) in Frankfurt, der BAYER-Werke, Leverkusen, der Fa. Kalle & Co. in Wiesbaden.

1870 Gründung der Farbwerke Cassella, Frankfurt

1873 Gründung der AG für Anilin (Agfa) in Berlin

– Grundlage aller Firmen ist die Ersetzung natürlicher durch billigere synthetische Farbstoffe.

ab 1868 systematischer Einsatz von Chemikern; zunehmende organisierte Anwendung von Wissenschaft. Neben dem Forschungsapparat der einzelnen Firmen wächst der Verkaufsapparat als Folge der wachsenden Konkurrenz.

1877 auf Druck der chemischen Industrie wird das Patentgesetz erlassen

ab 1883 zweites Standbein der chemischen Industrie wird die pharmazeutische Industrie. Weitere Forschungsprojekte sind die Ersetzung des natürlichen Kautschuk für die Automobilindustrie, die künstliche Düngung und die Sprengstoffherstellung.

I. Weltkrieg:

– Unter Leitung Walter Rathenaus (AEG) wird innerhalb des Kriegsministeriums eine Kriegsrohstoffbehörde mit eigender Chemie-Abteilung eingerichtet, die Fritz Haber vom Kaiser-Wilhelm-Institut betreut.
– Zur Beseitigung der Rohstoffverknappung werden staatlich subventionierte Chemiefabriken gebaut, die nach dem Haber-Bosch-Verfahren (BASF) synthetischen Stickstoff herstellen. Über dieses Verfahren wird zum ersten Mal in der Geschichte im großen Maßstab eine Zusammenarbeit zwischen Staat und Industrie betrieben, deren Kosten vom Staat getragen, deren Gewinne allerdings privatisiert werden.
– Auf Drängen Carl Duisbergs (BASF) verschleppen deutsche Besatzer 60.000 Belgier in deutsche Fabriken und Bergwerke um eine gesteigerte Rüstungsproduktion zu ermöglichen.
– Unter Anleitung von Fritz Haber wird am 22.04.1915 an der Westfront bei Ypres an 15.000 Franzosen die Wirkung von Chlorgas erprobt; ein Drittel der Betroffenen stirbt. Folge ist die rasante Entwicklung in der Giftgasproduktion.

1916 Zusammenschluß der beiden Dreibünde von 1904 unter Einschluß zweier weiterer Unternehmen zur „Interessengemeinschaft der deutschen Farben-Industrie" ohne Aktienbeteiligung. Partner: BAYER, BASF und Agfa; Hoechst, Cassella und Kalle; die Chemische Fabrik Griesheim Elektron und Fabriken Weiler-ter- Meer.

1925 Oben genannte Firmen übertragen ihr Vermögen gegen Gewährung von Aktien der BASF, die ihren Namen in I.G. Farbenindustrie AG umwandelt und ihren Sitz nach Frankfurt verlegt. Neben dem Stahltrust ist die I.G. Farben das größte Privatunternehmen in Deutschland.

1926 Fusion der I.G. mit der Köln-Rottweil AG, wodurch sich Kapitalbeteiligungen an „Nobel Industries" und dem „Dupont"-Trust ergeben. Weitere Fusionen mit der Dynamit AG, der Rheinisch- Westfälischen Sprengstoff AG, Siegener Dynamit Fabrik AG, den Riebeckschen Montanwerken AG, den Rheinischen Stahlwerken AG. Zudem Beteiligung an Standard Oil in Amerika und an der norwegischen Stickstoffgesellschaft Norsk Hydro-Elektrisk- Kwaelstoff A.S.

Gleichzeitig zahlreiche Kartell-, Preis- und Absatzregelnde Verträge; z.B. die Stickstoff Syndikat GmbH, das Europäische Farbstoffkartell.

– **Produktionsgebiete:** Teerfarbstoffe, Pharmazeutische Produkte, Organische und anorganische Chemikalien, Lösungsmittel und Lacke, synthetische Gerbstoffe, Leichtmetalle, Filme und photographische Artikel, Kunstseide, Stickstofferzeugnisse, synthetische Betriebsstoffe wie z.B. Benzin, Cellophan, Linoleum, Autogene Schweiß- und Schneidegeräte.

1929 Gründung der amerikanischen I.G.

1930 Massenentlassungen in der chemischen Industrie während der Weltwirtschaftskrise

1932 Kontakte zur NSDAP

1933 Abkommen Regierung/I.G.: Steigerung der Produktion von synthetischem Benzin bis 1935. Dafür Garantie der Regierung für Verkaufspreis und Absatzmarkt. Verstärkte Zusammenarbeit zwischen der I.G. und den Kriegsministerien. Weitgehende Identität zwischen dem Nazi-Wirtschaftsprogramm und den wirtschaftspolitischen Strategien der I.G.

1936 Programm des synthetischen Treibstoffs wird in das Rüstungsprogramm integriert – Vierjahresplan.

1939 Carl Krauch (1940-45 Vorsitzender des Aufsichtsrats der I.G.) wird von Göring das Reichsamt für Wirtschaftsaufbau unterstellt.

bis 1944 werden folgende Hydrierwerke errichtet: Leuna, Pölitz, Gelsenberg, Brüx, Böhlen, Zeitz, Wesseling, Scholven, Magdeburg, Welheim, Moosbierbaum, Ludwigshafen, Lützkendorf, Heydebreck, Blechhammer, Ausschwitz.

– **„Eroberungen" der I.G.:** ab **1937** übereignete jüdische Firmen. „Beteiligungen" an chemischen Fabriken im neuen „Lebensraum" nach Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich, Polen, Tschechoslowakei, Frankreich.
In Polen wird das Werk Auschwitz Monowitz (I.G. Auschwitz) gegründet; eine Produktionsstätte mit eigenem Konzentrationslager.

1945 Beschlagnahme des I.G. Hochhauses und sämtlicher darin befindlicher Patente der I.G., die I.G. steht unter alliierter Kontrolle.

1947 Im Rahmen der Nürnberger Prozesse werden von den Amerikanern Verfahren gegen leitende Angestellte des Flick-Konzerns und der I.G. Farben eingeleitet. Verurteilt werden unter anderen: Hermann Schmitz, Carl Krauch, Georg von Schnitzler, Fritz Ter Meer, Otto Ambros und Heinrich Bütefisch wegen Versklavung, Massenmord und Ausraubung öffentlichen und privaten Eigentums. Die meisten werden frühzeitig entlassen und nehmen ihre Positionen in Wirtschaft und öffentlichem Leben bald wieder ein, wie z.B.: Hermann Schmitz als Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats der Rheinischen Stahlwerke und Aufsichtsratmitglied der Deutschen Bank oder Fritz Ter Meer als Vorsitzender des Aufsichtsrates der BAYER AG.

ab 1951 werden die 12 Nachfolgegesellschaften gegründet

ab 1953 die ehemaligen I.G. Farben-Aktionäre tauschen ihre Aktien in Aktien der Nachfolgegesellschaften um. Wieder kristallisieren sich die drei Großen BAYER, BASF und Hoechst heraus.

Quellen:
– „Geschichte der Farbwerke Hoechst und der chemischen Industrie in Deutschland", Verlag 2000, 1984
– „Die unheilige Allianz der IG Farben", Joseph Borkin, Frankfurt/New York 1978

rumpelstilz 2000

MONATSMAGAZIN
FÜR HUNSRÜCK-MOSEL-EIFEL

Ein Versuch gegen den kapitalistischen Schwachsinn

Für eine Gesellschaft in der Lust und Freiheit nicht eingesperrt werden.

Themen: Ökologie-, Kapitalismus-, Pädagogik-, Religions-, und Philosophie-Kritik.

Januar 89-Schwerpunkt:

SZENARIO 2000 !

Abo für 12 Ausgaben DM 32,-
Einzelpreis 36-40 S 2,50
plus Porto
Anschrift: RS 2000
Dörrwiese 4
5552 Morbach 06533/3534

Gentechnik bei Hoechst: Profit rechtfertigt jedes Risiko?

von Thomas Schlimme, Mitglied der „Höchster Schnüffler und Maagucker"

Red. Rhein/Main Was habt Ihr denn gegen Insulin, könnte man natürlich fragen, wenn man erfährt, daß unsere Bürgerinitiative zusammen mit einem „Aktionsbündnis gegen die Gentechnik bei Hoechst" Klage gegen das Humaninsulinprojekt der Hoechst AG eingereicht hat und damit die Anlage nun schon ein ganzes Jahr blockiert.

Die Hoechst AG hat sich schon mit Bedacht dafür entschieden, gerade mit diesem Projekt in die großtechnische Anwendung der Gentechnik einzusteigen. Es wurde ein Produkt gewählt, das in der Bevölkerung bekannt ist und einen guten Ruf hat: das Insulin, das sich Zuckerkranke (Diabetiker) täglich spritzen müssen, um ihren Blutzuckerspiegel zu regulieren. Durch gentechnische Manipulation wurden Bakterien, Escherichia Coli, das menschliche Darmbakterium, seit jeher „Haustier" und Hauptuntersuchungsobjekt der Bakteriologen, dazu gebracht, einen Rohstoff zu produzieren, aus dem dann ein Insulin gewonnen wird, das in der chemischen Struktur identisch mit unserem eigenen Insulin ist. Man hat dazu einfach die Erbinformation für dieses Humaninsulin von einer Affenart auf das Bakterium E. Coli übertragen.

Projekte ähnlicher Art werden bald folgen. In Marburg läuft ein Genehmigungsverfahren der Hoechst-Tochter Behringwerke, in dem die Produktion eines blutbildungsfördernden Medikaments (EPO) durch gentechnisch veränderte Mäusezellen genehmigt werden soll. Während bisher die Diskussion über die Gentechnik meist noch um die Herstellung von irgendwelchen Monstern oder auch um die Züchtung neuer Menschen und der damit verbundenen Gefahren geführt wird, ist die Industrie also dabei, in riesigen Anlagen mit Bakterien und Zellkulturen zu hantieren, die gentechnisch verändert und damit potentiell gefährlich sind.

Kommt Aids aus US-Labaratorien?

Dies ist eigentlich die aktuellste Gefahr, die von der Gentechnik ausgeht: Es geht um die Problematik der Freisetzung solcher manipulierten Lebewesen in die Umwelt. Was passiert, wenn ein solches manipuliertes Coli-Bakterium in meinen Darm gerät und dort Insulin produziert? Was passiert, wenn eine solche Bakterie sich noch ein wenig verändert, z.B. durch Genaustausch mit anderen Bakterien? Können plötzlich krankheitserregende Killerbakterien entstehen? Es gibt Theorien, daß AIDS in US-Laboratorien entstanden ist. Dies wird von der Mehrzahl der Wissenschaftler für unwahrscheinlich gehalten, zeigt aber, wohin der Zug fahren könnte. Plötzlich taucht ein neues Virus, eine neue Bakterie auf, niemand weiß, wie sie entstanden ist, und die Medizin muß hilflos mitansehen, wie sich die Infektion ausbreitet. Dies ist der Unterschied zu der Gefahr, die von der Freisetzung chemischer Stoffe ausgeht, und seien sie auch noch so giftig, wie z.B. Dioxin. Bakterien und Viren können sich vermehren, das kann kein chemisches Gift!

Brodelnder Bakterienkessel

Die Hoechst AG will ihr Humaninsulin in einem 60.000 Liter Fermenter erzeugen. 60.000 Liter Bakterien, das ist eine unvorstellbar große Zahl einzelner Bakterien. Wir halten es für unmöglich, eine solche Anlage zu betreiben, ohne daß Bakterien nach draußen gelangen, sei es über die Abluft, das Abwasser oder auch durch die Arbeiter, die in der Anlage arbeiten. Geraten Bakterien ins Abwasser, gelangen sie in die biologische Kläranlage, wo sie mit einer Vielzahl von chemischen Giftstoffen, mutationsauslösenden Stoffen, krebserzeugenden Stoffen und mit anderen Bakterien zusammengeraten. Man kann sich eine solche Kläranlage beinahe vorstellen als den brodelnden Kessel, aus dem die Schöpfung hervor gegangen sein könnte.

Hoechst verwendet einen Sicherheitsstamm von E. Coli, d.h. die Bakterien würden außerhalb der Anlage absterben. Es ist aber bekannt, daß solche Sicherheitsstämme zur überlebensfähigen Wildform zurückmutieren können, mit einer Mutationsrate von 1 zu 10 Millionen. Das heißt, von 10 Millionen Sicherheitsbakterien ist eine eben doch in der normalen Umwelt überlebensfähig.

Bakterien-Lotto

Bei der Atomkraft hat man relativ wenige Anlagen mit Störfallwahrscheinlichkeiten, die von der Industrie als sehr klein angesehen werden. Hier bei der Gentechnik gleichen sich nun die Zahlen aus: Auf der einen Seite hat man nur sehr geringe Wahrscheinlichkeiten, daß eine manipulierte Bakterie überlebt, und noch eine geringere Wahrscheinlichkeit, daß sie – z.B. in der Kläranlage – durch weitere Mutationen oder Austausch mit anderen Bakterien zum „Killer" wird, auf der anderen Seite hat man aber auch riesige Zahlen an Bakterien schon in einem Flüssigkeitstropfen. Eine Trilliarde Bakterien ist schnell entwichen, und wer eine Trilliarde Lottoscheine ausfüllen kann, gewinnt bestimmt, auch wenn der Hauptgewinn in diesem Fall die Killerbakterie wäre!

Was bleibt sind die Versicherungen der Industrie, alles im Griff zu haben. Aber Tschernobyl, Harrisburg, Challenger, Seveso, Sandoz und Bophal haben gezeigt, daß Technik nie unfehlbar ist. Wenn aber die Folgen eines Unglücks so schwerwiegend sein können, daß das Unglück einfach nicht passieren darf, dann geht man besser von vornherein das Risiko erst gar nicht ein. Dies müßte man aus dem Beispiel der Atomenergie gelernt haben. Und vertrauen? Wir vertrauen denen, die die genannten Katastrophen verursacht haben, allerdings nicht, und gerade beim FCKW-Erzeuger Hoechst muß man besonders vorsichtig sein. Wer auch trotz der nunmehr unübersehbaren Schäden in der Ozonschicht immer noch FCKW produziert, verdient unser Vertrauen nicht.

Schere, Messer, Licht gehören in die Hand von Kindern nicht, und Gentechnik gehört nicht in die Hand der chemischen Industrie, auch wenn die damit produzierten Stoffe durchaus nützlich sein könnten.

Gefährliche Nebenwirkungen

Nützlich ist nun aber gerade das Human-Insulin gewiß nicht. Es hat sich vielmehr gezeigt, daß dieses von Hoechst so gepriesene Humaninsulin einen entscheidenden Fehler hat: die Diabetiker, die vom Schweine-Insulin auf Human- Insulin umgestellt wurden, bemerken plötzlich ihre Unterzuckerung nicht mehr und geraten ohne Warnzeichen in Bewußtlosigkeit und Koma. Es hat bereits Todesfälle gegeben, und inzwischen muß auf dem Beipackzettel vor dieser gefährlichen Nebenwirkung gewarnt werden. Bisher hatten die Diabetiker immer ihre Warn-Symptome, z.B. Schweißausbruch, an denen sie bemerkten, wenn der Blutzucker zu niedrig wurde, und hatten noch genug Zeit, Traubenzucker zu schlucken. Unter Human-Insulin bleibt ihnen keine Zeit mehr zur Reaktion!

Inzwischen werden bereits die ersten Patienten wieder von Humaninsulin auf Schweineinsulin zurückumgestellt. Als Folge der massiven Werbestrategien der Hoechst AG (Kopfprämie von 50,- DM für jeden auf Humaninsulin umgestellten Patienten, kostenlose Abgabe von Humaninsulin an Krankenhäuser) sind bereits über Zwei Drittel der Diabetiker auf Humaninsulin umgestellt! Bisher erst mal auf Präparate von amerikanischen Firmen oder halbsynthetisches Humaninsulin von Hoechst (Humaninsulin läßt sich durch chemische Umwandlung von Schweineinsulin auch ohne Gentechnik herstellen), aber klar ist, daß nach Genehmigung des gentechnisch hergestellten Hoechster Humaninsulins der Markt bereitet wäre für dieses Produkt.

Das Tor muß zubleiben

Die Verantworungslosigkeit des Hoechster Konzerns zeigt sich im Jubiläumsjahr also auch in diesem Punkt erschreckend deutlich: Da wurden aus marktstrategischen Gründen die Patienten mit einem Mittel eingestellt, das eindeutig schlechter ist, als das herkömmliche. Todesfälle wurden in Kauf genommen, die Lebensqualität der Patienten stark eingeschränkt (die meisten trauten sich nicht mehr Auto zu fahren, weil sie wußten, jederzeit ohnmächtig werden zu können), alles nur, weil der Patentschutz für das alte Schweineinsulin inzwischen abgelaufen ist und Hoechst diesen Markt gerne zurückerobern will. Und eben weil man das Tor zur großtechnischen Anwendung der Gentechnik mit einem allseits bekannten Medikament weit aufstoßen wollte.

Wir werden alles tun, dieses Tor zuzuhalten und benötigen dafür natürlich Geld, um die Klage weiter durchhalten zu können. **Spenden** sind also erbeten auf folgendes Konto:

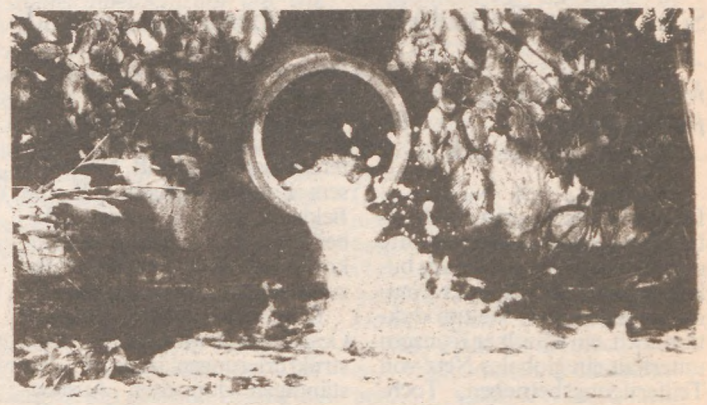
Rechtshilfe Sonderkonto
F. Kirchner; Volksbank Höchst
Kto.-Nr. 100-41 91 06;
BLZ: 501 903 00

Thomas Schlimme ist aktives Mitglied des gemeinnützigen Vereins *„Höchster Schnüffler un' Maagucker"*, der sich 1980 aufgrund allzu zahlreicher Störfälle gegründet hat. Proben zu entnehmen, die die Wasser- und Luftverschmutzung durch die Hoechst AG belegen, und sie zur Untersuchung an Labors (z.B. die ARGÜK in der Krebsmühle) weiterzugeben, gehört zur Arbeit des Vereins; ebenso die Teilnahme an der Jahreshauptversammlung der Hoechst AG in Gestalt kritische Aktionäre. Von den ca. 100 Mitgliedern des Vereins erledigen 10 die aktive Arbeit und treffen sich regelmäßig einmal pro Woche. Wer Näheres wissen möchte, wende sich an:
Franz Kirchner
Hilligengasse 13
6230 Frankfurt 80
☎ (069) 30 66 89

Aus dem Rundbrief des „Kritische Aktionäre e.V.":

Der Verein schließt Einzelaktionäre und Aktionärsvereinigungen zusammen, die die Geschäftstätigkeit und Unternehmenspolitik vor allem von Konzernen und Banken insbesondere im Hinblick auf: Humanität und Menschenrechte, Umweltschutz, Rechte der „Dritten Welt", Sicherung des Friedens, Ausbau der Völkerfreundschaft, Erhaltung und Schaffung (umweltverträglicher) Arbeitsplätze, Erhöhung der Lebensqualität kritisch hinterfragen und zur Debatte stellen.

Kontaktadresse:
„Kritische Aktionäre e.V.", c/o Georg Herter, Prof.-Neeb-Str. 24, 6501 Saulheim /RHH; ☎ (06732) 6 24 56



I.G. Farben i.A.

Nachtrag zur Hauptversammlungsperiode 1987

In Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Hessen war es gelungen, eine Stimmrechtsübertragung der I.G. Farben in Abwicklung wahrzunehmen. Auf der Aktionärsversammlung sprach Emil Carlebach, inzwischen ein hochbetagter Widerstandskämpfer, der selbst im Konzentrationslager inhaftiert war und dessen Mutter im KZ Auschwitz mit dem Giftgas der I.G. Farben ermordet wurde.

Carlebach sprach vor Aktionären einer Gesellschaft, die nach Auflösung der alten „I.G. Farben" geschaffen wurde als „I.G. Farben in Abwicklung" mit dem erklärten Auftrag, die Opfer der Verbrechen der I.G. Farben soweit wie möglich zu entschädigen.

Voller Stolz teilten die mit diesem Auftrag betrauten „Liquidatoren" auf der HV am 7.8.87 in Frankfurt mit, daß der neue Konzern im abgelaufenen Geschäftsjahr satte DM 26.000.000 Gewinn erwirtschaftet hat – und keinen Pfennig an die Opfer der I.G. Farben zahlte!

Aus der beeindruckenden Rede E. Carlebachs geben wir einige kurze Passagen wieder: „Ich frage den Aufsichtsrat: Sind Sie bereit, sofort einen Aufruf zu erlassen, daß alle Anspruchsberechtigten sich melden? Sind Sie bereit, die Spekulationen mit den den Geldern der „I.G. Farben i.A." zu beenden, und mit den Auszahlungen an die Opfer der I.G. Farben zu beginnen? ... Oder wollen Sie das teuflische Spiel fortsetzen, bis der letzte dieser Unglücklichen – auch ohne das Giftgas der I.G. Farben – gestorben ist, sodaß Sie dann ungehindert und schrankenlos über das Blutgeld verfügen können, daß sich bis heute in Ihren Händen befindet? ... Blutgeld im wahrsten Sinne des Wortes, mit dem Sie – unter Verhöhnung der Opfer und der Verdrehung des Rechtsstandpunktes – seit Jahren spekulieren!

Ich stelle nochmals mit Nachdruck fest: Dieses Geld gehört den Opfern der I.G. Farben – deshalb und nur deshalb existieren die „I.G. Farben in Abwicklung"! Sie aber haben aus dieser Konstruktion das Gegenteil ihrer wahren Aufgabe gemacht ..."

RADIO-READER

Eine Dokumentation zur Praxis der ANDEREN RADIOS ist erhältlich über die Osnabrücker Radio-Initiative c/o Adolf-Reichwein-Gesellschaft e.V., Kommenderiestr.41, 45 Osnabrück. Preis:8,-DM + Versandkosten.

GANZ SPITZ AUF DIE TAZ SIND NICHT NUR DIE SPITZEL

VOM SOGEN. VERFASSUNGS„SCHUTZ", SONDERN JEDE WOCHE WEIT ÜBER 100 NEUE LESERINNEN UND LESER. AUCH...

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LINKS LIEGEN LASSEN!

ich bestelle die taz

☐ 4 Wochen für 25 Mark
☐ 8 Wochen für 50 Mark

bei:
taz-Abo
Wattstr. 11-12
1000 Berlin 65

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
PLZ / Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....

☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65.
Davon habe ich Kenntnis genommen. 366

Datum, Unterschrift: .....

Frauenarbeit im Kapitalismus

Red. Rhein/Main Armut wird als historisches Phänomen dargestellt, als wäre sie ein individualistisches Fehlverhalten von AußenseiterInnen, die sich nicht anpassen wollen – „Ausschuß aus dem Arbeitsprozeß". Armut ist jedoch durch die herrschenden Produktionsverhältnisse und ihre direkte Einwirkung auf das Leben der Menschen geprägt. Durchleuchtet man das Verhältnis von Kapital und Produzierenden genauer, wird es notwendig, den Klassenbegriff nicht durch den soziologischen Schichtbegriff abzulösen (z.B. obere, mittlere und untere Unterschicht), sondern zur ergänzenden Differenzierung herbeizuziehen: Die Spaltungen innerhalb der produzierenden Klassen erfolgen regional (Strukturschwache Gebiete), nach Branchen (Industriezweige ohne Zukunft), nach Geschlechtern (Frauen als billige Produktions- und Reproduktionsarbeiterinnen). Diese Differenzierungen ermöglichen die Druckausübung und Abpressung von Arbeitsleistung und Wohlverhalten der Arbeiter.

Martina Koch, Heike Möser

Das bisherige Prinzip der Multis, Rohstoffe und Arbeitskräfte dort einzukaufen, wo sie am billigsten sind, weicht einer Neuorganisation der Weltproduktion. D.h. ein einzelner Konzern unterhält ein globales Netz von Teilfertigungsbetrieben, Tochterunternehmen und Vertragspartnern. Diese Struktur ermöglicht es, die Herstellung eines Produktes schnell in ein anderes Land zu verlagern.

Unterauftragnehmer und „Sklavenhändler" tragen dazu bei, die transnationalen Strukturen und Besitzverhältnisse zu verschleiern. Die direkte Ausbeutung wird somit von den Multi-Managern auf die Subunternehmer abgestreift. Nach diesem Prinzip versucht z.B. die Bekleidungsfabrik „Adler" Arbeiterinnen- Aufstände in Südkorea auf „Flair- Fashion" abzuwälzen.

Durch die Klassenspaltung in Geschlechter wird bei den Umstrukturierungsplänen mit der ständigen doppelten Ausbeutung der Frauen gerechnet. So nimmt die zentrale Bedeutung der Frauenarbeit im Kapitalismus in dem Maße zu, wie das System eine wirkliche Befriedigung von Grundbedürfnissen immer weniger zuläßt. Für die meisten Menschen ist das angestrebte Lebensniveau, durch die Medien vermittelt, ohne Kreditaufnahme, bzw. Schulden nicht zu erreichen. Kaum jemand kann sich hier dem sozio- kulturellen Konkurrenzkampf entziehen, wobei die angestrebten Werte kaum hinterfragt werden.

In allem doppelt so gut sein

Frauen reproduzieren die Arbeitskraft; nicht nur als Ehefrauen, die den Haushalt in Ordnung halten. Psychisch, emotional und sexuell lastet die Arbeit auf ihnen, die Ausbeutbarkeit der Männer wiederherzustellen, die zukünftigen Arbeitskräfte (man könnte auch „Kinder" sagen) aufzuziehen. Dies erfolgt an jedem gesellschaftlichen Ort als „liebevolle Gattin und Mutter", als „tapfere Genossin", als „verständnisvolle Freundin", als „leidenschaftliche Geliebte", als „kluge, kooperative Kollegin" und nicht zuletzt als sexuelles „Freiwild" auf der Straße, im Betrieb, in Uni und Schule.

Es besteht kaum ein Bewußtsein darüber, daß das Verhältnis zwischen den Geschlechtern kein natürliches, sondern ein manipuliertes und obendrein ausbeuterisches zugunsten der Männer ganz allgemein ist und daß die Spaltung zwischen Mann unf Frau Grundlage der politischen Stabilität ist. Zudem ist Frauenarbeit unverzichtbare Arbeit, ohne die weder die kapitalistische Produktionsweise noch die Gesellschaft überhaupt funktionieren würde.

Frauen sind wegen ihrer Kinder und der schlechten Lohnsituation der Männer zur Erwerbstätigkeit gezwungen. Die Anzahl erwerbstätiger Frauen nimmt durch die Systematisierung von Doppelarbeit bei Frauen und Arbeitsverminderung bei Männern zu.

Für Frauen, die sich der Illusion hingeben, daß sich durch ihre Beteiligung an der Männer-Macht langfristig auch die Situation der Frauen in dieser Gesellschaft etwas verändert, bedeutet das: In allem doppelt so gut sein wie Männer. In ihrem Kampf um Anerkennung in der Männerwelt werden sie schnell die härtesten Unterdrückerinnen. (Thatcher, Süssmuth)

Lohnniveaudrückerinnen und Arbeitskonkurrentinnen

Für die Frauen, die sich dem Kampf um die Gleichberechtigung nicht aussetzen wollen, gibt es die „neue Mütterlichkeit"; Dabei wird allerdings erwartet, daß sie „nebenbei" noch die eine oder andere Lohnarbeit ausführen.

Die Umstrukturierung verändert die Frauenarbeit nicht tatsächlich; sie polarisiert sie nur schärfer, in beiden Bereichen wächst der Leistungsdruck. Auch die Anwendung neuer Technologien und Rationalisierungen betreffen in erster Linie Frauen. Unter gesellschaftlichem Druck werden sie zum Hausfrauen- Dasein und/oder ungesicherter Erwerbsarbeit gedrängt. Die Teilzeitarbeits-Kampagnen bieten fast nur ungesicherte Arbeitsverhältnisse und reichen oftmals nicht zur Existenzerhaltung aus. Zudem orientiert sich die Zeiteinteilung der Hausfrau an der flexiblen Lohnarbeit, der Arbeitszeit ihres Mannes und der Schulzeit der Kinder. Sie können über ihre Zeit nicht mehr frei verfügen.

Das so durch die Frauen **gedrückte Lohnniveau** wird von kapitalistischem Interesse gelenkt. Für die gesamte Arbeitswelt bedeutet die Schaffung von Frauen-Arbeitsplätzen die **weitere Entgarantierung von Lohnarbeit allgemein.** Flexibilisierte Arbeit verändert die Norm von Arbeitsplätzen auch für Männer. Von den 200.000 zwischen 1983 und 1985 neu geschaffenen Arbeitsplätzen waren 81% Frauen-Arbeitsplätze; daß dies nicht so bleiben wird, ist vorauszusehen. Frauen werden hier wieder als Lohnniveau- Drückerinnen und Arbeits- Konkurrentinnen eingesetzt, bis sie unter dem sozialen Druck wieder an Heim und Herd verbannt werden. Männer können nun zwischen Erwerbslosigkeit und schlecht bezahlten, sozial kaum abgesicherten Lohnverhältnissen wählen. Um wenigstens die finanzielle Bevormundung der Familie wieder in den Griff zu bekommen, werden sie wohl die zweite Möglichkeit wählen.

Eine kapitalistische Gesellschaft kann kein wirkliches Interesse an der Emanzipation der Frau (sozial und finanziell) haben. Die Ausbeutung beruht auf der kapitalistischen und patriarchalen Produktionsweise; dafür ist die geschlechtliche Arbeitsteilung der wichtigste Faktor. Der Kampf gegen Kapitalismus und Patriarchat kann von daher nicht nur ein Kampf der Frauen sein. Männer sollten begreifen, daß sie ebenso wie Frauen funktionalisiert werden und sich ohne die Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung niemals etwas ändern wird. Diese Aufhebung sieht aber auch die Auflösung des Patriarchats und hierdurch die Gefährdung des Kapitals und der weltweiten Unterdrückung vor.

Nicaragua darf nicht alleine stehen

Die breite Schneise des Hurrikans hat Nicaragua vollständig erschüttert.

Mehrere medico-Projekte lagen mitten im Zentrum des Sturms: Tasba Pony, Santo Tomas & El Corral. Auch am Rio San Juan sind die Schäden beträchtlich: 400 Häuser ganz oder teilweise zerstört!

WIR SAMMELN DESHALB NICHT NUR GELD, SONDERN KÄMPFEN MIT TAUSEND GROSSEN & KLEINEREN PROBLEMEN DES WIEDERAUFBAUS:

● Transportmöglichkeiten ● Zinkblechbeschaffung ● Motorsägen ● Notstromaggregate ● Dachnägelbesorgung ● Medizinische Versorgung ● Trinkwasser

HELFEN SIE UNS BITTE BEI DIESER ARBEIT.

SPENDEN SIE REICHLICH AUF UNSERE KONTEN:

1 800 Stadtsparkasse Ffm. BLZ 500 501 2 oder Postgiro Köln 69 99-508.
Stichwort: Hurrikanhilfe.

Kostenlose Infoblätter mit Schadensübersicht auch in größeren Mengen zur kostenlosen Verteilung. (Rückporto in Marken beilegen).

medico international

Medico international · Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1 · Telefon 0 69 / 4 99 00 41 / 2

Vom Protest zur Mitbestimmung

Demokratie-Kongress der Heinrich-Böll-Stiftung
Neue Initiative für Volksentscheid

Red. Rhein/Main Am Samstag, den 19.11.88 trafen sich 130 Menschen aus den unterschiedlichsten Bürgerinitiativen, Gruppen und Parteien im ehrwürdigen barocken Kaisersaal in Bonn zur Frage: Warum brauchen wir Volksbegehren und Volksentscheide?

Thomas Mayer

In seinem Einleitungsreferat verwies Dr. Christian Sailer vom BUND auf die Raketenstationierung 1983. Lt. Meinungsumfragen seien ca. 60-70 % der Bevölkerung dagegen, das Parlament aber zu 90 % dafür gewesen. Christian Sailer: „Hier entartet die repräsentative Demokratie zu einer Parteienoligarchie, in der in Schicksalsfragen nicht mehr **durch** die Bevölkerung sondern **gegen** die Bevölkerung regiert wird." Die Parlamente müssen in ihre Schranken verwiesen werden. Dies sei wirkungsvoll mit Volksentscheiden möglich. In die gleiche Kerbe hieb MdB Gerald Häfner, Sprecher der inzwischen beendeten „Initiative Volksentscheid gegen Atomanlagen". Die Demokratiefrage sei die Frage der Zeit. „Wir brauchen einen Hebel, mit dem wir unsere Forderungen auch durchsetzen können." „Direkte Demokratie ist nicht alles, aber ohne Direkte Demokratie ist vieles nichts!"

Dies war allen Teilnehmern des Kongresses einleuchtend, jedoch wurde in den anschließenden Diskussionen im Plenum und in den Arbeitsgruppen klar, daß zur Frage der direkten Demokratie ein großer Diskussionsbedarf besteht. Besitzt die Bevölkerung für Sachentscheidungen überhaupt das nötige Fachwissen? (Haben es vielleicht die Politiker? Vieles spricht dagegen). Welche Fragen sollten bei Volksabstimmungen ausgeschlossen sein? (Wer soll das in einer Demokratie entscheiden, in der doch die Bevölkerung der Souverän ist). Wie kann eine Manipulation durch finanzstarke Kreise verhindert, bzw. abgeschwächt werden? (Hier muß wohl eine gleichberechtigte Information finanziell und rechtlich durch den Staat abgesichert werden, wie z.B. bei den Parteien).

Andi Groß aus Zürich, Initiator der Schweizer Abstimmungs-Initiative „Schweiz ohne Armee" machte in seinen Beitrag deutlich, wie das Instrument Volksentscheid benützt werden kann, um politische Diskussionsprozesse anzuregen. Für die militaristische Schweiz war die Abschaffung der Armee ein Tabuthema, durch das Volksbegehren konnte die Schweizer Friedensbewegung das Thema erstmalig auf die Tagesordnung setzen.

Ein Vertreter der Jungen Union schilderte, daß ein Flügel seiner Partei das Thema in die Diskussion bringen will. Sie fordern z.Zt. nur die Einführung von Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene, um den Diskussionsprozess innerhalb der Union zu erleichern, denn gegenüber bundesweiten Volksentscheiden herrsche vielmehr Skepsis.

Insbesondere im Schlußplenum wurde das Bedürfnis und die Notwendigkeit deutlich, daß sich möglichst viele Menschen, Verbände, Initiativen und Parteien an der Diskussion und der Durchsetzung des Volksentscheides beteiligen und in dieser Frage zusammenschließen sollten. Hier bot sich die IDEE (Initiative DEmokratie Entwickeln), die den Kongress mit der Heinrich- Böll-Stiftung maßgeblich vorbereitet hatte an, als zukünftige Kontaktstelle zu fungieren. Als erste Schritte soll u.a. ein regelmäßiger Rundbrief/Zeitung zum Thema Direkte Demokratie erscheinen und neue Kampagnen und Aktionsformen entwickelt werden.

Kontaktadresse: Initiative DEmokratie Entwickeln (IDEE), Colmanstr. 18, 5300 Bonn, Tel. (0228) 69 33 51.

Auszüge aus „Die Bernsteinkette", 1984-86

Petra Inden

„Morgens um 10 Uhr ein Unfall, ein Schrei, der solange dauert, daß er mich bis in die Nacht hinein verfolgt. Ein Chaos, ein Lärm, ich kann mir nur die Ohren zuhalten, während die Augen suchen, nach Hilfe, nach dem Schrei. Alles dreht sich, jetzt kein einziger fester Punkt mehr in dieser Hölle. Mein Kopf platzt, scheint all das, was dieser Schrei, der nicht enden will, auslöst, nicht mehr fassen zu können. Plötzlich wieder die unfasbare Wirkung dieser Wüste, dieser sich immer schneller windenden Spirale, von Kreislauf kann nicht mehr die Rede sein. Raus aus diesem Zwiespalt von Notwendigkeit und Irrsinn unseres Systems; die scheinbare Notwendigkeit, den Irrsinn, der uns alle das Leben kostet, in Bewegung zu halten, um zu überleben. Was für ein Hohn, tagtäglich eine Selbstzerstörung zu unterstützen, nur um für den Moment scheinbar eine Lösung gefunden zu haben. Glauben wir tatsächlich immer noch daran, daß unser Körper, ua, unsere Erde jede Verdrängung von Wirklichkeit bedingungslos geschehen läßt? Unser Lebensrahmen, der sich aus uns heraus entwickelt hat und jetzt in geschichtlicher, natürlicher Eigendynamik unser 'Abwehrsystem' lahmlegt, um uns dann letztendlich zu zerstören ...

Ich will hier raus, aber halt: nicht darum ging es ... Wir müssen hier raus. Also weitermachen, hierbleiben, zusammenreißen, suchen nach dem Punkt, da alles zur Ruhe kommt. Nicht losschreien, nicht weglaufen.

Tschernobyl vergessen, die Toten, die Kranken, den Schrei dieser Frau vergessen. Nicht zulassen, die Angst vor dem Wahnsinn, dieses Gefühl der eigenen Machtlosigkeit.

'Wo gehobelt wird fallen Späne ...'. – Es wird aber nicht gehobelt, sondern Profit gemacht; und es sind keine Späne, die da fallen, es sind Menschen, auch wenn sie sich oft nicht so verhalten ..."

... „Dann, eine halbe Stunde später, die Geschäftsleitung mit Kundenbesuch, Vorstand der Daimler Benz AG. Ich spüre sie zwar, finde aber nicht die Kraft hinzusehen. Das Blut schießt mir in den Kopf bei dieser maßlosen Anstrengung, nicht zu weinen, nicht zu lachen, nicht zu –hassen. Sie haben diese Schreie nicht gehört; ich höre sie für sie mit, dreimal lauter mit tausendfachem Echo, in allen denkbaren Tonlagen. Sie sind gekommen, die Produkte zu betrachten, für die wir unser Leben lassen. Produkte, die unsere, ihre und die Zukunft unserer Kinder zerstören ..."

... „Du und Deine Rolle;

Jedesmal, wenn Du ehrlich genug bist, mit von Deiner Widersprüchlichkeit, Deinem Zwiespalt zu erzählen, bin ich zunächst einmal froh, daß Du sie empfindest. Du hast ein weiteres Mal einen Befehl ausgeführt, den andere für Dich mit ausbaden. Du hast keinen Einfluß auf Entscheidungen, sagst Du. Hast Du jemals versucht, Dich gegen das zu wehren, was Dich nur benutzt? Auch Du manchmal nur ein Werkzeug anderer Interessen, ein Handlanger der Macht, der Profitgeier? Eingeschlossen in die Zwänge einer Hierarchie, selten in die einer Moral, in die einer Menschlichkeit. Und nur um dies zu vertuschen, versuchst Du mit diese Entscheidungen als die Deinen zu verkaufen. Aus dem Bedürfnis heraus, nicht ständig in diesem Zwiespalt leben zu müssen, aus Angst vor Deinem Gewissen ...
Schreit nicht die Realität selbst seit langem nach Veränderungen, nach unserer Identität, daß endlich der Rahmen auch der Seele entspricht? Oder ist dem gar so?
Identität: die Übereinstimmung eines 'Dinges' mit sich selbst.
Wo ist unsere Identität, Deine, meine, die eines jeden Menschen?"...

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Projekt „Markthalle“

Red. Frauen *Im Rahmen des Kongresses „Frauen und Wirtschaft in den 90er Jahren“ Anfang November in Berlin stellte Lu Haas von den Frauenbetrieben Frankfurt vor, was sie aufgebaut haben, um erwerbslose Frauen bei der Veränderung ihrer Lage zu unterstützen.*

Sabine Spiesmacher

Nach 3 1/2-jähriger Arbeit gibt es ein 1.000 qm großes Handels- und Gewerbezentrum, in dem erwerbslose Frauen eigene Geschäfte, Werkstätten und Dienstleistungsbüros einrichten. Miete und Umbauten finanziert das Bundesarbeitsministerium, das Bundesfamilienministerium die Werkstatteinrichtungen, der EG-Sozialfonds die Hälfte der Projektkosten, der hessische Wirtschaftsminister übernimmt die Kosten für Qualifikationskurse.

Den Gründerinnen werden Räume und Werkstatteinrichtungen für die Erstellung von Prototypen und die Anfangszeit des Aufbaus einer selbständigen Existenz geboten. Die Frauen müssen Mieten und Pacht nur bezahlen, wenn ihr Betriebsergebnis das erlaubt. Geboten wird die Betreuung von Kleinkindern. Außerdem gibt es im Haus eine Beratungsstelle, technische Kurse und Qualifikationskurse für die berufliche Selbständigkeit. Die gründungswilligen Frauen lernen in unmittelbarer Anschauung und zum Teil in Mitarbeit mit den Frauen, die bereits beim Aufbau eines Betriebes sind.

So soll verhindert werden, daß Frauen sich beim Selbständigmachen auf Abenteuer einlassen und ihre Unternehmen wegen Kapitalmangel, Finanzierungsproblemen, mangelndem Aufbau eines Kundenstamms, fehlender Branchenkenntnis und ungünstiger Lieferbedingungen scheitern.

Über die „Markthalle“ können die Frauen die duch Erwerbslosigkeit entstandenen Hindernisse – kein Geld, keine Berufserfahrung, keine Branchenkontakte und persönliche Schwierigkeiten – überwinden.

Die bisherigen Erfahrungen mit der „Markthalle“ sind so positiv, daß Lu Haas die Einrichtung vieler solcher Gründerinnenzentren anregt. Wirtschaftssenator Pieroth will die Anregung für Berlin aufgreifen in Zusammenarbeit mit der Frauenbeauftragten des Senats.

Für eine Diskussion des Konzepts blieb auf dem Kongress leider keine Zeit. Das Interesse der meisten Teilnehmerinnen an der Entwicklung von Perspektiven für erwerbslose Frauen schien nicht sonderlich groß – dem Beifall für Lu Haas' Beitrag nach zu urteilen. Sie schienen sich eher zu identifizieren mit der „Selfmadefrau mit Perlenkette und Modellkleid“ (Lu Haas), die keine (Nach-)Hilfe braucht.

Anlage zu Projekt „Markthalle“

Die „Markthalle“ umfasst heute:
3 Werkstätten: Metall, Holz, Textil
1 Laden: „Frauenbetriebe design“, in dem die Produkte aus den Werkstätten verkauft werden
1 gewerblich eingerichtete Großküche
1 Kindergarten
1 Koordinationsstelle für die Beschäftigungsinitiativen von Frauen
1 Fotoatelier
1 Malatelier
1 Buchbindewerkstatt
1 Beratungsbüro „Frauenbetriebe“
Kursräume für den Qualifizierungsteil zur beruflichen Selbständigkeit des Vereins Frauenbetriebe QBS e.V.

Bis Ende des Jahres soll ein Imbiss in guter Lage eröffnet werden, in dem die Produkte der Großküche verkauft werden.

Zur Zeit arbeiten 23 Frauen in der „Markthalle“; weitere 28 nehmen am Kursangebot teil. Bis 1990 sollen 50 Erwerbs-Arbeitsplätze entstehen.

Grünes Licht für Gründerinnenzentrum

Red. Frauen *Seit Januar 1987 befaßt sich der gemeinnützige Verein Weiberwirtschaft mit der Planung für ein selbstverwaltetes Gründerinnenzentrum (vergl. CONTRASTE, Nr. 43, Jg. 5, April '88). Auch der Berliner Wirtschaftssenator Pieroth hat auf dem Kongreß „Frauen und Wirtschaft“ sein Interesse an einem solchen Zentrum bekundet Das deckt sich hervorragend mit den Plänen der Weiberwirtschaft, die gerade ein*

Ricarda Buch,
Sabine Joswig
Weiberwirtschaft e.V.

Nach der Vorstellung der Frauen von der Weiberwirtschaft soll das Zentrum eine Mischung von Gewerbe-, Handels-, Dienstleistungs-, Kultur- und Sozialprojekten von und für Frauen beherbergen sowie Beratungs-, Weiterbildungs- und Kinderbetreuungsmöglichkeiten bereitstellen. Mit dem Gründerinnenzentrum soll Frauen Raum zugestanden werden, der ihnen durch wirtschaftliche Unabhängigkeit, selbstbestimmtes Arbeiten die Stärkung des eigenen Selbstbewußtseins ermöglicht und gleichzeitig die Ausgangsbedingungen von Gründerinnen durch Kooperation und Arbeitsteilung untereinander verbessert.

Zur Realisierung des Projekts ist die Gründung einer Genossenschaft zum Erwerb und Betrieb eines Gewerbehofes geplant. Zu diesem Zweck wurde von der Weiberwirtschaft ein Treuhandkonto bei der Ökobank eröffnet, das von den STATTwerken verwaltet wird. Ab 200 DM aufwärts kann bereits jetzt Treugeld gezeichnet werden, das zum Zeitpunkt der Eintragung der zukünftigen Genossenschaft in Genossenschaftsanteile umgewandelt wird. Die Genossenschaft als Trägerin des Projekts bietet den Vorteil, daß sich interessierte Frauenbetriebe und -projekte oder auch Einzelpersonen mit einer relativ geringen Summe am Startkapital des Projekts beteiligen und dessen Zukunft mitbestimmen können. Daneben kann die geplante Genossenschaft über gemeinsame Werbung und gemeinsamen Einkauf günstige Bedingungen für die ihr angehörigen Frauenbetriebe schaffen und durch die soziale Zweckbindung von Überschüssen zugunsten sozialer und kultureller Vorhaben ihrer Mitgliedsprojekte auch deren Ausgangsbedingungen verbessern. Da es sich bei dem geplanten Gründerinnenzentrum um ein Millionenobjekt handelt, das erst nach einer langfristigen Anlaufphase kostendeckend arbeiten wird, wäre insbesondere eine Unterstützung seitens des Senats wünschenswert. Hier wird sich zeigen, ob Herrn Pieroths Äußerungen ernst gemeint, oder lediglich Wahlkampftaktik sind.

Der Standort

Seit 1981/82 steht in Kreuzberg 61 eine alte Brauerei leer. Das Gelände mit großen Freiflächen befindet sich in einem belebten Stadtteil unweit des Mehringdamms und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar. An Leerstand gibt es ein 5-, ein 3- und ein 2- geschossiges Backsteingebäude, sowie ein kleines Wohnhaus mit insgesamt über 4.500 qm Nutzfläche. Der Flächennutzungsplan für das Gebiet sieht eine eingeschränkte gewerbliche Nutzung vor. Zwei der Gebäude stehen unter Denkmalschutz. Da es in Berlin nur noch wenig gewerblichen Leerstand in einer solchen Größe gibt und auch der Standort den Anforderungen bestens genügt, ist klar, daß unser Gründerinnenzentrum dort sinnvoll angesiedelt werden könnte:

Der Eigentümer

Eigentümer der Grundstücke am Tempelhofer Berg ist ein Berliner Bauunternehmer. Nach dessen Plänen soll auf dem Teil des Geländes, das zur Wohnbebauung freigegeben ist, eine fünfgeschossige Wohnanlage errichtet werden, die die städtebaulichen Besonderheiten der alten Bierbrauerei völlig ignoriert. Schon mehrfach gab es Kaufinteressenten, doch der Eigentümer läßt die Gebäude offenbar lieber verfallen.

Die Weiberwirtschaft diskutiert derzeit ihre Pläne für die Nutzung des Geländes mit Berliner Frauenprojekten.

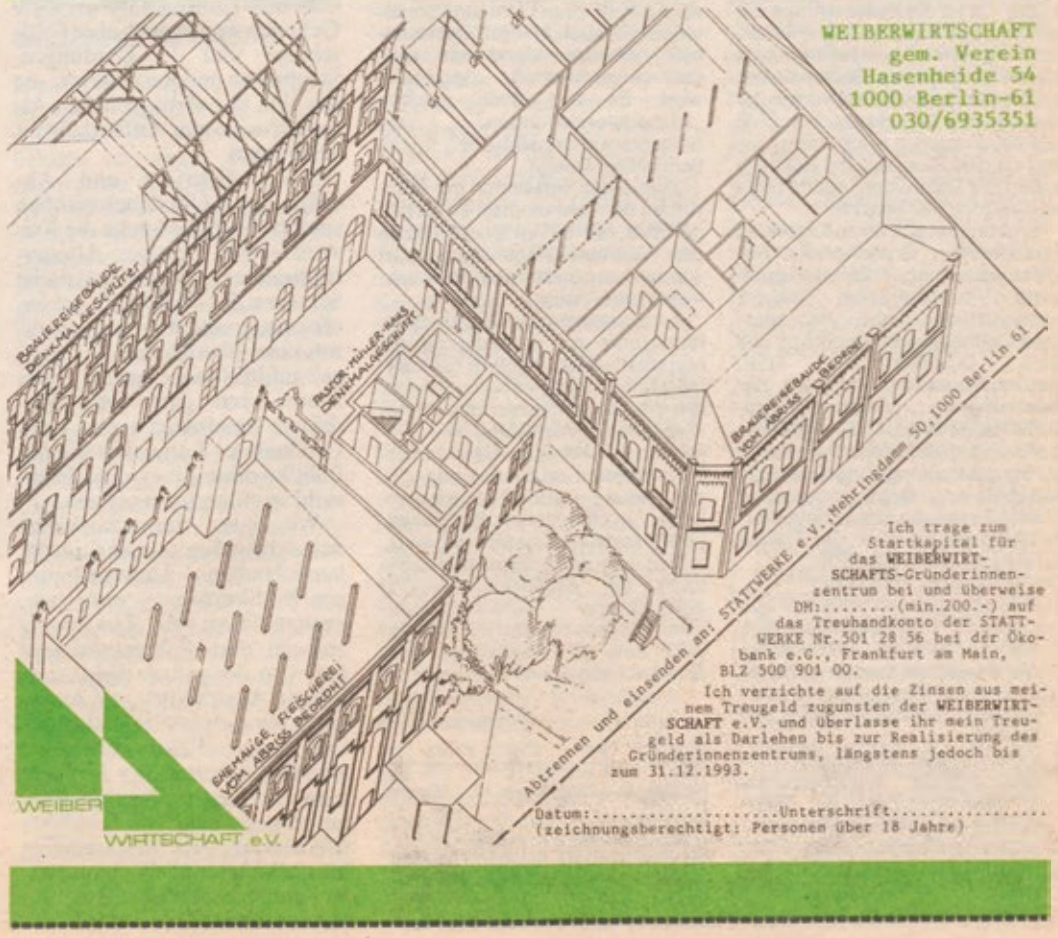
Wir werden über unsere weitere Vorgehensweise berichten.

Ansprechende Gebäude in entsprechender Größe mit Werkstatträumen und Werkstatthof, Platz für eine Kantine, eine Markthalle, Druckerei, Satzbetrieb, Werbeagentur, Künstlerinnenateliers, Kinderbetreuung, Bürofläche, Übungsräume für Musikerinnen in geräumigen Kellergewölben, Lagerfläche, Raum für eine Galerie oder ein kleines Museum für Frauengeschichte, ein Hotel, einen Import/Exporthandel, Platz für Baufachfrauen, Tischlerinnen, Metallerinnen, Computerfachfrauen, Ökoberaterinnen, Steuerberaterinnen, für die Buchhaltung, für Finanzierungs- und Gründungsberatung, für Weiterbildungskurse, für eine Schneiderei und ein Theaterprojekt, etc.

Es werden zur Zeit Pläne für eine Nutzung erarbeitet, die sich einerseits an den baulichen Voraussetzungen und schon vorhandenen Infrastrukturen der näheren Umgebung orientieren, andererseits am Bedarf schon vorhandener oder sich entwickelnder Frauenprojekte und -betriebe in der Stadt.

Historisches

Kaum vorstellbar, daß das Gelände am Tempelhofer Berg ursprünglich ein Weinberg war. Um 1800 eignete sich der Maurermeister Bergemann das Gelände durch Heirat an, nach dessen Frau die nahe gelegene Bergmannstraße benannt ist. 1865 wurde auf des Gelände das Sommerhaus des Pastors Müller erbaut, das noch heute auf dem Gelände steht. Zu Beginn des 19. Jhdt. entstanden in der Umgebung der Tempelhofer Berge mehrere Brauereien und beliebte Biergärten und Ausflugslokale. Die Monopolbrauerei wurde 1885 auf dem Gelände erbaut und bis 1914 betrieben. Über die Geschichte des Geländes ab 1914 ist uns wenig bekannt. Während des 2. Weltkrieges wurden die Kellergewölbe von den Anwohnern des Bezirks als Luftschutzbunker benutzt. Bis 1982 befanden sich eine Pillenfabrik und eine Fleischerei in den Gebäuden.



Bundestag bremst – Frauenanstiftung startet

Gisela Vollradt
FFBIZ und FAS

Red. Frauen Wer's nicht mehr weiß: die Frauenanstiftung oder FAS ist das eine Drittel des grünnahen Stiftungsverbandes Regenbogen, den zu gründen die GRÜNEN im Frühjahr '88 beschlossen. Also dasselbe in Grün, nein, das ganz andere zur Ebert-, oder Adenauer- oder Naumann-Stiftung der anderen Parteien.

Zu vermelden ist, daß die FAS mit mit ihrer Gründungsphase zu Ende gekommen ist, daß die 20 Frauen aus diversen Regionen und Frauenbewegungszusammenhängen, die seit 2 Jahren für und am Aufbau der Stiftung ackern, in qualvoll schönen Diskussionen und Veranstaltungen Satzung und Planung einer zweijährigen Aufbauphase abgeschlossen haben. Am 10./11. Dezember war in München bei den Mafiosa-Frauen Gründungsfest der FAS, d.h. erste Mitfrauenversammlung und öffentliche Vorstellung. CONTRASTE wird im Februar berichten.

Die übrige Frauenbewegung ist nach München geladen, um zu hören, ob die bisher aktiven Frauenbewegten wenigstens der Satzung und Planung nach eine FAS hinbekommen haben, die die Hoffnungen der großen weiten Frauenbewegung in sie auf materielle und ideelle Förderung, Beratung, Durchschaubarkeit der Arbeit (Jessas!) und Basisanbindung erfüllt.

Frauen informiert Euch, helft nachbessern und seid nicht erst hinterher uns gegenüber undankbar enttäuscht darüber, wer alles wofür kein Geld bekommt. Damit ist eh erstmal nichts, des Bundestags wegen. Also nutzt die Zeit, klinkt Euch ein!

Zur Frage der Stiftung: Der Regenbogendachverband hat für 1989 8,6 Mio. DM Globalmittel beantragt, ferner diverse Anträge fürs AA, BMZ und Bundespresseamt vorbereitet. Die Antragsflut der Stiftungen war riesig, das Antragsvolumen der FAS am größten, und das bei fast null Öffentlichkeitsarbeit Euch gegenüber. Auch ein Beispiel zum Thema „Frauen und Geld, die Geschichte einer Mangelbeziehung“.

Prinzipiell werden die anderen Parteien eine grünnahe Stiftung nicht boykottieren können und wollen, aber auf Zeit scheint's doch. Jedenfalls hat der Haushaltsausschuß des Bundestages am 9.11. die für den Regenbogen anvisierten 4,2 Mio. DM erst einmal gesperrt. Ein Gutachten der Bundesregierung soll zuvor eingeholt werden (Skandal). Kommt wahrscheinlich im Januar 1989. Ohne das Gutachten und die Bewilligung der Globalmittel läuft auch nichts mit Anträgen bei den Ministerien. Ob in '89 noch? Wehe nicht! Sagt's den Parteien!

ZIMBABWE

Frauen gehen ihren Weg

Auch im Zimbabwe liegt die Hauptlast der Entwicklung auf den Schultern der Frauen.

Die Abwanderung vieler Männer in die Städte und die Verschlechterung der Ackerböden hat die Arbeitsbelastung der Frauen noch vergrößert.

In Frauengruppen und -genossenschaften versuchen sie jetzt, (z. B. mit Näherei- und Hühnerhaltung und Brunnenbau) sich ein zusätzliches Einkommen zu erwirtschaften.

Für den Aufbau dieser Projekte brauchen die Frauen Geld. Die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt hat ihre Hilfe zugesagt, helfen Sie mit Ihrer Spende!

Spendenkonto: 555
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin (BLZ 100 101 11)

Kennwort:
Frauen gehen ihren Weg

ASW
Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61
Tel. (030) 251 02 65

Ökobankverein

Zentraler Frankfurter Bundesverein oder regionale Landesvereine?

Bärbel Dierks
Erich Gier

Red. Rhein/Main Der Verein „Freunde und Förderer der Ökobank" beschloß in der Mitgliederversammlung Ende Oktober seine Auflösung. Den äußeren Anlaß dazu bot der formale Streit um eine Satzungsänderung bezüglich des Vereinszwecks. Es ist müßig zu fragen, ob die Änderung erforderlich gewesen wäre oder nicht, denn: Der wirkliche Grund für die Auflösung liegt im jahrelangen Konflikt zwischen den Protagonisten einer zentralistischen Ausrichtung des Vereins und der Ökobank- Aktivitäten (abgesehen natürlich vom Geldeintreiben für Verein und Bank) einerseits und den Vertretern der außerhalb Frankfurts arbeitenden Regionalgruppen andererseits.

Die Bank arbeitet, der Zwang zur Kooperation in der Gründungsphase ist passé. Die alten Fronten stehen sich in neuer Form gegenüber: Mit „Ökonovia" als neuem Bundesverein haben sich die Zentralisten ihrer Kritiker aus den Regionen entledigt und wollen nun in Ruhe ihre Arbeit im Interesse der Zentrale Frankfurt fortsetzen. Können sie auch – in ihrem Verein.

Die Genossenschaft, die Bank jedoch brauchen ihre Verankerung auch in den anderen Regionen. Die offensive Überwindung der einschränkenden (bisher nicht mal ausgeschöpften) Auflagen für die Kreditvergabe, der Aufbau regionaler Zweigstellen und Finanzierungsstrukturen, die Ersetzung des undemokratischen Wahlverfahrens für die Vertreterversammlung stehen auf der Tagesordnung.

Der Einfluß der Regionen auf die Bank ist unverzichtbar, die der Zentrale Frankfurt bundesweit zugeflossenen Gelder müssen als Kredite wieder in die Regionen zurückfließen.

Dafür arbeiten die aus dem Ex-Bundesverein entstandenen Regionalvereine, nun aber ohne Gängelung durch die Zentralisten und ohne finanzielle Abhängigkeit vom Bundesverein. Für bestimmte Aufgaben mag eine bundesweite Struktur erforderlich sein, doch reicht dazu ein zu gründender Dachverband der Regionalorganisationen absolut aus.

Als nächster bundesweiter „Knackpunkt" steht die Wahl zur VertreterInnenversammlung ins Ökobank-Haus. Wir werden sehr kritisch prüfen müssen, ob die Interessen der Regionen in der Liste des Wahlvorstands angemessen vertreten sind. Wenn nicht, kann die Konsequenz nur ein eigener, gemeinsamer Wahlvorschlag der Regionalvereine sein.

Zum Schluß noch eine Bemerkung in eigener Sache. Dieser Artikel wurde in Frankfurt geschrieben; auch in der Zentrale gibt's nicht nur die Zentralisten. Wir, eine Gruppe von Aktiven des alten Regionalverbandes Frankfurt und Umland, streben die Gründung eines Landesvereines Hessen an und laden dazu alle Interessierten ein, am Samstag, den 28.1.1988 um 11 Uhr nach Frankfurt in die Mainzer Landstr. 147 zu kommen.

Schon wieder Frankfurt, aber diesmal ohne Hintergedanken...

Kommunikatives Wirtschaften

Konzepte für die Alternative Ökonomie

Red. Wien Ansätze zu Alternativer Ökonomie sind in den Augen vieler ohne Aussicht auf Verwirklichung, ja, interessieren weniger als noch vor zwei Jahren. Es dominieren Verhaltensweisen, in denen die Zwänge der herrschenden Ökonomie entweder ausgeblendet oder zynisch in Konkurrenzstrategien eingebaut werden. In dieser Depression wird die Unklarheit über ein allgemeinanerkanntes Konzept von Alternativer Ökonomie besonders spürbar. Diesem Mangel soll im ersten Teil des Beitrages nachgegangen werden, bevor im zweiten Teil unter dem Gesichtspunkt von Wahrnehmung und Kommunikation ein Vorschlag für das Konzept einer Alternativen Ökonomie zur Diskussion gestellt wird. Mit der Destruktivität des Wirtschaftens wächst auch die Dringlichkeit von Alternativen.

Erich Kitzmüller

Wirtschaft soll, in der heute allgemein herrschenden Auffassung, Mangel beseitigen. Mangel gilt in dieser gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit als eine gleichsam naturwüchsige, keinesfalls vom Wirtschaften verursachte Tatsache. Das ermöglicht die eigentümliche Schuldlosigkeit des wirtschaftlichen Handelns, die das herrschende Paradigma von der grenzenlosen Wirtschaftsexpansion – als dem Paradigma von Herrschaft heute – auszeichnet. Strittig sind imer nur die Einzelziele und die Methoden der Wirtschaftsexpansion, nicht sie selber.

Unter dieser Verblendung – das eben meint das Paradigma des „Expansionismus" – bleibt die **systematische Mangelerzeugung** als zentrales Moment des herrschenden Wirtschaftsstils unerkannt und unbearbeitet. So ist verständlich, daß Destruktion zunehmend die Produktion übersteigt, so sehr diese auch gesteigert wird. Hohe Destruktivität in Zivilisationen ist nichts neues. Neu sind allein zwei Momente: Elementare Lebensvoraussetzungen, wie Wasser, Luft, tragfähige Böden, sozialer Zusammenhalt, die Erfahrung von Schönheit sind global und universal geschädigt. Und neu ist eine groteske Gleichzeitigkeit von nie dagewesenem Reichtum und radikaler Verelendung.

Und dennoch kein Interesse an alternativer Ökonomie

Angesichts der überschiessenden Destruktivität wäre ein anschwellendes Interesse für Ansätze zu Alternativer Ökonomie zu erwarten. Die einzelwirtschaftlichen Aktivitäten weisen jedoch noch kein überzeugendes Wachstum auf. Neben vielem Gelingen sind es doch eher Fehlschläge und Rückbildungen, Stagnation und Resignation, die das Bild der vermeintlichen Alternative in der Öffentlichkeit bestimmen.

Kolonialisierung und Abdrängung in Überlebensnischen sind in der Hauptsache die Existenzformen heutiger Alternativwirtschaft. Expansionistische Sektoren der Wirtschaft stehlen oft genug von Alternativansätzen eine Oberfläche, ein „image", und die Sache, um die es den Innovatoren ging, wird verdrängt. Inzwischen beruht ja ein Großteil der Kommerz- wie der Politikwerbung auf dem Diebstahl an Alternativansätzen.

Wo aber Alternativansätze sich der Ausbeutung im Sinn der herrschenden Unternehmungen/Bürokratien entziehen, zwingt ihnen die Umgebung zumeist eine Kümmerexistenz auf, von der jedoch nichts ausgeht an Austrahlung und Anziehung für die Gesellschaft ringsum. In vielen Fällen werden wir zugeben müssen: hier ist nicht eine jener historischen Minderheiten unterwegs, die die Mehrheit für ein vom herrschenden Destruktionsmodell abweichendes Wirtschaften gewinnen kann.

Der Zeitgeist sucht Alternativen diesseits der Ökonomischen Erneuerung

Was allein interessiert, sind einzelne Schadensfolgen und die Schadensbehebung, nicht die systematische Schadensverursachung. Die systematische Destruktion wird teils meckernd, teils sprachlos hingenommen. Auch wo von den herrschenden Organisationsformen und Kalkülen des Wirtschaftens verächtlich geredet wird, wird doch das praktische Verhalten entweder bewußtlos oder zynisch diesen Organisationsformen und Kalkülen angepaßt.

Unklare Konzepte

Nicht allein die Sympathisanten, auch die aktiven Mitgestalter eines „anders Lebens" und „anders Wirtschaftens" haben es nicht vermocht, ein allgemein interessierendes Konzept von alternativem Wirtschaften zum Thema der öffentlichen Auseinandersetzung zu machen. Ihr Versäumnis bestand zum einen Teil darin, sich nicht nachdrücklich und einmütig genug an der Schaffung des dafür nötigen Resonanzbodens, also einer öffentlichen Kommunikation, zu beteiligen, etwa in der Umpolung von dafür anfälligen Flügeln der etablierten Parteien oder in neuen Parteien. Zum anderen haben klare Konzepte einer Alternative im Wirtschaften gefehlt und fehlen noch. Der Mangel an theoretischen Konzepten besteht trotz eines Reichtums an Wissen, und die vielfältigen, unkonventionellen Leitbilder erweisen sich oft als erschreckend leer und irreführend.

So sind beispielsweise Leitbilder einer „Kreislaufwirtschaft" und „Ressourcenökonomie" einseitig auf die „stoffliche" Seite des Wirtschaftens beschränkt und verführen dazu, die „formale" Seite, also die Beziehungen der wirtschaftenden Menschen und speziell ihre Konflikte, zu mißachten. Am anderen Pol ist beispielsweise das Konzept der „Selbstverwaltung" außerhalb eines bestimmten Kontexts unanwendbar. Taugliche Konzepte werden vermutlich vor allem von einem öffentlichen Prozeß zu erwarten sein, in dem sie erst verdichtet und zum Programm zugespitzt werden.

Ansetzen bei den Verständigungsverhältnissen

Als Utopie ebenso wie als konkrete Wegkunde ist der Wandel der Verständigungsverhältnisse der Kern einer Alternativkonzeption. In immer mehr Lebensbereichen wird der Zusammenhang durch Vernetzungen hergestellt, die die Beteiligten an einer offenen Kommunikation hindern und Kommunikationsstörungen erzeugen. Dazu gehört zum einen ein Netz entlastender, anonymer Märkte und Bürokratien, zum anderen ein Opferungsmechanismus, der es herrschenden Gruppen erlaubt, die Konflikte von sich weg auf Opferobjekte abzulenken, etwa auf unerwünschte Ausländer, Juden, „äußere" Feinde.

Die Alternative dazu heißt Kommunikation im Sinne eines Vorganges, in dem die Fülle der Lebenswünsche, aber auch die Bestandsbedingungen des Lebens und der Kultur wahrgenommen und in die wirtschaftliche Bewertung einbezogen werden. Das allerdings mutet uns als Individuen wie als Gesellschaft allerhand zu. Im Konfliktfall ist dabei auf jene „Entlastungen" zu verzichten, die Hierarchien, Bürokratien und Märkte uns verschafft haben. Weder eine ökolibertäre Ausdehnung von Märkten auf bisher marktfreie Güter noch die Einrichtung zusätzlicher staatlicher Ämter sind die Alternative. Weder die Auslieferung an den Dschungel der Besitz-, Wählerstimmen- und Arbeitsplatzinhaber (in dem bekanntlich die Besitzinhaber, etwa über Opferungsrituale, regelmäßig ihre Konkurrenten ausstechen) noch die Abdankung gegenüber dem Kontroll- und Planbarkeitswahn bieten den Ausweg. Vielmehr sind wir darauf angewiesen, eine Vielzahl von spontanen Ordnungen durch bewußte Eingriffe und Normierungen, über Konflikte und Ermunterung zur eigenbestimmten Einmischung in einen lebensfreundlichen Zusammenhang zu bringen.

Öko-Sozialer Umbau und Neues Teilen

Die gewandelte Zielsetzung verlangt eine zum Paradigma werdende Wandlung in den wirtschafltichen Bewertungsverfahren. Solcher Paradigmenbruch ist eine zugleich theoretische und praktisch- politische Aufgabe. Neben dem Unternehmen muß auch das gewollte **Unterlassen** zum wirtschaftlichen Alltag werden, beispielsweise in der Energiebereitstellung und im Rüstungsgeschäft. Neben dem zeckenhaften Wahrnehmen von Profitchancen muß die Auseinandersetzung über Betroffenheit und Mitbetroffenheit die Wirtschaftsordnung bestimmen.

Ein zentrales Element der wirtschaftlichen Alternative wird ein neues Teilen sein. Die bewußt inszenierte Auseinandersetzung über ungerechte und sozialschädliche Teilungen kann begonnen werden, sobald die ablenkenden Opferungen durchschaut und vermieden werden. Das Abrutschen in die Zweidrittelgesellschaft, in der mit Duldung und Zustimmung einer Mehrheit von Mitläufern große Minderheiten systematisch an den Rand und über ihn hinaus gedrängt werden, ist nur durch ein Neu-Teilen von Arbeit, Gestaltungschancen und Geld zu vermeiden.

Neue Ausgangslage für einen Dritten Weg

Zum erstenmal haben die jetzt aktiven Generationen die Chance, eine Alternative im Wirtschaften anzustreben, ohne in dem scheinhaften Konflikt zerrieben zu werden. Das Scheitern des bürokratisch-etatistischen Wegs zum Sozialismus befreit von der Hypothek einer in jedem Fall unglücklichen Parteinahme ebenso wie vom Odium der angeblichen Wirklichkeitsfremdheit. In Frage steht jetzt nur mehr die eine, die siegreiche Variante des wirtschaftlichen Expansionismus. Mit größerer Unbefangenheit als je zuvor können heute Elemente einer nicht-etatistischen Utopie von Sozialismus ebenso wie Elemente der liberalen Tradition in die Suche nach der wirtschaftlichen Alternative einbezogen werden.

Hessenstudie:
Konsolidierung bei Selbstverwaltungsbetrieben

Als kürzlich in einer Diskussion zur Novellierung des Genossenschaftsgesetzes Unklarheit über die übliche Gründungsgröße eines selbstverwalteten Betriebes (SVB) bestand, zog ein Teilnehmer das handliche Buch der Frankfurter Forschungsgruppe aus der Tasche und kommentierte: „Jetzt haben wir empirisch abgesicherte Ergebnisse, können die Fakten nachschlagen."

In der Tat ist die Hessenstudie die umfangreichste empirische Untersuchung über erwerbsorientierte kollektiv geführte Selbstverwaltungsunternehmen: Antworten gaben 244 der 260 Hessischen SVB auf 200 Fragen – reine Interviewzeit ca. 500 Stunden, die Kärrnerarbeit der Datenübertragung und -auswertung war beachtlich.

Ergebnisse gibt es zu folgenden Hauptthemen: Branchenmix, Regionalverteilung, Betriebsgründung, Personalpolitik, Frauen, wirtschaftliche Lage, Rechtsformen, Selbstverwaltung, Politik und SVB, Qualifikationen, Alter, Betriebszugehörigkeitsdauer der Beschäftigten. Vieles Überraschende ist dabei, z.B. die weite Verbreitung des Konsensprinzips (87%) oder der geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad (1,5%). Erstmalig gibt es detaillierte Daten zur Situation der Frauen für eine so große Zahl SVB.

Die wichtigsten Themen:

1. SVB entstehen in politisch- kulturellen Bewegungsfeldern, insbesondere im Anschluß an die Studentenbewegung (Praktische Aufhebung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit).
2. In den letzten Jahren gewinnen ökonomische Gesichtspunkte an Bedeutung: Bei der Gründung sind es inzwischen mehr arbeitslose, aber auch mehr einschlägig qualifizierte InitiatorInnen, Arbeitsplatzbeschaffung wird wichtiger, der Lebensunterhalt muß schon bald durch den Betrieb erwirtschaftet werden. Diese „Ökonomisierung" zeigt sich auch in ordentlich geführten Büchern, umfassender Nutzung von Beratungsleistungen, betrieblicher Fort- und Weiterbildung u.v.m..
3. Bei zunehmender Ökonomisierung behalten die politischen Zielsetzungen der Betriebe ihren Stellenwert; sie werden realisiert durch politische Veranstaltungen, Kooperation und Vernetzung.

Kurz: SVB sind unter marktwirtschaftlichen Bedingungen existenzfähig und sichern ihre opposionelle politische Identität.

Ein Mangel dieses Buches liegt meines Erachtens in der Vernachlässigung von Kritik und Perspektiven. Es beschreibt die SVB Hessens mit all ihren Licht- und Schattenseiten, auch in ihrer Zerrissenheit zwischen Markt und politisch-ökonomischen Gegenentwurf. Es soll auch manche „Wunschvorstellungen und Selbstverwaltungsträume" in die Schranken weisen.

Zum einen verkennen die AutorInnen den real-utopischen Gehalt der SVB, der oft nur in den Ritzen des Betriebsalltags aufgespürt werden kann und (zu) selten kollektiv artikuliert wird.

Zum anderen gerät das Buch hinterrücks zur Verteidigung der Marktwirtschaft, insofern die kapitalistischen Rahmenbedingungen, die die Möglichkeiten des demokratischen Wirtschaftens einschnüren, nicht genügend hinterfragt werden (so erscheinen z.B. die – export- und wachstumsorientierten – öffentlichen Beratungs- und Finanzhilfen als hinreichend).

Die – an die antikapitalistische Kritik der Studentenbewegung anknüpfende – wirtschaftspolitische Diskussion hat mit diesem Buch eine gute Grundlage, muß aber noch organisiert werden.

Wolfgang Beywl

Heider, F. / Mevissen, M. / Bluem, B.:
„fast wie im wirlichen leben". Strukturanalyse selbstverwalteter Betriebe in Hessen – Focus Verlag Gießen, 25,- DM.

Graswurzelrevolution

Helga und Wolfgang Weber-Zucht

Graswurzelrevolution Wo kommt der Name her?

Der Name Graswurzelrevolution zeigt die engen Beziehungen der Graswurzler mit der internationalen gewaltlosen Bewegung. Der Begriff wurde aus dem anglo-amerikanischen Raum übernommen. Grass- roots ist dort ein verbreiteter politischer Begriff und bedeutet Aktivität an der Basis. Wir identifizieren uns mit dem Begriff Graswurzelrevolution als gewaltlose Anarchisten.

In welcher Tradition stehen Graswurzler?

Wir versuchen, wichtige Ideen, die in der Vergangenheit entwickelt worden sind und die durch die Zeit des Nationalsozialismus eine Unterbrechung oder Ende fanden, wiederaufzunehmen und weiterzuführen. Dazu gehören die antimilitaristischen Ideen von Pierre Ramus und Bart de Ligt oder Clara Wichmann. Sie und andere entwickelten z.B. an der Frage, wie man eine soziale Revolution verteidigen soll, noch heute wichtige Thesen. Einige sind bahnbrechend und gehören zu den wichtigsten Dokumenten unserer Zeit. Ihre Ideen waren in mancher Hinsicht eine Auswertung der technologischen Entwicklung und Kriegführung im 1. Weltkrieg und der russischen Revolution. Einige Fragen, die erst durch die Ökologiebewegung ins öffentliche Bewußtsein rückten, sind in den 20er und 30er Jahren bereits in gewaltlos-anarchistischen und anarcho-syndikalistischen Gruppen diskutiert worden.

Wie ging es in der BRD los?

Es fing um 1970 an. Einige Leute und Gruppen waren damals mit DKP-Nähe oder der Gewaltfreie in den Kriegsdienstverweigererverbänden unzufrieden. Sie trafen sich hin und wieder und 1972 wurde in Augsburg die Nullnummer der Graswurzelrevolution herausgebracht. Zu den wichtigsten Themen in den ersten Ausgaben zählten Antimilitarismus, direkte gewaltlose Aktion, Ziviler Ungehorsam, Ökologie und Transnationalismus.

Im Zusammenhang mit der Zeitung wurden kleine Aktionen organisiert, woraus sich sehr bald einige örtliche Gruppen entwickelten, die sich meist Gewaltfreie Aktionsgruppe nannten. Sie bildeten einen lockeren Zusammenhang in einem Netzwerk, der etwas fester wurde als 1974 die Graswurzelwerkstatt gegründete wurde, die zur Aufgabe hat, Informationen über Ziele und Aktionen der Gruppen zu verbreiten, die Kommunikation und Entscheidungsprozesse unter den Gruppen zu fördern u.a.m. 1980 wurde aus diesem Netzwerk eine etwas verbindlichere Form der Zusammenarbeit und die Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen gebildet.

Worin liegt die Bedeutung der Arbeit der Graswurzler?

Ohne Zweifel haben die Graswurzler entscheidenden Anteil daran, daß gewaltlose Aktion und ziviler Ungehorsam heute weithin bekannte Aktionsweisen in der Bundesrepublik sind und von vielen Menschen – und nicht nur von einer kleinen Gruppe von „Eingeweihten", wie das noch vor zehn Jahren der Fall war – als unerläßliches Mittel zur Durchsetzung basisdemokratischer Positionen angesehen werden. Der Durchbruch gelang im Sommer 1982 als fast 1000 Menschen eine Woche lang das Atomraketenlager bei Großengstingen rund um die Uhr blockierten und die Aktion bundesweite Aufmerksamkeit in den Medien erhielt. In dieser Blockade waren übrigens neben den Erfahrungen aus vielen Aktionen über zwei Jahre intensiver Vorarbeiten durch die Gewaltfreie Aktion Tübingen eingeflossen.

Graswurzler gehören auch in Weiterführung der Diskussion über eine gewaltlose Verteidigung sozialer Revolution in den 20er und 30er Jahren zu den Vertretern einer selbstorganisierten Sozialen (Volks)Verteidigung und zu den entschiedensten Kritikern einer bürokratischen und vom Staat organisierten Sozialen Verteidigung.

Seit etwa 25 Jahren werden Strategiebildung, Planung, Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von gewaltlosen Kampagnen und gewaltlosen direkten Aktionen in der internationalen gewaltlosen Bewegung wesentlich intensiver als vorher studiert und analysiert. Eine der wesentlichen Problemstellungen war und ist dabei die Frage, wie die Bildung von Führungseliten und Hierarchien vermieden werden kann und wie in jedem Stadium einer Kampagne oder Aktion die Beteiligung auf eine möglichst breite Basis gestellt werden kann, so daß wirklich von einer Basisbewegung gesprochen werden kann.

Ein weithin sichtbarer Schritt in diese Richtung wurde 1977 mit der gewaltlosen Platzbesetzung des im Bau befindlichen Atomkraftwerks von Seabrook in den USA getan. Die bei ihr verwendeten Methoden haben die meisten gewaltlosen Gruppen und Bewegungen der Welt in ihrer Arbeit z.T. sehr nachhaltig beeinflußt. Die Graswurzler haben die Erfahrungen, die in den USA gemacht worden sind, unmittelbar aufgenommen und für ihre eigene Arbeit verwertet. Sie sind heute Allgemeingut aller gewaltlos arbeitenden Gruppen und Organisationen der Bundesrepublik. Im Mittelpunkt dieser Methoden stehen das Bezugsgruppenmodell und die Entscheidungsfindung durch Konsensbildung. Interessant für die Bundesrepublik dabei ist, daß hier ein Austausch von Anregungen über Länder- und Zeitgrenzen hinweg stattgefunden hat, denn neben der Übernahme des Bezugsgruppenmodells von den Anarchisten im spanischen Bürgerkrieg kam die zweite wichtige Anregung für die Besetzung von Seabrook durch die Platzbesetzung von Wyhl aus der Bundesrepublik.

Gibt es Erfahrungen der Graswurzler, die für Selbstverwaltete Betriebe oder Kommunen von Bedeutung sein könnten?

Ich zögere, auf diese Frage eindeutige Antworten zu geben, denn dazu müßte die Arbeit der Graswurzler und Selbstverwalteter Betriebe etwas genauer untersucht und verglichen werden. Sicher ist, daß es eine Reihe ähnlicher oder gleichartiger Zielvorstellungen gibt, daß in der Arbeit ähnliche oder gleiche Problemstellungen auftreten und da ist es natürlich interessant, zu sehen, auf welche Weise versucht wird, diese Probleme zu lösen. Ich habe bereits auf die Frage der Vermeidung von Hierarchien hingewiesen. Weitere Punkte sind die Arbeitsteilung, insbesondere die der Geschlechterrollen, die Rolle der Technologien u.a.m. Ein riesiges Problem, mit dem es beide zu tun haben, das aber auch alle sozialen Bewegungen angeht, wenn sie erfolgreich sein wollen, ist das der langfristigen Strategiebildung. In einem Papier aus den USA zu dieser Frage habe ich gerade gelesen, daß „Aktivisten trotz anfänglichen Erfolges schon nach wenigen Jahren unvermeidlich an das Versagen ihrer Bewegung glauben. Sie meinen, daß all ihre Anstrengungen umsonst gewesen sind, selbst wenn ihre Bewegung, verglichen mit früheren erfolgreichen Bewegungen, recht gut vorankommt". Diese Bemerkung könnte in gleicher Weise für die gegenwärtige Situation in der Anti-Atomkraft- oder Friedensbewegung in der Bundesrepublik geschrieben sein, oder auch für die Bewegung für eine Alternative Ökonomie, denn es gelingt nicht, in den Bereich „normaler" Betriebe einzudringen, damit Fragen der Selbstverwaltung dort an Bedeutung gewinnen.

Aus den Reihen der Graswurzler und anderer gewaltloser Gruppen sind in den vergangenen Jahren einige Bildungswerke entstanden. Ihre Arbeit war besonders zur Zeit der großen Aktivitäten der Friedensbewegung gefragt, als die Mobilisierung, wie es schien, fast wie von selbst erfolgte. Sie machten es sich zur Aufgabe, Hilfen für Strategieentwicklung und Erarbeitung von Arbeitsmethoden zu geben. Heute ist die Arbeit bedeutend schwieriger, aber hier scheinen mir Möglichkeiten zu liegen, um Probleme wie die langfristige Strategieentwicklung anzugehen.

Die kollektive Entscheidungsfindung ist eine weitere Gemeinsamkeit von Graswurzlern und Selbstverwalteten Betrieben. Einmal abgesehen von dem Erfordernis, Entscheidungsbefugnisse zu delegieren, können Entscheidungen den Ansprüchen zufolge nur gemeinsam getroffen werden. Wie können 1.500 Menschen in einer Aktion, wie in Seabrook, gemeinsam und im Konsens Entscheidungen treffen? Ohne Training, ohne Übung ist das nicht zu machen, obwohl auch dann die Schwierigkeiten oft riesig sind. Überall in der Welt haben sich dazu in gewaltlosen Bewegungen Trainingskollektive gebildet, die ihre guten Dienste zur Verfügung stellen, damit Arbeits- und Aktionsmethoden kollektiv, d.h. nicht-hierarchisch, erlernt und entwickelt werden können. Die Trainings beschäftigen sich übrigens nicht allein mit Methodenfragen, sondern auch mit Zielvorstellungen, Wertfragen u.a. Noch ein paar Worte zum Konsens. Er bedeutet nicht, daß eine Entscheidung nur dann gefällt werden kann, wenn alle einer Meinung sind. Er bedeutet vor allem, wie bei unterschiedlicher Meinung fruchtbar weitergearbeitet werden kann und in welcher Weise Minderheitspositionen zur Geltung kommen können.

Welche Bedeutung hat die langfristige Strategie?

Soziale Bewegungen leben häufig von krisenhaften Zeiten, in denen ein Problem in der Öffentlichkeit als akute Bedrohung empfunden wird. Läßt das Gefühl der Bedrohung nach, geht auch die Bedeutung der sozialen Bewegung zurück oder verschwindet ganz. Die Vorstellungen darüber, wie soziale Veränderungen über krisenhafte Zeiten hinaus bewirkt werden können, sind zum großen Teil etwas nebelhaft.

Die Vorstellungen in der Alternativbewegung der 70er Jahren bestanden im wesentlichen darin: Wir werden immer mehr Selbstverwaltete Betriebe bilden, werden uns aus dem kapitalistischen Markt ausklinken und unseren eigenen Kreislauf von Waren und Dienstleistungen bauen. Dies mag ein wenig vereinfachend klingen, aber viel mehr war es in der Tat nicht. Die Treffen und Seminare damals waren vor allem eine Beschäftigung mit sich selbst und den eigenen Gruppen. Bei den Graswurzlern sieht das nicht sehr viel anders aus, wenn auch zeitweilig die Frage der Mobilisierung (für Aktionen), also die Arbeit nach außen, sehr im Vordergrund steht.

In der langfristigen Strategie der Graswurzler spielt die gewaltlose Revolution eine wichtige Rolle. Diese Revolutionsvorstellung sieht in mancher Hinsicht anders als überlicherweise aus. Auch Graswurzler schließen in ihre Vorstellungen Mobilisierung und (gewaltlosen) Aufstand der Massen und durch sie herbeigeführte Veränderungen ein. Durch sie können institutionalisierte Verhaltensweisen wie Patriarchat, Sexismus oder Hierarchie jedoch nicht schlagartig und nachhaltig verändert werden. Solche Verhaltensweisen wirken vielmehr über Jahrzehnte und Generationen fort. Zu ihrer Veränderung brauchen wir langfristige Strategien, brauchen wir Arbeitsprogramme, die ständig an die veränderten Situationen angepaßt werden und die in viele Bereiche der Gesellschaft wirken.

Die Schwierigkeit wird offenbar, wenn wir die Hilflosigkeit sehen, mit der (vor allem revolutionäre) soziale Bewegungen vor dem Problem stehen, in „nicht-Krisenzeiten", da sie kaum Anhänger und Mitglieder haben, auf die Institutionen einzuwirken, die zu den den Grundpfeilern unserer Gewalt und Krieg organisierenden Gesellschaften (Patriarchat, Bürokratie, Militär, Staat, Staatssozialismus, die verwaltende Klasse) gehören. In ihrer Blütezeit sind soziale Bewegungen damit beschäftigt, aktuelle Kampagnen zu organisieren und, wenn nichts mehr läuft, sind sie aus lauter Frustration unfähig, Initiativen zu entwickeln. Die langfristigen Strategien sozialer Bewegungen – und besonders der revolutionären unter ihnen – sind vielfach auf die Entwicklung zur Krise hin ausgerichtet. Krisen sind jedoch Ausnahmesituationen und können nicht willkürlich herbeigeführt werden, auch sind Krisen nicht unbedingt das, was sich Menschen für ihr persönliches Leben wünschen. Es scheint mir daher, daß für die Arbeit von Gruppen wie den Graswurzlern eine Ergänzung und andere Gewichtung erforderlich ist. Es müssen Arbeitsprogramme für Nicht-Krisenzeiten entwickelt werden, und es wird sicher erforderlich sein, neue Einrichtungen für die Durchführung der Arbeitsprogramme zu entwickeln. Deren Arbeitsweise wird vielleicht Konfrontation mit den erwähnten Grundpfeilern ganz oder teilweise ausschließen müssen, dabei wird für manche vielleicht der Revolutionsbegriff ins Schwimmen geraten. Für Graswurzler werden zwei Punkte unverzichtbarer Bestandteil revolutionärer Politik sein: Die Forderung nach grundsätzlicher Gesellschaftsveränderung, auch wenn die Perspektive sehr langfristig ist, und der zivile Ungehorsam, also bewußtes, gewaltloses und öffentliches Übertreten staatlicher Gesetze. Anarchismus, Gewaltlosigkeit und gewaltlose Aktion so gesehen sind vor allem eine Frage der Methoden und der Prozesse, natürlich in Verbindung mit den Zielvorstellungen und zugrundeliegenden Werten.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

graswurzel revolution

Unser Ziel:

EinwohnerInnenschaft gleich LeserInnenschaft!

GWR 129/Dezember 88: Polizei und Bürokratie: über den inneren Zusammenhang des staatlichen Gewaltmonopols / Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie / Kunstausstellung über Deserteure in Gelsenkirchen / Die Streiks in Polen und der Mythos Walesa / Interview mit israelischen Anarchisten über einen palästinensischen Staat / Anti-NATO-Demo in Hamburg

Bezug: GWR, Schillerstr.28, 69 Heidelberg; (Schnupper-Abo 5 Ausgaben: 10 DM-Schein; Abo 10 Ausgaben: 20 DM auf PSK Hamburg: 26657-207)

Sondernummern zu je 6 DM:
Soziale Verteidigung
Sozialgeschichte des Antimilitarismus
Widerstand gegen die Wehrpflicht
Alternative Ökonomie

Helga und Wolfgang Weber-Zucht haben in den 60er und 70er Jahren in London bei der War Resisters International/Internationale der der Kriegsdienstgegner gearbeitet. Von 1974 bis 1982 in der Graswurzelwerkstatt.
Während dieser Zeit haben sie eine Versandbuchhandlung für die die Graswurzler interessierende Literatur, die in Buchläden schwer oder gar nicht erhältlich ist, aufgebaut und zu einem Verlag erweitert

Kooperatives Marketing für Ökologische Produkte

Ein Streifzug durch die Marketing-Literatur

Red. Genossen Marketing für Selbstverwaltungsbetriebe, gibt es das? In der Mehrzahl der Fälle wird diese Frage nur ein verwundertes Lächeln hervorrufen. Dabei sollte es eigentlich selbstverständlich sein, daß an anspruchskonformen Marketingkonzeptionen für den Selbstverwaltungssektor gearbeitet wird. Der Kooperations- und der Ökologiegedanken müßten in einem solchen Konzept von dem grundlegenden Selbstverständnis konkretisiert werden bis in **jede** einzelne Marketingmaßnahmen, bis hin in **jedes** Marketinginstrument.

Solange solche Konzepte ausgearbeitet nicht vorliegen, sensibilisiert vielleicht ein Einblick in die vorhandene Literatur für die Problematik vorhandenen Marketings und Chancen eines eigenständigen Ansatzes:

Burghard Flieger

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Als Einstieg sicherlich interessant: **„Marketing in der Polarisierung" Mehrwert Bd. 29, Mehrwert-Verlag, Bremen Mai 1987, DM 17,-.** Der Sammelband ist einer der wenigen Versuche, Konsumtion und Distribution sytematisch in die Analyse kapitalistischer Strukturen und ihrer Entwicklung einzubeziehen. Dies gilt vor allem für die Beiträge von Monsè „Post-Fodismus: Vor einem neuen Konsummodell" und Weber: „Wettbewerb der dritten Dimension. Konzertiertes Marketing in Japan". Monsès Resumée lautet denn auch „Flexible Spezialisierung wird die industrielle Konsumgüterproduktion ... verändern. Ihre Utopie ist die 'individuelle Ware' in einer voll vernetzten und flexiblen Produktions- und Verteilungsstruktur. Post- industriell jedenfall", so der Autor weiter. „wird auch das nächste Konsummodell nicht sein."

Ebenfalls als kritischer Einstieg sehr empfehlenswert die Aufsatzsammlung von **Ursula Hansen/Bernd Stauss/Martin Riemer (Hrsg.): Marketing und Verbraucherpolitik, C.E. Poeschel Verlag, Stuttgart 1982, DM 56,-.** Trotz des schon länger zurückliegenden Erscheinungstermins gibt es zur Zeit keine weitere deutschsprachige Veröffentlichung, in der so umfassend und auf einem so guten Niveau verbraucherpolitisch orientierte Ansätze der Marketingwissenschaft präsentiert werden. In den 36 Abhandlungen geht es nicht nur um Fragen des Konsumerismus oder einer Ethik der Marktforschung. Vielmehr werden die unterschiedlichsten Formen einer Berücksichtigung von Verbraucherforderungen im Marketinginstrumentalbereich erörtert. Garantie- und Beschwerdepolitik, Produzentenhaftung, Warenkennzeichnung, Testinformationen, Abfallrecycling, verbraucherorientierte Rechnungslegung sowie Verbraucherabteilungen im Unternehmen sind Beispiele für ein hierin angelegtes, erweitertes Kooperationsverständnis.

Wer sich nicht nur kritisch mit Fragen des Marketings auseinandersetzen will, sondern beabsichtigt „tiefer" einzusteigen, kommt an herkömmlichen Lehrbüchern nicht vorbei. Eine noch akzeptable Mischung zwischen universitärem Theoriegebäude und Hilfen für die Praxis ist hier die Monographie von **Jochen Becker: Marketing-Konzeption. Grundlagen des Strategischen Marketing- Managements. Verlag Vahlen München 1988, DM 85,-.** Dies liegt weniger an dem Ansatz des Autors, der sein Buch in drei grundlegende Bausteine jeder Marketing-Konzeption untergliedert: Ziel-, Strategie- und Mixentscheidungen. Nützlich ist viel mehr sein im Anhang befindliches Raster für den Aufbau einer Konzeption. Es hat Leitfadencharakter. Treten bei dessen Umsetzung an einem konkreten Beispiel Schwierigkeiten auf, läßt sich das Buch als Nachschlagewerk nutzen, so daß Wissenslücken direkt auszubügeln sind.

Vielversprechend erscheint das Loseblattwerk von **Ludwig Poth (Hrsg).: Marketing, Luchterhand Verlag, Neuwied 1986, 2 Ordner, (ohne Preisangabe).** Ausgelegt als umfassendes Kompendium, soll es bei Studium oder alltäglich erforderlicher Problemlösung als entscheidungsorientierte Arbeitsunterlage dienen. Inwieweit dieser hohe Anspruch verwirklicht wird, bleibt unklar. In der Rezensionsvorgabe fehlten noch 34 der 55 geplanten Beiträge. Die vorhandenen sind meistens zu abstrakt, so daß sich die Ausführungen von Wolfgang Schmittel zum Corporate Desing durch die Nutzung anschaulicher Beispiele und von Bildmaterial, angenehm abheben. Poth gelingt es zwar, sich in seinem Einführungsbeitrag „Grundlagen des Marketing" auf das Wesentliche am Beispiel der Marketingpolitik und der Marketingorganisation zu konzentrieren. Die gewollte Integration der übrigen Aufsätze erreicht er dadurch aber nicht. Inhaltlich bleiben sie zuwenig aufeinander abgestimmt, so daß es zu Wiederholungen und Widersprüchen kommt. Formal wird ds Kompendiumversprechen bisher ebenfalls nicht erfüllt, infolge eines zu knappen, vorangestellten Inhaltsverzeichnisses und der unzureichend erkennbaren Gesamtstruktur.

Für regelmäßig mit Marketingfragen Beschäftigte ein Lichtblick das **Standard- Lexikon für Marketing, Marktkommunikation, Marktund Mediaforschung von Wolfgang Koschnick. K.G. Saur Verlag und München, DM 168,-.** Die mehr als 10.000 Stichworteintragungen spiegeln einen großen Teil heutigen Marketingwissens wider. Vor allem ermöglichen sie durch kurzes Nachschlagen das Verstehen der meist gar nicht marketingmäßig gehandhabten, eigenständigen – oft einfach nur aufgeblasenen – Begriffswelt. Fehlende Literaturangaben zur Vertiefung einzelner Schlagworte ergeben allerdings einen unnötigen Schönheitsfehler.

Wer gelerntes Lehrbuchwissen wiederholen will (oder muß) kann sich in der Reihe **Optische Betriebswirtschaftslehre Heft 5: 18 Schaubilder zum Marketing, von Gerd Fischer. Verlag Neue Wirtschafts-Briefe, Herne 1986, DM 28,-** Unterstützung holen. Die 18 Schaubilder halten jedoch nicht, was die gute Grundidee verspricht. Letztlich sind es nur textliche Erläuterungen wichtiger Schlagworte wir Marktforschung, Marketingorganisation, Kundendienstpolitik, Preispolitik, Absatzmethoden, Phasen der Werbung etc., deren begriffliche Untergliederung durch Linien miteinander verknüpft wurden.

Auch die **Marketing- Fragenkartei. Leitfaden für die Marketing-Analyse, DYNA- Verlag für Marketing, Essen, 3. Auflage 1973, DM 93,80** erfüllt nur begrenzt, was Haupttitel und Preis erhoffen lassen. Es ist eine der viel verbreiteten Checklisten. Geordnet nach der Dezimal-Klassifikation werden in dieser Form viele Fragen systematisch unter Oberbegriffen wie Firma, Geschichte, Organisation, Erzeugnisse, Rechtsschutz, Branchenbedingungen usw. zusammengefaßt. Die Fülle der Fragen (3333 Fragepositionen) und deren Aufdruck auf kartoniertem Papier machen sie unhandlich. In den meisten Fällen dürfte der **PET Marketing-Fragenkatalog für DM 19.80,** erschienen im gleichen Verlag als „Kurzfassung", völlig ausreichen.

Durchgängiges Problem der vorhandenen Marketingliteratur ist ihre Orientierung auf Großunternehmen. Vorgeschlagene Organisationsformen, Überlegungen zur Marktforschung ja sogar der überwiegende Teil der behandelten Instrumente können von kleineren Betrieben nicht nur aus Kostengründen nicht genutzt werden. Begrüßenswert sind deshalb die Loseblattsammlung **Praktisches Marketing für mittelständische Unternehmen, hrsg. von Diethelm Schmidt, Dietrich Ferrero und Lorenz Rottmann. Gesellschaft für Absatzwirtschaft und Marketing, Köln 1986** (Ohne Preisangabe). Lesbarkeit der Beiträge und übersichtliche Darstellung sind genauso hervorzuheben wie der gute Überblick, das ausführliche Inhaltsverzeichnis sowie eine hilfreiche, vorweggestellte Anleitung von Raffée und Werkmann. Die Erstlieferung konzentriert sich aufgrund der Zielgruppe zurecht auf Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Organisation des Verkaufs. Einzelne Abhandlungen sind knapp gehalten, meist auf 3 bis 6 Seiten. Beispielsweise werden die Gestaltungsvorschläge für die Verkaufsförderung durch Sonderangebote, Packungsaktionen sowie Verkaufsveranstaltungen oder die Überlegungen zu einem Tag der offenen Tür anschaulich hinsichtlich Vorgehensweise und der Vorund Nachteile erläutert. In den Ergänzungslieferungen wird auch auf die wichtige Frage der Kooperation mehrfach eingegangen. Ob sie die gleiche Qualität aufweisen, kann nicht beurteilt werden. Sie lagen der Grundausstattung nicht bei.

Für alle, denen solche Loseblattsammlungen ein zu unsicheres Versprechen auf die Zukunft sind, die eine auf Kleinbetriebe zugeschnittene Einführung ins Marketing wünschen, denen eine ungeschnörkelte Sprache, Anwendungsorientierung und einfachen Hilfen wie die Struktur einer Marketing-Jahresplanung als Organigramm auf ihre Größe zugeschnitten, wichtig erscheint, sei empfohlen: **H. Rottmann: Marketing für Klein- und Mittelbetriebe. CH- Muri bei Bern, 4. Aufl. 1983, Fr. 24,–.** Die 118 Seiten müssen allerdings mit Sorgfalt gelesen werden, sonst werden die enthaltenen „kleinen Weisheiten" allzu schnell übersehen.

Viele Selbstverwaltungsunternehmen setzen Werbung mit Marketing gleich. Auch wenn Grundideen und Gags ihrer Anzeigen sich von dem sonstigen Allerlei anderen Kleinbetriebe abheben, weisen Ausführung und Kontinuität oft dilettantische Züge auf. Um dies zu vermeiden, kann auf ein umfassendes und praxisnahes Taschenbuch zurückgegriffen werden: **Ernst Obermaier: Grundwissen Werbung. Wilhelm Heyne Verlag, München 1988, DM 14,80.** Da ist es im Vergleich zu den vorherigen Büchern erstaunlich, wieviel mensch auch für wenig Geld erhalten kann. Vertriebsorganisation und Auflagenhöhen der großen Taschenbuchverlage machens möglich.

Anspruchskonforme Marketingkonzepte im Selbstverwaltungssektor müßten, wie eingangs betont, den Kooperationsgedanken in den Vordergrund stellen. Genau aber hier hapert es in der Literatur. Eine der rühmlichen Ausnahmen stammt von **Hans O. Raschke: Kooperation – als Reserve für mehr Wirtschaftlichkeit im Vertrieb und Marketing, System Management, Heiligenhaus o.J., DM 38,-.** Als Checkliste konzipiert reicht die Broschüre von der Qualität her weit darüber hinaus. Knappe, verständliche Erläuterungen und sehr gute graphische Überblicke zeigen das Möglichkeitsspektrum der Kooperation auf und helfen, den erforderlichen Entscheidungsablauf zu systematisieren.

Von ihrem Theorieansatz am fortgeschrittensten erweist sich die Monographie von **Bernd Stauss: Ein bedarfswirtschaftliches Marketingkonzept für öffentliche Unternehmen, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1987, DM 97,-.** Hier wird ein erweitertes Kooperationsverständnis präsentiert, von dem sich viele Selbstverwaltungsbetriebe „eine Scheibe abschneiden" sollten. Stauss überlegt, wie verbraucherpolitische Zielsetzungen in das betriebliche Selbstverständnis miteinbezogen werden können. Die direkte Beteiligung von Verbrauchern an der Zielbildung und -verwirklichung ist ihm ein entscheidendes Anliegen. Verbraucherbeiräte, konsultative Abstimmungen und Verbraucherentscheid sind erörterte Beispiele. Durch seine Ausrichtung auf öffentliche Unternehmen läßt sich das Buch „nur" als Fundgrube für Anregungen nutzen. Deren Umsetzungen auf praxisorientierte Ansätze für den Selbstverwaltungssektor muß noch geleistet werden.

Vorreiter in der sich anbahnenden Veröffentlichungsflut über die Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte beim Marketing spielt das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) **Burkhard Heinz (Hrsg.): Öko-Marketing, Berlin 1988, ca. 35,- DM** ist es gelungen, eine instruktive Sammelbroschüre zusammenzustellen. Von zwei der renommiertesten Lehrstühle – Meffert und Raffée – an denen schon seit längerem zu dem Thema gearbeitet wird, sind aktuelle Beiträge enthalten. Umweltorientierte Unternehmensführung, mögliche Ansatzpunkte von Institutionen und Verbänden, kritisches zur Vermarktung der Öko- Welle und Ergebnisse einer empirischen Untersuchung umreißen stichwortartig den Inhalt. Es lassen sich genügend Ideen für eine Einbindung des Ökologiegedankens ins Marketing von Selbstverwaltungsbetrieben finden, die aufgegriffen werden sollten.

Drang zur kollektiven Zusammenarbeit

Europäische Umweltseminarreihe für Kooperation

Red. Genossenschaften Rund 80 Teilnehmer aus Kollektiven und Organisationen trafen sich in Sheffield, dem englischen Solingen für Messer und Gabel. Gesprochen wurde über die Förderung und Zusammenarbeit von COOP's. Den Rahmen bildete eine CECOP-Seminarreihe, die noch an vier weiteren Standorten fortgeführt wird.

Andreas Wagner
Wagner & Co
Solartechnik GmbH

Ganz schön pompös, die alte „town hall", in der das Treffen stattfindet. Riesige Holzsäulen, Marmorgeländer, Holzvertäfelungen, selbst die Porzellan- Pissoirs sind monumental. Sie erinnern an die Heckflossen alter Ami-Schlitten aus den 40- er und 50-er Jahren. Es ist spürbar, daß die Stadt mit der stahlverarbeitenden Industrie früher gutes Geld gemacht hat. Bei genauerem Hinsehen erkennt man jedoch, daß heute ein anderer Wind weht. Mit dezenten Lettern steht auf der Tür zum Festsaal „Mandela room" und drinnen hängt eine Photographie von Nelson Mandela.

Man sieht sofort: Nicht die Anhänger der Hexe (the witch), wie hier Mrs. Thatcher genannt wird, sondern die Labour-Party regiert die Stadt. Sie unterstützt das frisch gegründete „Center for Product Development Services", CPDS, – eine Beratungsstelle für Firmenneugründungen mit breitem Dienstleistungsprogramm. Damit soll die Wirtschaft angekurbelt sowie Arbeitslosigkeit abgebaut werden. Zu diesem Zweck wird auch speziell die Gründung von COOP's gefördert.

Die englischen „Cooperatives" von heute ähneln, so mein Eindruck, sehr den deutschen selbstverwalteten Betriebe der letzten 10 Jahre. Ihr Name wird jedoch – im Unterschied zur Bundesrepublik – gesetzlich geschützt. Auffällig auch, daß die Mitglieder der COOP's nicht nur der „Turnschuh- und Birkenstockgeneration" angehören. 50- und 60-jährige mischen kräftig mit, oft eng liiert mit der Gewerkschaftsbewegung.

Wie wir auf dem Seminar erfuhren, gibt es nicht nur in Großbritannien, sondern auch in Spanien, Portugal und Italien wesentlich mehr Belegschaften, die nach Firmenpleiten ihren Betrieb als Kooperative weiterführen; mit dem Problem, daß sich allzuschnell wieder hierarchische Strukturen bilden.

Wichtiger Inhalt des Treffens war das Globalthema „EG-weite Zusammenarbeit der COOP's". Im Mittelpunkt stand dabei die CECOP mit Rainer Schlüter, der das europäische Genossenschaftskomitee vertrat. Den kritischen CONTRASTE-Artikel vom November 1988 über die CECOP hatten wir noch im Kopf. Birgit Cramon-Daiber spricht darin von den Experten, die alles vernetzen und sich schick international unterhalten.

Schick unterhalten haben wir uns schon, mit Simultanübersetzung und small talk in der Teepause. Ein besonderer Drang zur Vernetzung war jedoch nicht zu verspüren. Vorgestellt wurde

Hindernis für eine freiheitliche Entwicklung des Genossenschaftswesens:

Der genossenschaftliche Ausschlußzwang

Red. Genossen *„Es muß der Mißstand vermieden werden, daß Genossenschaften, die Grund haben, die Prüfung des Verbandes zu scheuen, sich durch Austritt aus dem Verband seinem weiteren Einfluß und der Überwachung der Mängelabstellung entziehen können. Namentlich bei Kreditgenossenschaften, die fremde Gelder verwalten, besteht ein allgemeinwirtschaftliches Interesse, sie durch die Zwangszugehörigkeit zu dem zuständigen Prüfungsverband einer ständigen sachgemäßen Überwachung zu unterwerfen. Aber auch für alle anderen Genossenschaften ist im Interesse nicht nur ihrer Mitglieder, sondern auch der Öffentlichkeit der Ausschlußzwang geboten." So lautete 1934 die offizielle Begründung im Preußischen Staatsanzeiger bei der Einführung des Verbandszwanges für Genossenschaften. Im Interesse der Allgemeinheit, der Gläubiger und der Mitglieder wurde eine Überwachung angeordnet, die die negative Vereinigungsfreiheit einschränkt und mit sozialstaatlichen Begründungen die Pflichtmitgliedschaft gerechtfertigt.*

Christian Peters

Anschlußzwang und Prüfungspflicht haben eine lange (Vor)geschichte. Schon im Jahre 1878 wurde von einigen Genossenschaften der Wunsch nach einer schärferen Kontrolle durch außerhalb der zu prüfenden Genossenschaft stehende, selbständige Prüfer geäußert. Schulze-Delitzsch, der Gründer der städtischen Genossenschaften und jahrzehntelanger Vorsitzender Allgemein Deutschen Genossenschaftsverbandes, stellte sich zunächst entschieden dagegen. Er vertrat, die eigentliche Kontrollfunktion müsse der Aufsichtsrat haben.

Diese genossenschaftsintern geführte Diskussion um die Prüfung des Jahresabschlusses, griff 1881, in einer Phase des wirtschaftlichen Rückgangs, die deutsch-konservative Partei auf. Schließlich wurde mit dem neuen Genossenschaftsgesetz von 1889 die Pflichtprüfung obligatorisch. Bei Genossenschaften, die Verbänden angeschlossen waren, führten Verbandsrevisoren die Prüfung durch. Den sogenannten freien oder 'wilden' Genossenschaften wurde durch ein Gericht ein Revisor bestellt.

Pflichtmitgliedschaft seit 1934

Die Regelung der Pflichtprüfung von 1889 blieb umstritten. Einige forderten verschärfte Regelungen. Unterbrochen wurden diese ständigen Auseinandersetzungen aufgrund der neuen Ausdehnung und großen Blüte der Genossenschaftswirtschaft nach 1889, ein weiteres Mal aufgrund des Ausbruchs des 1. Weltkrieges und zuletzt durch das liberale Wirtschaftssystem der Gründerzeit.

Mit den Zusammenbrüchen in der Weltwirtschaftskrise von 1929 wuchs der politische Druck auf die Prüfungsverbände. Das Justizministerium legte den Verbänden einen Entwurf zur Einführung des Mitgliedschaftszwanges vor, der aber aufgrund undemokratischer Prinzipien auf Ablehnung stieß.

Kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten kam es jedoch zur Veränderung des Genossenschaftsgesetzes. Mit dem Gesetz von 1934 wurde die Pflichtmitgliedschaft eingeführt, die bis heute für alle Genossenschaften verbindlich ist. Mittels der Zwangszugehörigkeit zu einem Verband soll eine ständige sachgemäße Überwachung garantiert werden. Begründet wird sie mit dem Schutz der Interessen von Genossen, Gläubigern und der Allgemeinheit. Das Fernbleiben oder Austreten aus einem Prüfungsverband bewirkt seither die Auflösung einer Genossenschaft. Problematisch ist dabei, daß die Verbände privatrechtliche Vereine sind und zugleich hoheitliche Funktionen wahrnehmen. Denn erst mit dem Zulassen einer neuen Genossenschaft in einen Verband entsteht die Rechtsform „eG" – der eingetragenen Genossenschaft.

Zweifelhafte amtliche Begründung

Amtlich begründet wurde die Einführung des Verbandszwanges damit, daß die Sachkenntnis der freien Prüfer mangelhaft sei und eine Überwachung und Beseitigung festgestellter Mängel fehle. In den Jahren der Weltwirtschaftskrise wären die Nachteile der alten Regelung besonders deutlich geworden, da in dieser Zeit verhältnismäßig viele verbandsfreie Genossenschaften zusammengebrochen seien.

Aufgrund der amtlichen Begründung für die Pflichtmitgliedschaft stellen sich Fragen nach der Zahl der Konkurse in der Zeit von 1934, in welchem Umfang die Genossenschaften von den Verbänden fernblieben und warem Genossenschaften aus Verbänden austraten. Spezieller Untersuchungsgegenstand müßten also die 'wilden' Genossenschaften und deren Zusammenbrüche sein, weil aus ihrem Verhalten die Notwendigkeit der Pflichtmitgliedschaft gefolgert wurde.

Gerhard Erk ging in einer Dissertation diesen Fragen nach und berichtet, sämtliches Material hierüber, auch das der genossenschaftlichen Organisationen, fiel dem Krieg zum Opfer. Eine Ausnahme sind die Jahrbücher der Verbände. Nach diesen läßt sich die Zahl der verbandsfreien Genossenschaften für 1934 auf zwischen 1.250 und 5.000 schätzen, also auf rund 20% der gesamten Genossenschaften. Nimmt man das Verhältnis verbandsangehöriger zu verbandsfreien Genossenschaften im ländlichen Bereich als Ansatz und rechnet danach den Anteil der 'wilden' Genossenschaften der anderen Sparten aus, kann von ca. 3.000 verbandsfreien Genossenschaften für die Zeit der Weltwirtschaftskrise ausgegangen werden. Auch bei den nicht exakt feststellbaren Zahlen läßt sich sagen, daß nur verhältnismäßgi wenige freie Genossenschaften bestanden.

Nach den Statistiken des Deutschen Reiches wurde vor der Einführung des Anschlußzwanges nur über Konkurs- und Vergleichsverfahren der Genossenschaften insgesamt berichtet, so daß weder die Zahl noch der Anteil der 'Freien' an den Konkursen feststellbar ist. Bis heute wird die amtliche Begründung in der einschlägigen Literatur kritiklos und ohne genauere Angaben wiedergegeben. Die Zahl und der Anteil der Konkurse verbandsfreier Genossenschaften läßt sich zwar nicht exakt ermitteln, aber nach Erk sind sie als gering einzuschätzen. Damit ist die amtliche Begründung in Frage zu stellen.

Bewußte Täuschung möglich

Es könnte durchaus möglich sein, daß die amtliche Begründung ohne außergewöhnlich hohes Aufkommen von Konkursen bei freien Genossenschaften ausgegeben wurde und damit eine bewußt falsche Darstellung vorliegt. Aufnehmend, was als Wunsch und Kritik einige verbandsangehörige Genossenschaften äußerten, scheint die Reform des Genossenschaftsgesetzes von 1934 mit dem Interesse gesellschaftlicher Gleichschaltung politisch begründet zu sein. Weiter verbreitet, und das auch von den Verbänden selbst, wird die Richtigkeit dieser Entscheidung aus der Zeit des Faschismus. Ob damit aber nicht dessen Erbe weiterhin gepflegt wird?

Um einzelnen Genossenschaften, aber auch dem Genossenschaftswesen insgesamt neue Impulse für ihre Autonomie und ihre Interesse an sinnvoller Arbeit zu geben, sind Änderungen der genossenschaftlichen Verbandspolitik und speziell der Praxis der Gründungsprüfung unerläßlich. Es liegt nahe, die Pflichtmitgliedschaft, wie sie unter den Faschisten im Jahre 1934 unter anzweifelbaren Bedingungen eingeführt wurde, aufzuheben. Die Registergerichte würden weiterhin die normative Gründungsprüfung vollziehen, wie sie es bisher taten.

Neben den Revisionsverbänden erhalten anerkannte und vereidigte Wirtschaftsprüfer das Prüfungsrecht. Sie sind aufgrund umfangreicher theoretischer und praktischer Kenntnisse und Erfahrungen in der Lage, betriebswirtschaftliche Prüfungen und qualifizierte Beratungen durchzuführen. Den früheren Klagen über fachlich ungeeignete Prüfer sollte dieser mittlerweile etablierte Berufsstand entgegenwirken können.

Wahlfreiheit des Prüfers als Chance

Der einzelnen Genossenschaft würde dann die Wahl eines verbandlichen oder freien Prüfers offenstehen. In ihrer Ausgestaltung wäre dann diese Rechtsform den anderen gleichgestellt. Das Problem des Anschlußzwanges stellte sich nicht mehr. Die Genossenschaft könnte freiwillig weiterhin einem Verband beitreten. Für die Mitglieder und Gläubiger hieße dies, daß ihre Interessen nicht mehr unter dem ausschließbaren Schutz der Prüfungsverbände ständen, sondern daß sie selber verstärkt für ihre Belange sich einzusetzen hätten. Prüfungshäufigkeit und das Verfolgen sehr auffälliger Prüfungsergebnisse blieben geregelt wie bisher.

Wesentlicher Vorteil eines solchen Veränderung wäre die Wahlfreiheit des Prüfers durch jede Genossenschaft. Als Folge fände ein Wettbewerb unter den Prüfungsanbietern statt, der auch die Meinungsvielfalt sowohl unter den Genossenschaften als auch unter den Prüfungsanbietern vergrößern würde.

Der Verbandszwang ist mit den Ansprüchen einer pluralistischen Demokratie nicht vereinbar. Auch der Referentenentwurf eines neuen Genossenschaftsgesetzes von 1962, der im Bundesjustizministerium für die Novelle von 1973 ausgearbeitet wurde, stellte die Verfassungsmäßigkeit der Pflichtmitgliedschaft in Frage und sah deren Abschaffung vor.

Pflichtprüfung und Pflichtmitgliedschaft, von denen die Verbände weitgehend ihre Berechtigung herleiten, haben sich als Hemmnisse in der Entstehungsmöglichkeit, Entfaltung und Vielfalt von Genossenschaften erwiesen. Aufgaben der Prüfungsverbände sollten vor allem im Bereich der Betreuuung und Beratung von Genossenschaften, auch schon während der Gründungsphase liegen. Insofern läßt sich abschließend festhalten: Die freiwillige Mitgliedschaft ist notwendige Konsequenz für eine freiheitliche Entwicklung des Genossenschaftswesens.

Christian Peters hat eine Examensarbeit zu dem dargestellten Thema mit dem Titel „Die zulässige Anforderungen für die Aufnahme und Ablehnung einer Genossenschaft durch eine Prüfungsverband" geschrieben. Sie kann bei ihm als Kopie durch Überweisung von 15,- DM auf sein Konto bei der Sparkasse Berlin, BLZ 100 500 00, Kto.-Nr. 780 162 188 bezogen werden: Christian Peters, Schloßstr. 37, 1000 Berlin 19

Fortsetzung:

Drang zur kollektiven Zusammenarbeit

beispielsweise ein BTX-System, entwickelt von einem englischen Kollektiv. Mit dessen Hilfe wäre es möglich, sich preiswert über Personalcomputer europaweit zu unterhalten. Besonderes Interesse zeigten die Teilnehmer nicht.

Auffällig war, daß bisher nur wenige COOP's Kontakt über die Ländergrenzen hinweg unterhalten. Solange solche Verbindungen nicht bestehen, ist es verfrüht, großartige Vernetzungskonzepte in die Praxis umsetzen zu wollen. Zur Not geht es ja auch ohne. Dennoch, ein konkreter Drang zur kollektiven Zusammenarbeit mit dem Ausland war vorhanden. Auch bei uns. Ein griffiges Thema hierfür wäre die EG- Förderung zur Entwicklung regenerativer Energiequellen als joint-venture-Projekt.

Auch sonst wurden eine Reihe praxisnaher Themen auf dem Treffen angesprochen, bei denen eine europäische Zusammenarbeit auf Branchenebene erstrebenswert ist. Beispiele dazu sind für Chemieund Umweltberater (- Büros) die Diskussion über Grenzwerte, Entsorgungsverfahren usw., für's kollektive Management Trainingsprogramme und Erfahrungsaustausch, für Landwirtschaft und Food Coop's einheitliche Standards bei biologischen Lebensmitteln, für Solar- Betriebe die Mitsprache bei der solaren ISO-Norm, für Produzenten und Importeure günstige Produkthaftpflichtabsicherungen sowie für kollektive Transporteure die direkte Zusammenarbeit mit dem Ausland.

Vergessen werden sollte nicht die Selbstfindungskrise, die landauf, landab alle deutschsprachigen Kollektivbetriebe schüttelt. Sie „müssen" gerade – wie wir auch – ihr Zehnjähriges feiern. Auch hier kann man/frau vom Ausland lernen und sich wieder aufpäppeln lassen.

Zunächst gilt es noch, meine ich, kleine Brötchen zu backen. Es sollte versucht werden, den direkten Kontakt mit ausländischen Kollektiven oder COOP's herzustellen. Die CECOP- Seminarreihe ist vielleicht für die, die es betrifft, eine günstige Gelegenheit. Weiter geht es nämlich ganz konkret im März in Portugal mit „Umweltschutz im Betrieb", im April in Sardinien mit „Wasserverschmutzung und Müllrecycling" und im Mai in Marburg mit „Alternativ-Energie". Abschließend findet ein Treffen in Brüssel statt. Auf diesem dreht sich dann alles um EG und Umweltschutzpolitik sowie den Einfluß von COOP's.

Selbsthilfegruppen vorgestellt

Praktische Informationen und Adressen von Anlaufstellen

Oft wurde die Selbsthilfebewegung schon totgesagt. Nach der Hochphase zur Gründung alternativer Projekte Anfang der achtziger Jahre vermissen die Kritiker starke nach außen gerichtete Signale und publikumsträchtige Aktionen. Was sie dabei übersehen, „ist der Fortschritt der Alternativbewegung in die Alltäglichkeit: die Umwandlung des Leuchtfeuers in ein Herdfeuer". So jedenfalls sehen es die Autoren des „Handbuch Selbsthilfe", Brigitte Runge und Fritz Vilmar, die sogar ein Wachstum der Selbsthilfebewegung in den letzten fünf Jahren von rund 30.000 auf 40 bis 45.000 Gruppen in der Bundesrepublik feststellten. Inzwischen seien die Gruppen zu einem festen Bestandteil alternativen Lebens geworden und längst von den spektakulären Aktionen zu einer kontinuierlichen, alltäglichen Arbeit übergegangen.

Hauptkriterium dafür, ob eine Gruppe der Selbsthilfebewegung zugerechnet werden kann, ist für die beiden Autoren das Moment der „autonomen gesellschaftlichen Gestaltung". Nur der Protest gegen einen gesellschaftlichen Mißstand, etwa in Form einer Bürgerinitiative gegen den Autobahnbau oder nukleare Aufrüstung, sei als Merkmal nicht ausreichend. Vilmar und Runge teilen die Selbsthilfegruppen in Tätigkeitsbereiche auf: Arbeitswelt, Freizeit, Bildungs- und Kulturbereich, Lebenswelt, für Benachteiligte, für Diskriminierte und für Behinderte und Kranke, wobei die meisten Gruppen, rund 10.000, im letzten Bereich angesiedelt sind.

Das Handbuch will neben praktischen Informationen auch einen Überblick über die ideengeschichtlichen Hintergründe und eine systematische Zusammenstellung der Literatur zu diesem Thema geben. Verschiedene Gruppen und Zusammenschlüsse können sich in unterschiedlicher Form und Länge vorstellen, der übersichtliche Serviceteil bietet – nach Themen geordnet – Adressen von 900 Anlaufstellen, an die sich ein Interessierter wenden kann.

Brigitte **Runge**/Fritz **Vilmar:** Handbuch Selbsthilfe, Frankfurt am Main, Zweitausendeins. 738 Seiten, 26,- DM

Genossenschaftsförderung

Rückblick 1988

Im vergangenen Jahr ist die Anzahl „neuer" Genossenschaften erfreulicherweise deutlich gestiegen. Von November 1987 bis November 1988 waren von insgesamt 20 (uns bekannter) Neugründungen neun Betriebe dem Spektrum der neuen Genossenschaftsbewegung zuzurechnen. Bisher konnten im Zeitraum von 1973 bis heute von ca. 630 Neugründungen 10% der neuen Genossenschaftsbewegung zugerechnet werden. Auch der *Revisionsverband dt. Konsumgenossenschaften* kann diesen positiven Trend bestätigen. In den letzten zwei Jahren ist es dort nach langer Zeit der Stagnation wieder zu deutlicher Steigerung der Neugründungen gekommen. Demgegenüber ist die Wachstumsdynamik selbstverwalteter Betriebe (in anderer Rechtsform) seit Mitte der 80er Jahre zurückgegangen.

Dieser Trend zeigt an, daß die Genossenschaft als Wirtschaftsrechtsform für selbstverwaltete Betriebe zunehmend an Attraktivität gewinnt. Unserer *Verbundstelle* liegen allein ca. 30 Anfragen von Initiativen und Projekten vor, die sich anschicken, eine Genossenschaft zu gründen. Die Genossenschaften haben auch in der Öffentlichkeit wieder stärkere Beachtung gefunden. Dennoch besteht auch weiterhin große Unkenntnis, sogar Vorurteile gegenüber den Genossenschaften, und es wird auch 1989 ein Arbeitsschwerpunkt sein, Aufklärungsarbeit zu betreiben.

Im vergangenen Jahr hat in der Bundesrepublik – später als in europäischen Nachbarländern – die Diskussion über die Auswirkungen des Europäischen Binnenmarktes 1992 eingesetzt. Unser Verein hat sich in verschiedenen Arbeitszusammenhängen an dieser Diskussion beteiligt und wird im vor uns liegenden Jahr schwerpunktmäßig der Frage nach den möglichen Auswirkungen der Marktöffnung für genossenschaftliche Kleinbetriebe nachgehen.

Seminar

Marketing und Selbstverwaltung, geht das eigentlich? Vom 26.-29. Januar findet in Flensburg ein Seminar über „Ökologisches Marketing" statt. Schwerpunkt der Veranstaltung sind Produkte zur regenerativen Energie-Erzeugung. Das Seminar wird vom *„Theorie-Arbeitskreis Alternative Ökonomie"* und der *Bundeszentrale für Politische Bildung* durchgeführt. Die Leitung hat *Burghard Flieger*.
Anmeldungen bitte an die *Bundeszentrale für Politische Bildung*, Berliner Freiheit, 5300 Bonn 1.

Stärkt den Genossenschaftsgedanken

VEREIN
ZUR FÖRDERUNG DES
GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS E.V.
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
☎ (0228) 21 52 90

Tips Tricks Informationen

Erwerbsunfähigkeitsrente
Wer Erwerbsunfähigkeitsrente bezieht und eine vom Arbeitsamt angebotene Umschulung ohne objektiv berechtigte Gründe ablehnt, dem kann die Rente ganz oder teilweise entzogen werden. Der Versicherte muß jedoch schriftlich auf diese Sanktion hingewiesen werden. Ebenfalls ist durch das Arbeitsamt eine angemessene Frist zu setzen.

Krankengeld ohne Arbeitsunfähigkeit
Krankengeld erhält auch ein Arbeitnehmer, wenn er an einer Krankheit leidet, die keiner ärztlichen Behandlung bedarf. Voraussetzung ist, daß der Arbeitnehmer seine zuletzt ausgeübte Tätigkeit oder ähnliche Arbeiten nicht mehr ausführen kann. Die gesetzliche Krankenversicherung, so urteilte das Landessozialgericht Nordrhein- Westfalen, muß auch in diesem Fall Leistungen erbringen.

Arbeitslosenversicherung
Wer jahrelang voll gearbeitet hat und entsprechend Beiträge an das Arbeitsamt abgeführt hat, bekommt nur die Hälfte des Arbeitslosengeldes, wenn diese Person zukünftig auch nur noch halbtags für eine Arbeit zur Verfügung steht. Insbesondere betroffen hierfür sind Frauen nach der Geburt von Kindern, wenn der Partner nicht bereit ist, ebenfalls halbtags zu arbeiten oder sie alleinerziehend sind und keine Unterbringungsmöglichkeiten und Versorgungsmöglichkeit für das Kind haben.

Krankenversicherung und Selbständige
Selbständige, die freiwillig Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung sind, können nicht verlangen, daß bei der Ermittlung ihres Einkommens zur Berechnung des Monatsbeitrags Verluste aus anderen Einkommensarten berücksichtigt werden.
BSG - 12 RK 2/87

Versicherungssteuer
Ab dem 1.1.89 werden Versicherungen teurer. Das liegt erst einmal nicht an Beitragserhöhungen, sondern daran, daß aufgrund der Steuerreform sich die Versicherungssteuer für Sach-, Haftpflicht-, Unfall-, Kraftfahrzeug- und Rechtsschutzversicherungen von derzeit auf nunmehr 7% erhöht.

Zuschläge und Arbeitslosenversicherung
Steuerfreie Zuschläge werden bei der Berechnung der Höhe des Arbeitslosengeldes nicht berücksichtigt, wohl aber entsprechende Zuschläge, die während einer Freistellung von der Arbeit gezahlt und voll besteuert wurden.
BSG 22.4.88 - 7 RAr 71/86

Arbeitslosenversicherung und Unterhaltspflicht
Eine Unterhaltspflicht von Verwandten ersten Grades (z.B. Eltern) kann nur dann angenommen werden, wenn das Arbeitsamt den Nachweis erbringt, daß die Vermittlung von Beziehern von Arbeitslosenhilfe in jedweden Bezug unmöglich ist. Solange eine Vermittlung noch angestrebt wird, sind nicht die Eltern, sondern das Arbeitsamt zahlungspflichtig.
BSG - 11 RA 25/88

Möglichkeit des Vorsteuerabzugs bereits vor Betriebseröffnung
Für die in allen Aufwendungen der Vorbereitungsphase zur Existenzgründung enthaltenen Umsatzsteuerbeträge besteht die Vorsteuerabzugsberechtigung auch bereits vor der Geschäftseröffnung. Es kommt nur darauf an, daß die Aufwendungen für das Unternehmen getätigt werden und die angeschafften Wirtschaftsgüter dem Unternehmen dienen werden. Es ist insofern bei Rechnungen und Belegen auf die Vollständigkeit der erforderlichen Angaben für den Vorsteuerabzug zu achten (wie z.B. Steuersatz (14%, Name...). Vorsicht ist geboten, wenn ein Wirtschaftsgut vor Betriebsbeginn angeschafft und dann **auch** privat genutzt wird. In diesem Fall ist der Vorsteuerabzug nicht zu gewähren, die Umsatzsteuer wird dann nur als Teil der Anschaffungskosten berücksichtigt. (FG Münster V 641/85 U).

Preisangaben bei Werbung
Der §2 der Preisangabenverordnung ist eine wertneutrale Ordnungsvorschrift, deren Verletzung nicht ohne weiteres einen Wettbewerbsverstoß darstellt. Eine Werbeanzeige, in der z.B. eine HiFi- Anlage abgebildet und in ihren technischen Details beschrieben ist, ist nicht ein Angebot im Sinne von §1 I 1 Preisangabenverordnung, daß zur Preisangabe verpflichtet, sondern bloße Werbung, die ohne Preisangabe zulässig ist.

Einsichtsrecht in Darlehensunterlagen
Wer seinen Kreditvertrag überprüfen will, z.B. auf eine mögliche Sittenwidrigkeit, kann beim Darlehensgeber die Vertragsunterlagen einsehen, wenn er selbst über diese nicht mehr verfügt. Der Darlehensgeber handelt treuewidrig, wenn er die Einsichtnahme verweigert, denn es handelt sich nicht um eine unzulässige Ausforschung, sondern lediglich um eine Auffrischung bereits bekannter Informationen.

Sozialversicherung 1989

Geringverdiener
Die Geringverdienergrenze (z.Zt. DM 600,-), bis zu der der Arbeitgeber die Sozialversicherungsbeiträge allein zu tragen hat, soll auf ein Siebtel der monatlichen Bezugsgröße geändert werden. Damit wären die Geringverdienergrenze und die Grenze, bis zu der eine Beschäftigung als geringsfügig entlohnt gilt, gleich. Für die Zeit, für die ein Siebtel der monatlichen Bezugsgröße weniger als DM 600,- ausmacht, wird die Grenze auf DM 600,- festgesetzt.

Wird die Geringsverdienergrenze durch die Zahlung einer Sonderzuwendung überschritten, haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer künftig von dem die Grenze überschreitenden Betrag je zur Hälfte die Beiträge zu tragen. Aus dem Beitrag in Höhe der Geringverdiener bleibt der Arbeitgeber allein mit den Beiträgen belastet.

Betriebsprüfungen
Das Melde- und Beitragsverfahren bei den Arbeitgebern soll künftig mindestens alle vier Jahre von den Einzugsstellen überprüft werden. Die Rentenversicherungsträger sind berechtigt, sich an diesen Betriebsprüfungen zu beteiligen.

Beitragsüberwachungsverordnung:
Wahrscheinlich noch zu Beginn 1989 wird eine Beitragsüberwachungsverordnung in Kraft treten. Diese wird regeln, nach welchem Muster zukünftig der Arbeitgeber Beitragsnachweise zu erstellen hat. Sie wird ebenfalls regeln, wie zukünftig bei Stornierungen und Rückrechnungen im Falle der Zahlung von Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld zu verfahren ist.

Gesamtsozialversicherung:
Zuständige Einzugsstelle – auch für freiwillig Versicherte – ist zukünftig nur noch die zuständige Krankenkasse. An sie sind die Gesamtsozialversicherungsbeiträge zu überweisen. Bei privat Versicherten sind Sozialversicherungsbeiträge an die Krankenkasse zu überweisen, die im Fall einer Pflichtversicherung zuständig wäre.

Quellensteuer:
ein paar Informationen

Ab 1.1.89 wird auf fast alle Zinsen eine sogenannte Quellensteuer einbehalten. Lediglich Sparbücher mit gesetzlicher Kündigungsfrist und ausländische Zinseinnahmen sind hiervon ausgenommen.

Auch bislang waren Zinserträge zu versteuern. Neu ist einerseits, daß diese Steuer nun direkt vom Kreditinstitut einbehalten wird, und daß zweitens neuerdings auch Erträge aus Lebensversicherungen dieser Steuer unterliegen.

Die Quellensteuer von 10% wird bei Lebensversicherungen, ungeachtet der Laufzeit, auf Zinsen erhoben, die 3,5% des Guthabens überschreiten. Neu ist auch, daß die Quellensteuer eine sogenannte Abgeltungssteuer ist. D.h., Zinserträge brauchen nicht mehr in der Steuererklärung angegeben und können auch nicht auf eine Einkommenssteuerschuld angerechnet werden.

Liegt der Steuersatz unter 10%, dann kann entweder eine Quellensteuerbefreiung unter Vorlage einer Nichtveranlagungsbescheinigung des Bundesamtes für Finanzen beantragt werden oder aber besteht die Möglichkeit, sich diese Steuer im Rahmen der Einkommenssteuererklärung beim Finanzamt zurückerstatten zu lassen.

Neben der 10%igen Quellensteuer existiert noch eine 25%ige für Verträge unter 12 Jahren. Wird eine Lebensversicherung am Ende der Laufzeit ausgezahlt, dann wird diese Steuer neben der Quellensteuer vom Versicherungsunternehmen einbehalten. Um eine Doppelversteuerung zu vermeiden, wird diese Steuer nur auf Zinsen erhoben, die nicht der 10%igen Steuer unterliegen. Dieses gilt auch für Lebensversicherungen, die vor Ablauf gekündigt und zurück gekauft werden.

Bei Versicherungen, die nicht nach §10 EStG begünstigt sind (z.B. Versicherungen gegen Einmalbeitrag) wird der tatsächlich ausgezahlte Betrag mit einer Quellensteuer von 25% belastet.

H.D.

Aus der neuen ABM-Anordnung

Red. Bremen Sie liegt auf dem Tisch, die veränderte ABM-Anordnung samt Durchführungsanweisungen (mit Schnellbrief vom 21.8.1988). Eine erste Sichtung ergibt: Für viele Projekte wird es schwerer, die begehrte ABM zu erhalten. Nach dem neuen §1a Abs.2 der ABM-AO können Träger von Maßnahmen nur sein 1. juristische Personen des öffentlichen Rechts, 2. Unternehmen oder Einrichtungen des privaten Rechts, die gemeinnützige Ziele verfolgen und 3. sonstige Unternehmen des privaten Rechts, wenn sie Maßnahmen nach §5 Abs.1 Satz 3 oder Abs. 2 ABM-AO durchführen.

Nach §5 Abs.1 Satz 3 ABM-AO in Verbindung mit §91 Abs. 3 sind bevorzugt zu fördern, Arbeiten, die geeignet sind,

1. die Voraussetzungen für die Beschäftigung von Arbeitslosen zu schaffen, insbesondere die Folgen von Strukturveränderungen oder der technischen Entwicklung ausgleichen oder
2. strukturverbessernde Maßnahmen vorzubereiten, zu ermöglichen, oder zu ergänzen oder
3. Arbeitsplätze für langfristig arbeitslose Arbeitnehmer schaffen oder
4. die soziale Infrastruktur zu verbessern oder der Erhaltung oder Verbesserung der Umwelt dienen.

§5 Abs. 2 ABM-AO bestimmt, daß vorrangig Arbeiten zu fördern sind, durch die berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten erhalten oder erweitert werden, Maßnahmen, die arbeitsbegleitend auch eine berufliche Qualifizierung oder sozialpädagogische Betreuung vorsehen, soweit dies zur dauerhaften und qualifikationsgerechten Wiedereingliederung der zugewiesenen Arbeitnehmer zweckmäßig ist, sowie Arbeiten, die geeignet sind, die in §30 Abs.1 Nr. 3 Schwerbehindertengesetz genannten Ziele zu verwirklichen.

Eine weitere Selektion der ABM-Träger ermöglicht §1a Abs. 3 der ABM-AO. ABM-Träger können nämlich nur dann gefördert werden, wenn eine ordnungsgemäße und erfolgreiche Durchführung der Maßnahme gewährleistet ist. Für die Beurteilung hat die Bundesanstalt für Arbeit in der Durchführungsanordnung zur ABM-AO Eignungskriterien aufgestellt. Gefordert wird in den Eignungskriterien eine sachliche Ausstattung des Trägers, die Gewähr für eine ordnungsgemäße Durchführung der ABM bietet. Technische und organisatorische Vorhaltungen müssen vorhanden und glaubhaft und realisierbar geplant sein. Weiterhin muß die quantitative und qualitative personelle Ausstattung des Trägers ausreichend sein. „Die dem Träger obliegende Verantwortung für die Durchführung der ABM darf nicht ausschließlich von ABM-Kräften getragen werden". Ausnahmen hiervon bedürfen der Zustimmung des Verwaltungsausschusses des zuständigen Arbeitsamtes, der auch eine ehrenamtliche Tätigkeit anerkennen kann.

Nach der Durchführungsanordnung vom 21.7.1988 sind dem Antrag auf Durchführung einer Maßnahme beizufügen: Auszug aus dem Vereinsregister, ggf. Gemeinnützigkeitsanerkennung, ggf. Nachweise über die bisherige Tätigkeit des Trägers, um zu prüfen, ob die Existenzfähigkeit des Trägers auch ohne ABM gegeben ist. Lassen sich aus den soeben aufgezählten beizufügenden Unterlagen keine eindeutigen Feststellungen zur Geeignetheit, Sachkompetenz, Seriosität und finanziellen Bonität des Trägers gewinnen, sollen die Arbeitsämter Stellungnahmen und Gutachten externer kompetenter Stellen einholen.

Auch wenn noch nicht abzusehen ist, wie die einzelnen Landesarbeitsämter mit der geänderten ABM-AO umgehen werden, sicher ist, daß die nunmehr geltende ABM-AO eine wesentlich restriktivere Vergabepraxis erlaubt.

Torsten Eichler

Neues Produkthaftpflichtgesetz:
Neben Hersteller haftet auch der Händler

Voraussichtlich ab dem 1.1.89 wird auch in der BRD ein neues Produkthaftpflichtgesetz gelten (Termin stand bei Red.-Schluß noch nicht fest). Produkthaftung bedeutet, daß der Hersteller eines Produktes für Schäden haftet, die durch Fehler an Personen und Sachen – nicht am Produkt selbst – verursacht werden.

Bisher galt immer das Verschuldensprinzip, wobei die geschädigte Person nicht eine Schuld nachweisen mußte, sondern der Hersteller seine Unschuld. Gelang ihm dieses, brauchte er nicht zu haften. Durch das neue Gesetz gilt diese Verschuldenshaftung nicht mehr. Es wird verschuldensunabhängig gehaftet, der Hersteller kann sich nicht mehr entlasten (sogenannte Gefährdenshaftung). Neben dem Hersteller haften nunmehr aber auch Teile-Hersteller, Importeure, Händler und Einzelhändler! Vorgesehen ist eine Haftung, wenn durch das Produkt ein Mensch getötet oder verletzt oder eine Sache beschädigt wird. Bei Sachen handelt es sich aber ausschließlich um Sachen des privaten Gebrauchs, nicht um solche aus dem beruflichen, freiberuflichen oder dem gewerblichen Bereich. Ausgeschlossen sind Fehler, die nach dem Stand der Wissenschaft und Technik nicht in dem Zeitpunkt erkannt werden konnten, in dem der Hersteller das Produkt in den Verkehr gebracht hat. Unter dieses Gesetz fallen als Produkte alle beweglichen Sachen, ausgenommen landwirtschaftliche Produkte.

Wichtig ist, daß unter den Begriff Hersteller auch der Quasi-Hersteller fällt. Läßt jemand in seinem Namen produzieren, gilt er auch als der Hersteller. Als Hersteller gilt auch der EG-Importeur.

Läßt sich der.Hersteller nicht feststellen, dann haftet der Lieferant, allerdings mit der Möglichkeit, den Hersteller binnen einer Monatsfrist zu benennen. Ausgenommen sind EG-Importeure.

Hersteller, Importeure und Lieferanten haften nach dem neuen Gesetz gesamtschuldnerisch bis zu einer Höhe von 160 Mio. DM. Bei Sachschäden hat die geschädigte Person eine Selbstbeteiligung von 1.125 DM.

Die Verjährungsfrist beträgt drei Jahre nach Kenntnisnahme des Schadens. Zehn Jahre, nachdem der Hersteller das Produkt in Verkehr gebracht hat, erlöschen sämtliche Schadenersatzansprüche, soweit sie nicht mit einem rechtskräftigen Titel geltend gemacht wurden.

Das Produkthaftpflichtgesetz ist zwingendes Recht, d.h. es können keine Ausschlüsse oder Einschränkungen über die Allgemeinen Liefer- und Geschäftsbedingungen vorgenommen werden.

Produkte, die vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes in Verkehr gebracht wurden, sind von dem neuen Gesetz ausgenommmen. Da das neue Gesetz aber neben den bisherigen gesetzlichen Regelungen existiert, gilt für diese Produkte nach wie vor die alte Produkthaftung.

Besteht eine Betriebs- Haftpflichtversicherung einschl. Produkthaftpflichtrisiken, dann sind auch Schäden nach dem neuen Produkthaftpflichtgesetz mitversichert. Da es sich aber um neue Rechtsnormen handelt, können Versicherungsunternehmen von ihrem außerordentlichen Kündigungsrecht Gebrauch machen, um Prämienerhöhungen durchzusetzen.

Betriebe, die neu unter diese gesetzliche Regelung fallen (z.B. Quasi-Hersteller, Importeure, Lieferanten) sollten prüfen lassen, ob für sie ein Einschluß notwendig wird.

H.D.

Den Strukturwandel gestalten
Arbeit von Innovations- und Technologieberatungsstellen

Red. Heidelberg Bis vor einigen Jahren hatte die gewerkschaftlich-sozialdemokratische Linke der Modernisierungs und Strukturwandeloffensive der Unternehmen wenig mehr entgegenzustellen als Absicherungs- und Abfindungsabkommen. Inzwischen mehren sich die Anzeichen eines Umwandlungsprozesses. Neben den Versuchen, auf einer gesamtwirtschaftlichen Ebene Einfluß auf Technologieentwicklung und Strukturwandel zu nehmen, sind vor allem Ansätze auf betrieblicher Ebene zu nennen. Einige Gewerkschaften haben Innovationsstrategien entwickelt, in denen ein wesentliches Element arbeitsorientierte Innovations- und Technologieberatungsstellen sind.

Aufgabe von Innovations- und Technologieberatungsstellen, von denen es derzeit in der BRD erst sieben gibt, ist die Information, Beratung, Weiterqualifizierung von ArbeitnehmerInnen sowie die Einflußnahme auf die gesellschaftliche Diskussion.

Die Erfahrungen der konkreten Arbeit derartiger Stellen zeigen, daß diese schwerpunktmäßig mit technologischen Fragen befaßt sind. Ein geringerer Anteil der Arbeit befaßt sich mit Fragen der Produktpolitik und der Entwicklung von gebrauchswertorientierten Gegenvorstellungen. Diese beiden Arbeitsaufgaben dürften auch für die Selbstverwaltungswirtschaft in zweierlei Hinsicht interessant sein: Zum einen könnten ja auch Selbstverwaltungsbetriebe Nutzer dieser Beratungseinrichtungen sein, zum anderen könnten derartige Stellen auch zu einer Aktivierung von Belegschaften durch die Beratungsarbeit beitragen und damit auch auf die Erfahrungen der Selbstverwaltungswirtschaft hinweisen und damit neue Impulse geben.

Die im Auftrag der Heidelberger GRÜNEN erarbeitete Broschüre faßt die Aufgaben, Erfahrungen und Perspektiven derartiger Stellen zusammen. In einem Vergleich werden die heute bestehenden Stellen vorgestellt und anhand verschiedener Beispiele über ihre Arbeit berichtet. Ziel der informativ geschriebenen Broschüre ist der weitere Ausbau derartiger Stellen, um die in der Beratungslandschaft bestehenden Asymmetrien abzubauen und die Gegenmacht alter und neuer sozialer Bewegungen zu verstärken.

Frieder Rubik

Die GRÜNEN Heidelberg (Hg): Den Strukturwandel gestalten. Die Arbeit von Innovations- und Technologieberatungsstellen. Heidelberg 1988, 44 S.

Die Broschüre ist erhältlich gegen Zusendung von 5,10 DM in Briefmarken bei den GRÜNEN Heidelberg. Alte Eppelheimer Str. 86, 6900 Heidelberg.

Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und sozio-kulturellen Zentren in Baden-Württemberg e.V.

In der Geschäftsstelle der Landesvereinigung der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren Baden-Württemberg e.V. (LAKS Baden-Württemberg e.V.) in Pforzheim werden ab 1.9.1989

2 Honorarstellen

auf Werkvertragsbasis ausgeschrieben, die pauschal mit jeweils 1.780,-- DM pro Monat vergütet werden.
Es werden verwaltungsmäßige und publizistische Fähigkeiten und Erfahrungen mit der

soziokulturellen Arbeit

erwartet. Eine ausführliche Stellenbeschreibung kann angefordert werden. Erforderlich ist ein eigener PKW. Die Arbeit kann z.T. zu Hause erledigt werden.
Die bisherigen Stelleninhaber bewerben sich erneut.

Die LAKS Baden-Württemberg e.V. ist der Interessenverband der Kulturinitiativen und Kulturzentren in Baden-Württemberg, die das Konzept der Soziokultur verfolgen. Ihr gehören 35 Mitgliedseinrichtungen an.

Bewerbungen (mit Unterlagen) bis spätestens 31.1.1989 an folgende Adresse richten:

LAKS Baden-Württemberg, c/o Goldener Anker, Felsenstr. 2, 7530 Pforzheim-Dw, Tel. (07231) 7 44 33

Projekte

Zukunftswerkstatt Gemeinschaftsprojekte, 150 S. Theorie/Praxis von Großkommunen in Europa, 20 DM.
K.-H. Meyer
Lebensgarten
3074 Steyerberg

ROSA FLIEDER

SIEGESSÄULE

Für unser Projekt eines bundesweiten schwulen Magazins suchen wir ein vierköpfiges, festangestelltes Team:

Redakteur Politik
Redakteur Kultur

Die Redakteure betreuen voneinander abgegrenzte redaktionelle Bereiche; sie pflegen Kontakte zu Autoren, treiben Artikel auf, recherchieren, redigieren und schreiben gelegentlich selbst. Politik- und Kultur-Redakteur sind überdies gemeinsam für Service-, Termin-, Regional- und Reportage-Teil zuständig.

Kaufmännischer Leiter

Der kaufmännische Leiter betreut das gesamte Rechnungswesen, Personal- und Finanzbuchhaltung, koordiniert den Vertrieb einschließlich der Abo-Verwaltung, überwacht die Anzeigenakquisition und kümmert sich um die Eigenwerbung für unser Magazin.

Produktionsleiter

Der Produktionsleiter koordiniert nicht nur den technischen Produktionsablauf, sondern ist gleichzeitig der Mann für das „Outfit" der Zeitschrift. Er ist am Layout maßgeblich beteiligt, betreut den Fotobereich und besorgt die Gestaltung der Eigenwerbung.
Arbeitsbeginn ist der 1. Juli 1989 am Redaktionsort Berlin (West). Wir bieten einen Einheitslohn von DM 1400,- netto und die üblichen Verlockungen eines selbstverwalteten Betriebes. Im April/Mai 1989 ist eine erste Zusammenarbeit des Teams auf Honorarbasis (DM 1500,-) geplant.

Aussagefähige Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen bitte bis zum 15. Januar 1989 (Bewerbungsschluß) an die

Initiative Neue Zeitschrift,
Goltzstraße 34, D-1000 Berlin 30,
Tel. 030 / 215 86 00 (Albert Eckert).

Sonstiges

Bücherspenden gesucht für unsere Umweltbibliothek. Bereiche: Ökologie, Psychologie, Zeitgeschichte, Religionen, Esotherik, Frauen, Alternativen, Ernährung, Heilkunde usw.
Wir übernehmen gerne das Porto.
Verein zur Förderung der Kommunikation e.V.
Roentgenstr. 3
7850 Lörrach
☎ (07621) 4 53 14

Kontakte

Stottere, -psychischen Schwankungen unterlegen, stark bis wenig. Suche Frau die Power drauf hat mit der Einstellung, scheiß, was soll's. Ausgrenzungs-politisch und Behinderten-politisch (Gen- tec...) könntest Du aber schon was an Interesse mitbringen.
Uwe Müller
Neißerstr. 12
4030 Ratingen (bin 32)

Verkäufe

Die **„Randschau"** Zeitschrift für Behinderten-Politik, fliegt bei mir noch in den Ecken herum. Muß jetzt ausmisten, und gebe diese für 2 DM das Stück ab.
Uwe Müller
Neißerstr. 12
4030 Ratingen

Verkäufe
Grafische Betriebe

Wir verkaufen: R20 m. Doppelbogenkontrolle, Flächenfarbenwerk, Puderwerk, Schuppenanleger; 4.900,-- DM VB, Plattenbelichter DIN A2 690,-- DM VB und Kuvette A2 490,-- DM. Alles zusammen 5.900,-- DM VB. Alle Geräte zur Zeit in Betrieb und voll funktionsfähig.
Blattlaus
Druckwerkstatt
Försterstr. 22
6600 Saarbrücken 3
☎ (0681) 37 21 75

In Bonn: **Offsetdruckerei** ca. 300.000,- DM Jahresumsatz, günstig zu verkaufen.
Angebote unter **Chiffre Nr. 101**

Buchhaltung mit BUCH

Doppelte Buchführung, die auf Selbständige und Kleinunternehmer zugeschnitten ist:

- **14 Tage frei zur Ansicht**
- einfache und sichere Benutzerführung
- Einnahmeüberschuß, G & V, Bilanz
- Prüfsiegel „anwenderfreundliche Software"
- Betriebsübersicht, Debitoren, Creditoren, Journal, Kontenblätter, Saldenliste etc.
- alle Handbücher auf **Recycling-Papier**
- automatische Umsatzsteuerberechnung
- Interface für **DATEV, DRASE etc.**

...und so urteilt die Presse:

»einfach zu bedienendes Programm, das dem Einsteiger entgegenkommt« (CHIP 6/87)

»...ein leicht zu beherrschendes Finanzbuchhaltungsprogramm für kleinere Betriebe, das sehr anwenderfreundlich konzipiert wurde« (c 't 7/87)

»ein leistungsfähiges, leicht zu bedienendes Werkzeug« (PC + Soft 7/85)

»halten wir dieses Finanzbuchhaltungsprogramm für ganz ausgezeichnet« (Softwaretestjahrbuch '86)

180,-- bis 680,-- DM für PC/KT/AT, Macintosh II + c,e,gs
780,-- DM für TRIO: Rechnungen, Buchen, Mahnen, Kunden, Artikel, Serienbriefe etc.

Röntgen Software
Oltmannstr. 34
7800 Freiburg
☎(0761) 40 87 40

Jobsuche

Kommune-Forschung: Wir suchen Kontakt zu Stiftungen und sonstigen Geldgebern, um a) unsere Lebenserfahrungen im **Lebensgarten** (70 E. +30 K.) festzuhalten, auszuwerten, zu veröffentlichen und mit anderen Erfahrungen zu vergleichen. Um b) Gemeinschafts-Interessierten intensiver als bisher helfen zu können (Hinweise auf andere Gemeinschaften, Kommuneliteratur/-seminare etc.
Zukunftswerkstatt
Gemeinschaftsprojekte
Ginsterweg 14
3074 Steyerberg

Suche **Praktikumsstelle** für ca. 6 Wochen im Zeitraum Mitte Februar bis Mitte April im psychologischen Bereich (Beratungs- oder Therapiezentrum, psych. Praxis oder Betrieb). Hauptsache ist, daß mich eine Dipl.-PsychologIn betreuen kann. Studiere Psychologie im 5. Semester (Hauptstudium).
Isolde Matuschke
c/o Skowronski
Bellermannstr. 90
1000 Berlin 65
☎ (030) 493 57 96

Kauffrau, 29 Jahre, u.a. mit mehrjähriger Erfahg. im intern. Messe- u. Ausstellungsbereich, Organisations- u. Werbetalent mit zwei rechten Händen, Mut, Ideen, Engagement +Lernwillen, selbst. u. auch anderweitig nicht ganz unkritisch, **sucht** ab sofort republikweit **neues berufliches Ufer!**
Sigrid Renz
Krämerstr. 19
7410 Reutlingen
☎ (07121) 4 50 37;
on the job (07121) 86-1670
(es eilt!)

Jobs

Die **blätterwald Genossenschaft** (selbstverwalteter Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten) sucht baldmöglichst eine/n **Neue/n,** für die Abteilung **Vertrieb.** Er/Sie soll den Kontakt von Oberursel aus zu unseren Einzelhandelskunden verbessern; zunächst im Rhein/Main-Gebiet, später evtl. auch in Nord- und Südhessen. Freude am Umgang mit unseren Kunden, sowie – leider – Führerschein Klasse 3 zählen zu den Voraussetzungen, Erfahrungen im kaufmännischen Bereich wären von Vorteil.
Engagement für unsere Produkte und für die selbstverwaltete Betriebsform müssen **alle** BewerberInnen mitbringen.
Übliche und unübliche Bewerbungsunterlagen an:
blätterwald e.G.
Postfach 5129
6370 Oberursel 5

Politischer Buchladen in Düsseldorf (selbstverwaltet) sucht für Mitte '89 **UmschülerIn.** Umschulungs-Berechtigung und -Förderung ist Voraussetzung!
Buchladen BiBaBuZe
Aachener Str. 1
4000 Düsseldorf 1
☎ (0211) 34 00 60

Fahrrad-Kollektiv sucht vierte/n im Bunde, in Konstanz am Bodensee. Berufserfahrung, Einlage, nette Erscheinung ab 30 Jahre.
Radsport Radial
Konradigasse 13
7750 Konstanz
☎ (07531) 2 25 32

Wir suchen für's neue Jahr einen **Offset-Drucker** für Heidelberger 70 x 100 Rotaspeed und 2-Farben Speedmaster, sowie eine(n) **DruckformherstellerIn.** Sie sollten Berufserfahrung haben und selbständig und eigenverantwortlich arbeiten können.
Ulenspiegel Druck GmbH
Winterstr. 4
8000 München 90
☎ (089) 651 89 84

UmsteigerInnen gesucht für sozial-ökologisches Zukunftslandprojekt in Spanien – finanzielles Engagement nötig. Grundstück ist bereits avisiert. Kontakt: 4. Welt Kooperative, Augsburger Str. 13, 8000 München 5
☎: (089) 260 33 83 mittwochs.

Leserbriefe

Einheitsbrei

Betr.: CONTRASTE, November '88,Seite 9, Rezension.
Kaum erschienen, schon veraltet, so die Message von Sabine Hübner zum Buch „Frauen(t)raum im Männerraum. Selbstverwaltung aus Frauensicht." „Da sind wir doch eigentlich in der Analyse schon ein gutes Stück weiter", lautet eines ihrer vielversprechenden Zwischenresumees.

Wie diese weitergehende Analyse aussieht, damit hält sie zum Glück noch ein wenig hinterm Berg, um die Spannung zu steigern. So warten wir denn alle hoffnungsvoll auf ihre vorsichtig angekündigte Monographie zum selben Thema, die sie um in ihrem Jargon zu bleiben, als „sorgfältig bereitetes Menü" servieren will. Schon sichergestellt zu sein scheint der hohe Aktualitätsbezug ihrer Ausführungen. Bei allen von ihr vorgestellten Modellen und Projekten wird der letzte Stand vor Redaktionsschluß präsentiert werden.

Daß deren Funktionsfähigkeit jeweils überprüft und kritisch abgeklopft ist, steht beim hohen Engagement der Autorin außer Frage. Weist sie doch durch ihren befristeten Arbeitsplatz im Öffentlichen Dienst eine hohe Identifikation mit dem Thema auf, so daß sie sicher „die seltsam distanzierte Perspektive" zu vermeiden weiß, die sie bei Martina Racki empfindet - vielleicht aufgrund von deren Mitarbeit bei der Sozialen Selbsthilfe in Lörrach. Dies gilt auch, obwohl sie auf Toleranz eines Projektes gegenüber der beruflichen und persönlichen Entfaltung von Frauen, die sich in Männerdomänen hineinwagen, „zur Not verzichten" kann.

Schön ist, daß sie keine Zeit noch Mühe scheuen wird, ihrem hohen, identitätsvollen Anspruch gerecht zu werden. Sie wird den von Lischke/Nassauer genannten Berliner Alternativbetrieb - da eh vor Ort - untersuchen, wie der Beschluß der doppelten Entlohnung von Putzarbeit funktioniert. Sie wird „nachsehen", was aus den Arbeitszeit- und Entlohnungsregelungen der Genossenschaft Kreuz in der Schweiz für die Mitglieder geworden ist, die Kinder zu verbergen haben. Da sie Elinar Sings Vorstellungen von einer Konfliktkultur klar als „Unterdrückung geschlechtsspezifischer Mechanismen im Konfliktfall" erkannt hat, kann sie hier wohl auf unnötige weitere Recherchen verzichten, auch wenn ihr Ansatz „nebulös" bleibt. Gleiches dürfte für den von ihr konstatierten zweiten Männerbeitrag gelten, da es diesen im Buch von Martina Racki gar nicht gibt.

Ich freue mich, wie gesagt, auf Sabine Hübners „sorgfältig zubereitetes Menü" - wenn es bloß nicht ein allzuheiß gekochter Einheitsbrei wird? Solange allerdings die Menüvorbereitungen noch in vollem Gange sind, kann ich zur intensiven Genußvorfreude allen das „kalte Buffet" von Martina Rackis „Frauen(t)raum im Männerraum" wärmstens empfehlen.

Sigrid Jacklin, Hochheim

Betr.: BUNTE SEITEN

Ich habe vor kurzem die neueste Ausgabe der Bunten Seiten in die Hand bekommen und ich war ziemlich enttäuscht. Die neue Einteilung der Betriebe unter Funktionsbereiche und nicht mehr nach dem Postleitzahlenbereich ist wirklich schlecht.

Konnte mensch sich früher einen Überblick verschaffen, was sich in der Region so an Selbstverwaltung tut, so ist das jetzt nicht mehr möglich.

Die Zuordnung zu den Funktionsbereichen ist ja sowieso nicht eindeutig. Viele Betriebe lassen sich nicht einer bestimmten Branche zuweisen.

Ich hoffe, daß die nächsten BUNTEN SEITEN wieder eine klarere Struktur haben und die Aufteilung nach regionalen Gesichtspunkten erfolgt.

Ralf-Jürgen Vogt
Nürnberg

Lieber Ralf-Jürgen, wir werden auf unserem Redaktionsplenum noch einmal über die Aufteilung diskutieren müssen.

Ein Nachteil bei der regionalen Aufteilung ist jedoch, daß z.B. ein Korbmacherbetrieb, jetzt zu finden unter der Rubrik Handwerk, bei der regionalen Aufteilung nur sehr schwer auffindbar ist.

Betr.: CONTRASTE - BUNTE SEITEN - Seite 7

Biofood!? die Coca-Colonisation Deutschlands läßt grüßen auf dem Niveau von Ronnie McDonald u.ä.

Die verschüttete deutsche Wirklichkeit im Sprachgebrauch nennt dies Michael Kunze treffend, dem ich nichts mehr hinzuzufügen habe, als: mein Frust, Eure Chance!? In diesem Sinne mit freundlichem Gruß

Eleonore Schindlmayr

LABER, LABER, BLUBBER.

Erwachsene schreiben viel. KLiCK auch. Und das Tolle: Wir Kids verstehen, was da steht.

KLiCK-Kinder- und Jugendzeitung, für alle, die lesen und schreiben wollen.

KLiCK-Kinder- und Jugendzeitung
2800 Bremen 1
Friesenstraße 90
Telefon 0421/72993

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎(06221) 1 34 02

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben. zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die professionelle Stammbeleg schaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-,Abonnenten-oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen:

1000 Berlin 61, Wolfgang Krösken, Freiligrathstr. 12, ☎ **(030) 691 99 22; 2000 Hamburg 50,** Rat & Plan, Eimsbütteler Str. 16, ☎ **(040) 439 91 22; 2800 Bremen 1,** Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, ☎ **(0421) 7 20 93; 5300 Bonn 1,** Thomas Schaefers, Am Hofgarten 20, ☎**(0228) 21 52 90; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5,** Petra Inden, Niederurseler Str. 7, ☎ **(06171) 7 80 11; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10,** ☎**(0561) 2 28 38; 6900 Heidelberg 1,** CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎**(06221) 1 34 02; 7053 Stetten,** Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ **(07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎**(0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien,** Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎**(0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1014BA Amsterdam,** Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Kabelweg 51, ☎**(0031) 20 84 36 95**

Fachredaktionen:

Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ **(030) 693 53 51; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36,** Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ **(030) 611 68 03; Kultur: 2000 Hamburg 13,** AG Stadtteilkultur e.V., Barbara Brüggmann, Bornstr. 12, ☎ **(040) 44 23 28; 7400 Tübingen,** Eckard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ **(07071) 4 33 41; Genossenschaften: 7800 Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ **(0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2,** AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎**(089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach,** Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎**(05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück,** Hermann Cropp, Postfach 1641, ☎ **(0541) 43 29 41**

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.

Eigenverlag; Alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Regina Engel, Kantstr. 10, 3500 Kassel ☎**(0561) 2 28 38; (Nicht für Kleinanzeigen!)** Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86

Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1; **Satz:** auf TEXTLINE- System; **Ausgabe:** Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎(06221) 1 34 02

Vertrieb:
☎(06221) 16 24 67

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen
(32 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM**
(jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM**
(jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankierten Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos immer im Papierkorb!** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.

Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Tagungen...Seminare...Treffen

Lern-werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere **„Lernwerkstatt"** hat 27 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- oder Selbstverpfleg. Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrl. Landschaft. Nur knappe 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. EntwicklungshelferInnen.
Info & Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 od. 10 31

Zukunftswerkstätten Aktion

„Gemeinschaftsprojekte", vom 21. bis 27. April 1989 im Lebensgarten Steyerberg. Eine Initiative von Michael Lechler
Amselweg 52
7400 Tübingen
Tel. (07071) 6 86 75
od.. K.-H. Meyer
Rosenanger 36
3074 Steyerberg

ISO

Kollektives Managment „WAS TUN"

Das kennt jeder: Mit großem Engagement setzt man sich zusammen, beginnt ein Projekt, gründet einen Betrieb. Aber schon nach kurzer Zeit wird es schwierig: - Arbeiten werden doppelt erledigt - Besprechungen dauern endlos - einige werden zu Machern -
Dabei ist eine gut funktionierende Teamarbeit der hierarchischen Arbeitsorganisation weit überlegen. An diesem Wochenendseminar könnt ihr Eure Teamfähigkeit *verbessern. Ausgehend von konkreten* Arbeitsaufträgen werdet Ihr Methoden zur effektiven Teamarbeit erarbeiten. Ihr werdet lernen, Eure Fähigkeiten und die der Anderen, optimal für gemeinsame Ziele einzusetzen. Alle Aufgaben sind in einem gleichberechtigten Team zu lösen.
Termin: 10. bis 12. März 1989
Information & Anmeldung:
ISO c/o M. Paulini
Bachstr. 22
6100 Darmstadt

Der RADIO-READER ist da ! Eine Dokumentation zur Praxis der ANDEREN RADIOS ist erhältlich über die Osnabrücker Radio-Initiative c/o Adolf-Reichwein-Gesellschaft e.V., Kommenderiestr.41, 45 Osnabrück. Preis:8,-DM + Versandkosten.

Spielpädagogik
Arbeitsmaterialien

Red. Heidelberg Ein „Aktionshandbuch zur Praxis der Spiel- und Kulturpädagogik" hat das Kulturfenster in Heidelberg jetzt vorgelegt. Das 120seitige, mit zahlreichen Fotos, Karrikaturen und Plakatmotiven illustrierte Buch stellt ausführlich eine Reihe mobiler Spielaktionen sowie weitere Projekte der Kultur- und Bildungsarbeit vor. Konzeptionelle Beiträge befassen sich mit der Spielmobilarbeit und dem „Netzwerk Spielen und Lernen in der Lebenswelt". Das Buch wurde aus Anlaß des fünfjährigen Bestehens des Kulturfensters herausgegeben. Preis: 15,– DM incl. Porto.
Bestellungen:
Kulturfenster e.V.
Bergheimer Str. 80
6900 Heidelberg

AG SPAK

Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie

Ökologisches Marketing für Produkte zur regenativen Energieerzeugung
26.-29.1.1989 in Flensburg.
Information & Anmeldung:
Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 7800 Freiburg

Ota Sik's dritter Weg als makroökonomisch koordinierte Selbstverwaltungswirtschaft?
vom 10.-12.2.1989 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenstadt.
Information: Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 7800 Freiburg

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Wochenendseminare

Wintergärten und Anlehngewächshäuser
27. bs 29. Januar 1989
Solarelektrische Stromversorgung
3. bis 5. Februar 1989
Heißes Wasser von der Sonne
10. bis 12. Februar 1989
Energiesparen und Umweltschutz für Mieter
17. bis 19. Februar 1989
Ökolog. Erneuerung alter Häuser Teil I
24. bis 26. Februar 1989
Aus vollem Schrot und Korn
10. bis 12. März 1989

Bildungsurlaube

Ökologisch orientierte Kommunalplanung
13. bis 17. Februar 1989
Ökologie und Pädagogik
19. bis 24. Februar 1989
Ökologische Wege beim Bauen und Heizen
9. bis 10. März 1989

Programmbroschüre & Anmeldung siehe obenstehende Anschrift

Das Tagungshaus

17 Betten, volle Verpflegung. Wir verschicken Infomaterial.
Gut Kragenhof
Betrieb für
org. biol. Landbau
3513 Stauffenberg
bei Kassel
☎ (05543) 7 82

Kongreß: Radikale Wohnungspolitik gegen Wohnungsnot und Spekulation

Am 4./5. März 1989 in Berlin
An diesem Wochenende soll ein Erfahrungsaustausch zwischen wohnungspolitischen Gruppen und teilweise bedrohten Projekten stattfinden. Wir möchten eine Koordinations- und Perspektivdiskussion initiieren, Wege aus der Defensive finden, in die die Bewegung zumindest in Berlin geraten ist.
Für dieses Treffen bitten wir um Vorschläge für Arbeitsgruppenthemen und um eine Vorinformation, in welchem Umfang ihr teilnehmen wollt, um die Dimensionen der Veranstaltung grob planen zu können.
Schickt uns auch Informationsmaterial, daß zur Vorbereitung dienen könnte.
Arbeitskreis Berliner Selbsthilfegruppen im Altbau e.V.
Liegnitzer Str. 18
1000 Berlin 36
☎ (030) 611 57 53

Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke

Mitgliederversammlung

Netzwerk-Bundestreffen

am 14./15. Januar 1989 in Nürnberg

Anreise am Freitag, 13. Januar 1989, ab 18 Uhr.
Samstag: Schwerpunkt „Die Zukunft der Netzwerke"
Arbeitsgruppen:
1 Netzwerk - Zwischen Veränderungswunsch und Anpassungsdruck
2 „Politik als Beruf" - Veränderungen und Auswirkungen hauptamtlichen Arbeitens
3 Netzwerkarbeit: Frust statt Lust?! (Ohne Spaß keine Perspektive?!)

Sonntag: BAG-Interna

Anmeldungen an das Netzwerk Franken, Moltkestr. 13, 8500 Nürnberg
☎ (0911) 26 71 71

(Empfehlenswert zur Vorbereitung: Der Reader zur Veranstaltung „10 Jahre Netzwerk Berlin". Zu bestellen beim dortigen Netzwerk, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61)

Geschichte, Gegenwart und Zukunft linker Printmedien

Treffen linker/alternativer Autoren, Verlage, Vertriebe, Vertreter, Buchhandlungen, Satzbetriebe, Druckereien.
Vom 16. bis 20. Januar 1989 im Tagungshaus „Alb-Garten", 7933 Schelklingen-Hausen (Nähe Ulm).
Information & Anmeldung:
Alb-Garten
z. Hd. H. Zimmermann
Langengasse 25
7933 Schelklingen-Hausen
☎ (07394) 6 86

Leben ohne Zwang und Herrschaft

Anarchisten und der Anarchismus
Wochenseminar v. 6. bis 10. Februar an der Heimvolkshochschule in Bad Bevensen (als Bildungsurlaub anerkannt)
Themenschwerpunkte: Anarchismus und Feminismus. A und Ökologie. A und Selbstverwaltung. Kritik am Anarchismus.
Anhand von Texten, Filmen und Rundfunksendungen wird in anarchistische Theorien eingeführt.
Preis für 4 Übernachtungen in Doppelzimmern, Vollpension und Exkursion: 190 DM, ermäßigt 110 DM.

Europa gegen den Strom

Vom 15.-17. September 1989 soll in Amsterdam ein Festival alternativer, unabhängiger und radikaler Informationsträger stattfinden. Initiatoren dieses Festival sind MedienmacherInnen aus den Niederlande, die die Vielfalt europäischer Medienproduktion zusammen bringen wollen. Geplant ist u.a., eine Ausstellung unabhängiger Graphischer Produkte: 1968-1988. Performance, eine europäische Radio-Kette, Vorträge und Debatten, lokale Fernsehübertragungen, kulturelle und musikalische Vorführungen und vieles mehr. Den Höhepunkt des Festivals bildet eine internationale Messe. Drei Tage soll die Messe nach den Wünschen der Veranstalter ein Forum sein, auf dem Material, Wissen, Ideen und Informationen ausgetauscht werden können: Das Andere Europa in Bewegung und überschaubar gemacht. Wer an dem Festival teilnehmen will, wende sich bitte an: Stiftung Europa gegen den Strom Erik Niewwendijk/Eef Vermeij Ververssestraat 26 NL-1011 JA Amsterdam ☎ 0031-20-203570

Ökobank:
links einsteigen oder rechts liegen lassen?

Was will die Basisliste in Vorbereitung

1.) Demokratische Strukturen innerhalb der Ökobank: u.a. möchten wir in den Regionen selbst über – ihren WählerInnen verantwortliche – KandidatInnen zur Ökobank-VertreterInnen-Wahl entscheiden; deren anonyme, undemokratische Präsentation durch eine vom Wahlausschuß aufgestellte Einheitsliste lehnen wir ab.

2.) Dem Aufbau der Ökobank in einer Region – verbunden mit der daraus resultierenden Machtkonzentration und entsprechenden Entartungen – wollen wir viele unabhängige Ökobanken in vielen Regionen entgegensetzen, um den unterschiedlichen Bedingungen der Regionen gerecht werden zu können. Konkret heißt dies: **schnellstmöglicher Rückfluß von Geldern in diese Regionen,** um notwendige Infrastrukturen aufzubauen; Kreativität in Bezug auf Finanzierungsmöglichkeiten ist gefragt.

3.) *Transparenz zwischen Mittelherkunft und -verwendung* bedeutet schließlich auch Information darüber, mit wem zusammengearbeitet wird und erspart uns in Zukunft „Sündenfälle", wie die RV-Versicherung.

4.) An Thematiken von politischer Relevanz gilt es, sich durch Aufrufe, Aktionen, finanzielle Unterstützung, aber vor allem auch **durch die alltägliche Bankarbeit** zu beteiligen, z.B. Hurrikan in Nicaragua oder IWF-Tagung (und dies nicht nur durch peinliche Stellungnahmen eines Credicus, CONTRASTE 6/88).

Nur eine breite Verankerung der der Ökobank zugrunde liegenden Zielsetzung gewährt auch deren Durchsetzung gegen 'Verwässerungen'.

Die Initiatoren der Basisliste laden ein zu einem **Info-Treffen** am 04.02.89; Ort und Zeit sind zu erfragen bei der Koordinationsstelle Petra Inden, Niederurselerstr. 7, 6370 Oberursel 5, ☎ (06171) 7 80 11.

Ebenso an die Koordinationsstelle weitere Postkarten mit dem Vermerk *„Ich unterstütze die Basisliste"* und mit der Angabe, ob ihr als VertreterInnen kandidieren wollt bis zum 28.02.89.

i.A. Petra Inden, für die Basisliste in Vorbereitung

Broschüre: Freiheitssender 904 und Deutscher Soldatensender

Red. Heidelberg Einen Tag, nachdem die Kommunistische Partei Deutschland (KPD) durch das Bundesverfassungsgericht verboten worden war, *erhöhte die DDR ihre propagandistische Tätigkeit* gegen die Bundesrepublik. Der Deutsche Freiheitssender 904 nahm seine Programmtätigkeit am 17.August 1956 auf. Der neue Sender gab offiziell vor, Sprachrohr der verbotenen KPD zu sein und illegal auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu stehen. Tatsächlich stand er jedoch in der Nähe von Magdeburg auf dem Territorium der DDR.

Wegen des besonderen Erfolges des Deutschen Freiheitssenders 904 bei Bundeswehrsoldaten entschloß sich die Exil-KPD zum Start einer speziell auf diese Hörergruppe ausgerichteten Station. Die Folge war, daß der Deutsche Soldatensender im September 1960 auf Mittelwelle 935 kHz seine Sendungen aufnahm. Im Zeichen der zunehmenden Entspannung zwischen Ost und West entschlossen sich die Betreiber des Deutschen Soldatensenders im Juli 1972, ihren Sender einzustellen. Genauso hatte es der Deutsche Freiheitssender 904 bereits neun *Monate zuvor getan.*

Im gesamten deutschen Sprachraum gab es wohl kaum einen Rundfunksender, über den man schwerer Informationen bekam, als über diese beiden KPD-Sender. Nachdem André Scheer und Christian Steffens nun die Broschüre „Roter Schwarzfunk. Zwei Instrumente der Rundfundpropaganda der DDR im Kalten Krieg" vorgelegt haben, hat sich das Bild geändert. Auf 32 Seiten finden sich bisher unbekannte Daten und Fakten über den Freiheitssender 904 und den Deutschen Soldatensender. Die Broschüre erschien als Band 6 der Schriftenreihe „Politische Untergrundsender" und ist zum Preis von DM 6,80 zu beziehen beim Kurzwellen-Pressedienst, Weender Str. 30, 3400 Göttingen 1.

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Name: . . . . . .
Adresse: . . . . . .
Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,– (incl. Versand)

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber: . . . . . .Geldinst.: . . . . . .
Konto-Nr.: . . . . . .BLZ.: . . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.
Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

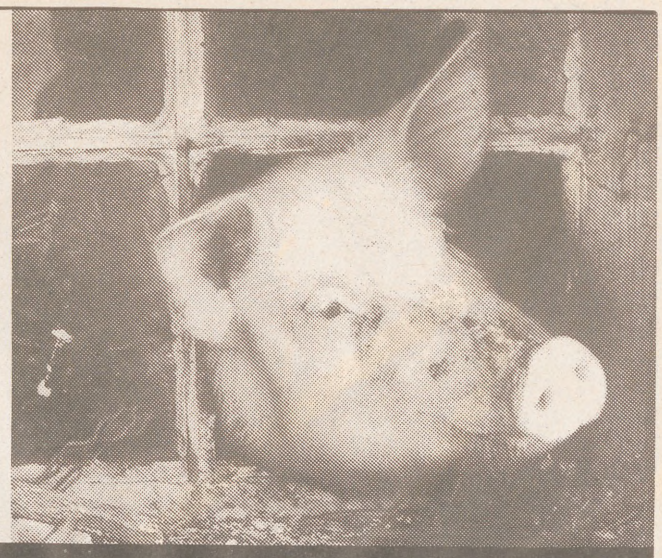
Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich (336 Schilling im Jahr) an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1020 Wien.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden!

NETZWERK FRANKEN

extra INFO

Sonderbeilage zu CONTRASTE Nr. 52 Jahrgang 6 Januar '89



Glasjosh und Peresdirka durch die Hintertür

oder: Als die Wildsau das Rennen lernte

Die Netzwerksau verdoppelt nun ihre Geschwindigkeit, wie man den letzten Trommelschlägen aus Berlin entnehmen konnte. Leider weiß niemand genau, wohin es nun mit der doppelten Geschwindigkeit gehen soll, und daß man das Ziel aus den Augen verlor, kümmert auch kein Schwein. Hauptsache es wird weitergewurschtelt. Aber eine Sau ist etwas träger und will nicht mitrennen: Die Frankensau. Ein paar ungeklärte Themen und Probleme hätte sie nämlich vorher schon gerne geklärt. Es gibt da einige Punkte, die wir im folgenden kundtun wollen, und wem das noch nicht reicht, der kann gerne beim Netzwerk-BAG/Bundestreffen noch einige Ergänzungen erfahren.

Nost Reuter und Roik Weinreich

Zur konkreten Arbeit der Netzwerke

Hauptamtliche Mitarbeiter

Die inhaltliche Einflußnahme auf die Ausrichtung der Politik der Netzwerke durch die Beschäftigung hauptamtlicher Mitarbeiter ist vermutlich ein zentrales Problem, das bei allen Netzwerken irgendwann *einmal auftritt. Durch das* Vorhandensein von bezahlten Arbeitskräften verlieren ehrenamtliche Mitarbeiter in bestimmter Hinsicht oft ihr Verantwortlichkeitsgefühl („... das wird ja von einem Hauptamtlichen erledigt ..."), was diesen Prozeß der Steuerung von Politik durch hauptamtliche Mitarbeiter eher bestärken dürfte.

Darüber hinaus geht auch die Lust an dem ehrenamtlichen Engagement verloren, da die zu erbringende Leistung erwartungsgemäß von Hauptamtlichen besser erledigt werden sollte. Politische Verantwortung wird delegiert, die eigene Betroffenheit hintenangestellt. Die Mitgliedschaft im Netzwerk verkommt zu einer persönlichen Gewissensberuhigung im Sinne einer - mittelalterlichen - Almosen- und Ablaßmentalität. Ein seltsames Spannungsverhältnis entsteht überall dort, wo sich eine bestimmte Linie noch nicht endgültig durchgesetzt hat. Der kontinuierliche Legitimationszwang hauptamtlicher Mitarbeiter nimmt mehr und mehr Richtliniencharakter für die Netzwerke an. Es fehlt der zwangfreie Raum zur offenen Diskussion. Dadurch wird es schwierig, inhaltliche Diskussionen z.B. über Professionalisierung, zu führen, wie das letzte Bundestreffen in Bremen bewiesen hat. Nach der Berichterstattung der Arbeitsgruppen wurde die Plenumsdiskussion brutal von Franz-Josef Bartsch abgewürgt, mit dem Hinweis, daß wir unsere Verbandsformalitäten noch schnell an diesem Abend durchziehen müßten. Da diese Vorgehensweise anscheinend *immer auch unter dem Aspekt* der Legitimation steht, wäre es wohl auch an der Zeit, einmal diesen vermeintlichen Legitimationszwang zu diskutieren. Der Diskussionsverlauf in Bremen hat dies letztendlich auch bewiesen. Der Verlauf der Diskussion wird zunehmend von Hauptamtlichen bestimmt und in eine entsprechend gewollte „inhaltliche" Richtung gelenkt. Eine oligarchische Entwicklung ist bereits in vollem Gange. Der Informationsfluß einseitig von „oben nach unten" (d.h. von Hauptamtlichen zu Ehrenamtlichen) ist gegenwärtig.

Das „Bürokratiemodell" von Max Weber, insbesondere in Bezug auf die Gefahren einer „Honoratiorenwirtschaft", gibt hierzu teilweise eine guten Ansatzpunkt für eine Diskussion. Diesen Prozeß gilt es kritisch zu hinterfragen und nach Möglichkeit weitgehenst umzukehren! Die Aktivierung der eigenen Mitglieder, hin zu mehr Beteiligung an der konkreten Netzwerkarbeit ist das Gebot der Stunde; sie bilden schließlich die politische Institution, die den „Verwaltungsapparat BAG" zu kontrollieren und zu steuern hat. Wir verfügen doch über ein hochqualifiziertes Mitgliederpotential, das bei einer anderen Einstellung zu Ehrenamtlichkeit, im Sinn von politischer Einflußnahme, die hauptamtlichen Kräfte auf ihr eigentliches Arbeitsfeld zurückverweisen kann. Es ist doch utopisch, wenn wir uns einbilden, daß diese „Abhängigen" uns die ganze Bürde der politischen Entscheidungen abnehmen können.

Dienstleistung und Beratung

Unser Dienstleistungsangebot besteht im wesentlichen darin, Informationen innerhalb unseres Wirkungskreises weiterzugeben und somit die Projektescene zu vernetzen. Die Wahrnehmung bestimmter Tätigkeiten, die darüber hinausgehen, wie z.B. Betriebsberatungen, ist an und für sich nicht die Aufgabe der Netzwerke. „Modell Nürnberg": Wir haben trotz dem Vorhandensein von vielleicht qualifizierten Betriebsberatern den Entschluß gefaßt, keine derartigen Beratungen unter dem „Firmensiegel Netzwerk" durchzuführen. Wir werden nur Betriebsberater vermitteln, die ihre Beratungen in voller Eigenverantwortlichkeit durchführen. Wir betrachten diesen Entschluß auch als einen weiterführenden Schritt hin zu mehr Professionalität bei betriebswirtschaftlichen Angelegenheiten.

Wir verstehen die Existenz unseres Netzwerkbüros als Dienstleistungsangebot und indirekte Bezuschussung an für uns förderungswürdige, politische - und zeitlich begrenzte - Initiativen (z.B. Feminale). Die Initiativen, mit denen wir unseren Schreibtisch in der Bürokooperative teilen, gewährleisten durch eigene auch hauptamtliche - Mitarbeiter eine kontinuierliche Erreichbarkeit beider Initiativen. Damit haben wir den Vorteil, daß das Netzwerk Franken zu bestimmten Zeiten auch tatsächlich erreichbar ist, und nicht irgendein beim Netzwerk angestellter Mensch sich Gedanken machen muß, wie mit überflüssiger Zeit umgegangen werden muß. Das Problem des Legitimationszwanges entfällt auf angenehme Art und Weise (und dazu noch kostensparender!).

Projektförderung

Wir beschränken uns wieder mehr auf die Förderung von politischen Projekten und Initiativen, die durch das Netz der staatlichen/kommunalen (z.B. Alternativtopf) und politischen (z.B. Ökofonds) Subventionierungsinstanzen keine Förderung erfahren können, und wollen Einflußnahme auf Institutionen, die politisch motiviert Gelder verteilen, als „fachkompetenter", politisch „neutraler" Interessenvertreter (soweit möglich) verstärken. Ein Problem dabei ist es, die Spreu vom Weizen zu trennen. Praktizierte „Selbstverwaltung" ist noch lange kein Beleg für die Umsetzung alternativer Ideologie. Und „alternativ" ist eigentlich alles. Was uns in die schwierige Situation bringt, genau zu definieren, was in unserem Sinn an „Alternativen" erwünscht ist.

Theorie und Praxis

Utopien der Netzwerke wo bleibt die schwarze Katze?

Utopien „leben" durch die Vernetzung von Sprache, Denken, Erkenntnis und Handeln in konkreten politischen Zusammenhängen. Die „Bewegung" hat sich eben an diesem Punkt so sehr verselbständigt (was in unserem Sinn ist), daß bestimmte politische Motivfelder von diesen Teilbewegungen besetzt sind. Als Beispiele wären hier die AKW-, Jugendzentrums- oder Öko-Bewegung zu nennen. Diese Teile vertraten doch Forderungen nach einem Ausstieg aus der Atomenergie, oder die Entwicklung von neuen, humanen Arbeits- und Lebensformen. Das sind aber alles politische Grundsatzideen, die auch von anderen mittlerweile übernommen wurden, und deren Ursprung als „alternatives Gedankengut" zunehmend im öffentlichen Bewußtsein verdrängt wird, und zwar im Hinblick auf eine Integration ins herrschende System, ohne daß sich dieses dabei maßgeblich verändert, wobei doch gerade die Systemveränderung immer mit ein Ziel der jeweiligen „Bewegung" war.

An diesem Punkt wird allzu deutlich, daß die verschiedenen Stränge, an denen bisher gezogen wurde, zu einem gemeinsamen Strick gedreht werden müssen, an dem sich der deutsche Michel endlich erhängt. Gerade die momentane Parteienstruktur in unserem Land ermöglicht die Spaltung einer gesellschaftsverändernden Bewegung hier, wie SPD und GRÜNE immer wieder erfolgreich unter Beweis stellen. Die SPD versucht klammheimlich, die „Genossenschaftsbewegung" unter ihre Fittiche zu bekommen (der SPD-nahe Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens schwang sich erst kürzlich zum selbsternannten Vertreter der deutschen Selbstverwaltungsbewegung auf), nebst einigen weiteren ideologischen Annäherungen an grün-alternatives Gedankengut (keine WAA, Ausstieg aus der Atomenergie). Die GRÜNEN betrachten sich als „Instrument, auf dem mensch spielen kann - nicht mehr, aber auch nicht weniger", und wenn die Bewegung nicht auf ihm spielt, gibt'sauch keine Selbstverwaltungsmusik (vgl. CONTRASTE Dezember '88, Seite 3), was im Klartext heißt, das nur die, die bei den GRÜNEN mitmischen, auch tatsächlich von diesen ernstgenommen und berücksichtigt werden. Wenn die Selbstverwaltungsscene etwas Politisches erreichen will, hat sie gefälligst dafür auch bei den entsprechenden Parteien anzutanzen. Dabei ist der Ansatz der GRÜNEN durchaus verständlich und in seiner grundsätzlichen Kritik zu befürworten (vgl. oben).

Die Veränderung der Gesellschaft setzt eine Veränderung der Summe der Individuen zwingend voraus, was soviel heißt, daß der ohnehin schon projektgeplagte Selbstverwalter zu seinen bisher bekannten Aufgaben nun auch noch professionell in die Politik einsteigen muß.

Was ist der Unterschied zwischen einem Psychologen, einem Philosophen und einem Netzwerker? Der Erste sucht in einem stockdunklen Raum eine schwarze Katze, der Zweite sucht in dem selben stockdunklen Raum eine schwarze Katze, die nicht existiert, und der Netzwerker sucht die selbe nichtexistente schwarze Katze im selben stockdunklen Raum und schreit: „Ich hab sie!".

Das Spektrum der Utopien, die vom Netzwerk einst angegangen worden sind, ist sehr weitreichend, und es ist immer noch aktuell, beispielsweise, über „anders Leben und Arbeiten" fiktiv nachzudenken, um so den tatsächlich erreichten Zustand überprüfen zu können und zu merken, daß sich an der Realität gar nicht soviel geändert hat, weil die „andere Seite" ja auch nicht geschlafen hat, sondern gar kräftig am Reagieren war, um so bestimmte Ziele als ihre eigenen zu verkaufen, und gemäß ihren Idealen umzumodeln.

Fortsetzung Rückseite

Treffpunkt KOMM

Zum Bundestreffen/BAG-Meeting treffen alle NetzwerkerInnen sich im KOMM, Königstr. - einfach zum Hauptbahnhof und dann Richtung Altstadt schaun, dann zum KOMM in die KOMM-Kneipe gehn.
Die fränkischen NetzwerkerInnen haben ihren Noch-mit- BAG-NetzwerkerInnen eine Infomappe zusammengestellt, aus der Wissenswertes über die Nürnberger Szene und Szenetreffpunkte hervorgeht (von der Soziokultur über den Kneipenbummel bis zur Projektedokumentation). Nach dem Bundestreffen, am So., 15.1., nachmittags, ist eine alternative Führung zu Reichsparteitagsgelände/Zeppelinfeld/Kollosseum geplant.

Wer sich auf diesem Schnipsel anmeldet, kann sicher sein, daß er/sie dabei ist

Name:.....

Straße:.....

Ort:.....

Ja, ich möchte eine dieser unwahrscheinlichen Infomappen über Nürnberg, wie es leibt und lebt .... O ankreuzen

Außerdem brauche ich noch eine Übernachtungsmöglichkeit .... O ankreuzen

Ich nehme am So. nachmittag an der antifaschistischen Führung teil .... O ankreuzen

Aussägen und einschicken an:
Netzwerk Franken
Moltkestr. 13
8500 Nürnberg 80

Anders arbeiten, anders leben!

Ist die Idee anachronistisch?

Es gibt ältere und jüngere Netzwerksäue. Das Netzwerk Franken zählt zu den älteren (Gründung Juni 1980). Beiden gemeinsam ist allerdings die bereits zehn Jahre alte Idee.

Am Anfang stand der Deutsche Herbst - gemeint ist das Jahr 1977 - Depression unter den Menschen, die nach Emanzipation strebten und die konkrete Konfrontation mit Berufsverboten. Netzwerk Berlin hat sich aus dieser Situation heraus gegründet. Es gründete sich, weil Menschen aufgrund ihrer politischen Überzeugung in bestehenden Institution nicht eingestellt wurden.

Renate Schorr
Angelika Fischer

Für Netzwerk Franken waren die Berufsverbote schon nicht mehr von Belang. Wir gründeten uns im Klima der „Aussteigerideologie" - Projektarbeit aus politischer Überzeugung. Diese Phase währte nur kurz und wurde von der allgemeinen Arbeitsmarktentwicklung eingeholt. Arbeitslose brauchten eine Existenzsicherung. Diese Situation hat sich bis heute nicht verbessert, sondern eher noch verschärft.

„... die politische Arbeit war die zentrale Gründungsmotivation. Die Ökonomisierung führte für die MitarbeiterInnen dazu, daß aus politischer Arbeit bezahlte Erwerbsarbeit wurde, mit der Folge, daß die Aufhebung der Trennung von Arbeit und Freizeit heute nur noch in zwölf (Anm. der Red.: von 260) selbstverwalteten Betrieben in Hessen praktiziert wird.

Ein Aspekt der Verbindung von Arbeit und Leben ist der inhaltliche Zusammenhang von Betriebszweck und politischer Arbeit. Dabei ging die Entwicklung weg von Ansprüchen, die sich auf die Gesellschaft insgesamt bezogen, hin zu partikularen und konkreten Aspekten, die die Herstellung marktfähiger Produkte über die Verbreitung von politischen Vorstellungen in Form von Literatur hinaus überhaupt erst ermöglichte: Beispielsweise die schon erwähnten ökologischen Beratungsbüros, Naturkostläden etc. Diese Konkretisierung im Betriebszweck bedeutete meist auch eine Reduzierung der Reichweite politischer Ziele. Damit entstand die Möglichkeit der Entwicklung der Partei der GRÜNEN, an die die Bearbeitung gesamtgesellschaftlich definierter Probleme faktisch delegiert wurde. ..." (Auszug aus: Untersuchung Frankfurter Uni um Frank Heider/Soziologie).

Heute sind wir mit Ergebnissen konfrontiert, die wir auch selber gewollt haben. Aber hatten wir eine Wahl?

Heute sehr wohl, denn die Schienen der Projekte zu Staatsknete sind eingefahren, die Projekte steuern ihre Züge auch ohne uns. Warum spielen wir uns immer noch als Lokführer auf? Weil Netzwerk bereits selber ein Betrieb geworden ist? Das kann ja sein, aber dann sollten die Ziele auch dementsprechend definiert werden. Ursprünglich war Netzwerk das Trittbrett für eine Idee, doch wenn keine Idee mehr da ist, bleibt nur noch die Hülse. Wäre es da nicht besser ...

„Ich möchte den bescheidenen Vorschlag machen, die alternativen Institutionen wieder abzuschaffen und die Reise noch mal von vorn beginnen: mit weniger Gepäck, weniger im Arbeitshaus des Ghettos zirkulierendem, mehr angeeignetem Geld, mehr der Zugluft und wohl auch der Kälte ausgesetzt. Etwas Besseres als Verkalkung und schleichenden Tod werden wir wohl überall finden." (Aus: Peter Brückner u.a.: Autonomie oder Ghetto, Frankfurt 1978)

Christian Wend schlägt eine andere Strategie vor: „ ... weg vom alternativen Sozialamt, weg vom Opportunismus. Förderstop, Moratorium. Nur noch Förderung von politischen und Modellprojekten bzw. Gegenförderung. Förderung von Infrastruktureinrichtungen, die überbetrieblich genutzt werden können. Die Sau muß die Borsten wieder sträuben, muß wieder rasend durch die Wälder traben." (Berlin 1988, 10 Jahre Netzwerk).

Lieber Christian, dieser mutmachende Zuspruch ist zwar sehr löblich und evtl. ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht der Wahrheit letzter Schluß. Netzwerk Franken trabt so schon seit drei Jahren, aber eher als kreuzlahme Sau, denn als widerborstiges Wildschwein. Ist es unser Unvermögen oder gibt es andere Gründe dafür?

Helft uns und euch auf die „Sprünge", denn wozu soll sonst ein Bundestreffen der Netzwerke gut sein? Vorschlag für die Vorstellungsrunde beim Bundestreffen – jedes Netzwerk stellt sich vor, indem es sich am Rahmen folgender Fragen orientiert:

- Wie lang existiert die Initiative und wie lang sind die Aktiven dabei?
- Wird unbezahlt, oder gegen Entlohnung in der Initiative gearbeitet?
- Besteht Kontakt zu Projekten über die Bedienung ihrer Bedürfnisse hinaus?
- In welchen Bereichen (Sozialarbeit, Produktion etc.) wird Netzwerkkompetenz in Anspruch genommen?
- Gibt es politische Initiativen vor Ort, in denen sich Belegschaften von Projekten engagieren?
- Interessieren sich die Mitglieder für eure Arbeit?
- Welche Position habt ihr zur Aufhebung der Trennung von Arbeit und Freizeit?
- Wie habt ihr euch zum Einheitslohn entschieden?

Das Ganze, wie überhaupt die Mühen, sich auf ein Bundestreffen zu begeben, noch dazu im Süden der Republik, (*Stinkt'sda??? Anm. d. säzzerin*) macht unseres Erachtens nur Sinn, wenn eine ehrliche und offene Diskussion erwartet und diese auch geführt wird. Jenseits von Klischees und Denkfaulheit. Das „nach dem Mund reden" soll heißen: das zu sagen, was von einem vermeintlich erwartet wird, kann zu Hause bleiben. Adieu Du traute Oberflächlichkeit. Insofern stehen die Zeiten günstig, als daß niemand mehr mit Plattheiten oder Insiderkürzeln zu beeindrucken ist, es sei denn, es ist von beiden Gesprächsseiten gewollt. Das wäre dann die Position: Netzwerk erhalten, weil es ein „deutscher Traditionsverein" (Benny Haerlin, verwendet im gegenteiligen *Sinn*) ist.

Bundesarbeits gemeinschaft der Netzwerkinitiativen (BAG)

Unsere Einstellung zur BAG hat sich grundsätzlich geändert. Das, was wir im vergangenen Jahr davon mitbekommen haben, ist uns in jeder Hinsicht zuwider. Aus diesem Grund hat Netzwerk Franken die Mitgliedschaft gekündigt. Obwohl wir sehr stark was anderes erhofft hatten, erlebten wir in der kurzen Zeit der Erprobung, nach einem guten Start, nur den Apparat BAG. Warum war es nicht möglich, mit Kenntnis der Krankheit von Michael Raetsch die Arbeit ruhen zu lassen und alle BAG-Mitglieder zu informieren? Warum war es nicht möglich, einen neuen Meinungsbildungsprozeß zu starten? Zu sehr bereits Institution? Ohne uns, besser es wäre nichts geschehen, als daß die BAG nur darauf bedacht ist, die Gelder des BMJFFG (Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, kurz ex Süßmuth) unter die Fortbilder zu bringen. Mit nichts anderem als Fortbildungsmaßnahmen unterschiedlichster Couleur wurden wir durch die BAG konfrontiert. Nichts gegen Fortbildungen, aber Netzwerk Franken ist noch nicht so kaputt, als daß es Supervision oder Besserwisser bräuchte. Das, was wir in der BAG suchten, waren ebenbürtige und gleichwertige DiskutantInnen. Wir wollten mit der BAG kein Fortbildungsweitervermittlungsinstitut ins Leben rufen, sondern wollten ein Forum schaffen.

Über diesen Begriff und daraus resultierende Ansprüche würden wir gern mit euch auf dem Bundestreffen streiten. Nicht zuletzt, weil wir uns aus dem bundesweiten Zusammenschluß und einem möglichen Erfahrungsaustausch der verschiedenen Netzwerkinitiativen durchaus eine Bereicherung der Netzwerkarbeit vor Ort erhofft hatten.

Fortsetzung

Zum Wert-Begriff „Arbeit"

Es ist doch nach wie vor an uns, die Diskussion um den Begriff der „Arbeit" entscheidend mitzuführen, da hier doch ein Schlüssel zur Gestaltung der „Kulturgesellschaft" liegt. Es geht darum, den Gegensatz produktiver und nicht-produktiver Tätigkeiten aufzulösen (sie müssen denselben ökonomischen Stellenwert haben), der gesamte soziale und ökologische Bereich schreit förmlich nach Sozialismus. Gerade bei uns wird gesellschaftlich überlebensnotwendige Arbeit nach wie vor, der Logik des Kapitals entsprechend, am stärksten ausgebeutet. Ausgebeutet werden überwiegend Frauen, alte Menschen und Wehrlose.

Wertvolle Arbeit ist leider immer noch nur das, was sich in barer Münze bemerkbar macht. Die Gewerkschaften kämpfen für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit, wir für eine Anerkennung von „anderer Arbeit", die wir auch noch an andere Lebenszusammenhänge koppeln, und von daher auch Positionen vertreten, die denen der Gewerkschaften oft entgegengesetzt sind. Flexibilisierung der Arbeitszeit wäre hier zu allererst zu nennen, denn in welchem alternativen Betrieb gibt es schon geregelte Arbeitszeiten? Oder aber auch die scenenbekannte Selbstausbeutung unter dem offiziellen Tariflohn. Und die ehrenamtliche Betätigung entwickelt sich langsam aber sicher zu einer Augenweide für die CDU/CSU, da lobt Ulf Fink in Berlin „seine Alternativen", und in Nürnberg stimmt die CSU für die Förderung eines Projektes durch den „Alternativtopf", allesamt hervorragend geeignet, das konservative Verständnis von „Subsidiarität" zu belegen.

In Nürnberg ist vor allem auch deshalb der Bereich der Soziokultur ein interessantes Betätigungsfeld.

Politische Rahmenbedingungen

Regionale Realitäten und gesamtpolitischer Anspruch. Wir sind seit einigen Jahren versucht, auf einer bundesweiten Ebene einen gemeinsamen Nenner zu finden, aus diesem Grund haben wir auch die BAG ins Leben gerufen. Nur bei all diesen Versuchen wird meistens die vorort gegebene Realität ignoriert. Bei den Vorstellungsrunden auf den Bundestreffen hört man eigentlich immer die gleichen Vorstellungen. Veränderungen finden - soweit überhaupt - nur in kleinstem Rahmen statt, oder durch personelle Neuerscheinungen. Netzwerke im tiefsten bayerischen Kernland werden so schnell nicht aus ihrer Rolle einer außerparlamentarischen Opposition, die nur ihre eigenen Mittel zur Verfügung hat, gelangen können. Im Gegensatz dazu haben Netzwerke wie Berlin, oder auch unser Franken- Netzwerk, schon seit eh und je Möglichkeiten gehabt, in vorhandene Machtstrukturen hineinzuwirken, ohne dabei zu einem alternativen Amt zu verkommen. Von diesen unterschiedlichen Agitationsgrundlagen aus muß auch die gesamte politische Existenz der Netzwerke, im jeweiligen politischen Raum, individuell betrachtet werden. Es nützt nichts, im Großen an einem europäischen Interessensverbund für Alternativbetriebe herumzubasteln, wenn im Kleinen der Großteil dieser Betriebe noch nicht einmal die Notwendigkeit zu einer informellen Vernetzung einsieht. Welches Netzwerk im Bundesgebiet möchte denn bitteschön behaupten, in dieser Richtung in seiner eigenen Region bereits nennenswerte Fortschritte erzielt zu haben?

Wegen der Uneffektivität der Zusammenarbeit innerhalb der BAG kündigt das Netzwerk Franken auch seine Mitgliedschaft vorsorgehalber zum nächstmöglichen Termin (Juni 1989).

Gibt es eine „alternative" Ideologie?

Diese Frage erscheint uns insofern sehr berechtigt, da bei der momentanen Situation der Alternativen und Linken im allgemeinen keine gemeinsame, politische Stoßrichtung erkennbar ist. Dies dürfte auch hinreichend bekannt sein. Der Haken daran ist, daß die BAG sich dazu aufgerafft hat, diesen Zustand zu verändern. Die Frage heißt nur, wie? Lösen wir das Problem dadurch, indem wir hergehen und ein neues, auch juristisch verankerbares Modell von „zusammen Leben und Arbeiten" entwerfen, das wir als neues ökonomisches Gesellschaftsmodell verkaufen?

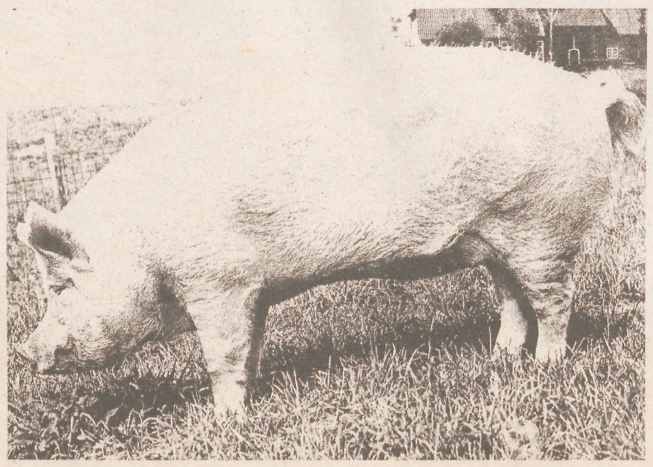
Versuchen wir, die Herausforderung der informellen Revolution in unserem Sinne einer „gläsernen Gesellschaft" durch informelle Vernetzung zu gegenwärtigen?

Alternative Medien (CONTRASTE) und Kommunikation (Mailboxen)

CONTRASTE als einzige bundesweite Zeitung für Selbstverwaltung wird mehr von Interessengruppen denn von Selbstverwaltungsbetrieben gelesen und genutzt. Diese Tatsache spricht Bände für sich.

Im gesamten Bundesgebiet gibt es ein Netzwerk, das sogenannte Zerberus-Netzwerk, dem sich bundesweit verschiedene Mailboxen angeschlossen haben. Wäre es nicht ein vernünftiger Schritt, wenn wir von unserer Seite aus uns selbst erstmal auf diesem Weg vernetzen (das ist mehr als der Fortschritt von der Post per Kutsche zur Post per Flugzeug). Die Qualität liegt auch in der Quantität der Nutzer. Wir könnten auf diesem Weg auch die Qualität unserer eigenen Bundestreffen erhöhen, was der politischen Aktualität der Netzwerke mit Sicherheit nur zugute käme. Eine schnellere Verfügbarkeit von aktuellen Informationen im Bundesgebiet, mehr Anschlüsse an verschiedene, uns nahestehende Organisationen (CCC, Parlacom, etc.), und die Möglichkeit, entsprechend aktuell und öffentlich zu agieren, kann nur in unserem politischen Interesse liegen.

Der Überbau

Büro, Arbeitsplätze und Geschäftsführung

Alle Macht nach Köln gewollt, wünschenswert oder keine Debatte - da Zufall -, jedenfalls ist die Anbindung der Bundesgeschäftsstelle beim Netzwerk Köln doch eine diskutierenswerte Angelegenheit, da eine Kölner Netzwerkerin als Angestellte bei der Bundestagsfraktion der GRÜNEN, und eine Kölner Netzwerkerin als Angestellte bei der BAG der Netzwerke mit Geschäftsstelle in Köln schon sehr leicht den Verdacht der politischen Verfilzung der Netzwerke mit den GRÜNEN aufkommen lassen kann. Dies soll keine Unterstellung sein, sondern auf diese Idee können auch noch ganz andere Beobachter kommen,